

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar 1910.

Posen, den 8. Februar 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 25 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 1. Februar 1910:**In Sachen der Gründung
einer Fachzeitschrift für Apotheker**

erhalten wir folgende Mitteilung:

Die meistgelesene Fachzeitschrift für Apotheker ist die in Berlin zweimal wöchentlich erscheinende Pharmazeutische Zeitung. Dieses Blatt hatte bis vor kurzem — was man schließlich von einer wissenschaftlichen Schrift erwarten konnte — mit der uns verfolgenden Politik der preußischen Regierung nichts gemein, sondern diente treu ausschließlich den Fachinteressen. Seit einer gewissen Zeit änderte man jedoch in der Redaktion das Fähnlein. Es teilt mir nämlich, im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen man ohne den geringsten Widerstand Inserate in polnischer Sprache annahm, heute der Herausgeber mit, daß er mit Rücksicht auf die seitens der deutschen Leser wegen einiger polnischer Annoncen erhobenen Beschwerden nicht mehr in der Lage sei, Inserate in polnischer Sprache zu bringen. Ich mache die geehrten Herren Kollegen auf den Umstand aufmerksam, daß sich obige Erklärung des Herausgebers einzig und allein auf die polnische Sprache bezieht; Annoncen in französischer und in englischer Sprache findet man nämlich in den Spalten der Pharmazeutischen Zeitung sehr häufig.

Ein zweiter, sehr bezeichnender Beitrag zur Charakteristik dieses Blattes:

In Nr. 4 des laufenden Jahrgangs lese ich unter „Antworten der Redaktion“ wörtlich:

„Dr. W. in Warschau. Wir haben Ihre uns freundlichst zugesandte Zeitschrift erhalten, aber leider, leider — wir verstehen (sic!) nicht polnisch“.

Indem ich die ethische Seite einer solchen Antwort übergehe, stelle ich fest, daß diese Antwort unerhört boshaft und im höchsten Grade arrogant und beleidigend ist und zwar nicht nur allein für jenen Dr. W., sondern in gleichem Maße auch für uns alle. Die Pharmazeutische Zeitung weigert sich also, im Annoncenteil einige Worte polnischen Inhalts aufzunehmen, um, Gott verhöte es, das ungemein patriotische Gefühl einiger Abonnenten nicht zu verletzen und ihren Zorn nicht auf sich zu ziehen — andererseits aber kümmert sie sich gar nicht darum, daß sie uns Polen bedeutend größeren Grund zum Unwillen gibt, indem sie unserer Sprache die Gleichberechtigung abspricht, sondern sie mißachtet uns noch deutlicher, indem sie eine solch typische Antwort, wie die vorerwähnte, an die Adresse des Herrn Dr. W. aus Warschau gerichtete aufnimmt. Ich meine, daß diese beiden Tatsachen ausreichen werden, um die Kollegen zu überzeugen, daß die Pharmazeutische Zeitung in das feindliche Lager übergegangen ist, zum mindesten aber, daß sie vollends aufgehört hat, mit uns zu rechnen.

Angesichts dessen wende ich mich an die geehrten Herren Kollegen mit der Bitte, die Frage der Gründung eines polnischen pharmazeutischen Organs erwägen zu wollen. Im preußischen Anteil zählt man ungefähr

65 polnische Apothekenbesitzer; die Zahl der Kollegen, die bisher noch nicht im Besitze einer Apotheke sind bzw. die ihr Studium noch nicht vollendet haben, ist mir fürs erste nicht bekannt, ich glaube jedoch, daß die Zahl 150 mehr oder weniger den Tatsachen entsprechen wird. An ehemaligen Apothekern, die heute entweder Rentner oder in anderen Berufen tätig sind, werden wir mindestens 50 zu verzeichnen haben, somit wären wir insgesamt etwa 250 Personen. Gesezt den Fall, unser Blättchen, welches, wenn auch nur einmal wöchentlich und im bescheidensten Umfang, vielleicht vier Druckseiten fassend, erscheinen könnte, würden 150 Kollegen abonnieren, und jeder von ihnen würde ein jährliches Abonnement von 10 M. entrichten, das ist soviel, wie die Pharmazeutische Zeitung kostet, so könnte man damit die Kosten für Papier und Druck decken. Wenn wir alle außerdem die Verpflichtung eingehen würden, uns beim Suchen von Assistenten und Eleven des neuen Blättchens zu bedienen und wenn sich ferner die Herren Assistenten und Eleven ebenfalls vermittelt des Blättchens um Stellen oder Vertretungen — soweit sie auf solche in polnischen Apotheken reflektieren — bewerben würden, so könnte sich das Blättchen, das keinen Gewinn abzuwerfen und keine Familie zu unterhalten braucht, dreist behaupten. Stoff zur Erörterung wäre genug, denn außer den ministeriellen und den Verfügungen, außer der Fachchronik und endlich außer den selbständigen Arbeiten, die von Zeit zu Zeit dieser oder jener Kollege zweifellos zum Drucken einschicken würde, könnten wir unsere Leser ständig über die Verhältnisse des Apothekerwesens im Auslande, insbesondere aber über die des polnischen Apothekerwesens im Königreich und in Galizien unterrichten.

Und die Folgen einer solchen Schrift? Ich bin überzeugt, daß sie von großer Tragweite wären. Die Fachzeitschrift würde uns einander näherbringen, sie würde uns zu einem einheitlichen Ganzen organisieren, und wir würden als ein geschlossenes Ganze mitunter solche Einflüsse erlangen, von denen niemand von uns, als einzelner, auch nur träumen kann. Dieser oder jener Artikel unserer Zeitung, den unsere Tagespresse übernehmen würde, würde die breite Öffentlichkeit über verschiedene interessante „Ulfase“ unterrichten, und er würde einer zuweilen irrigen und für uns wenig schmeichelhaften Meinung vorbeugen. Ich erinnere nur an die Verfügung, durch die wir gezwungen wurden, uns auf den Etiketten der deutschen Sprache zu bedienen, obgleich die Arznei für einen polnischen Patienten bestimmt ist, und an die verschiedenen Betrachtungen, die sich aus diesem Grunde ergeben haben und die auf das Thema unserer Loyalität mit einem mitleidigen und nachsichtigen Lächeln in die Welt gesetzt worden sind.

Die geehrten Herren Kollegen bitte ich inständig, in der vorerwähnten Frage das Wort zu ergreifen oder mir brieflich mitteilen zu wollen, ob sie mit dem Vorschlag einverstanden sind. Gegebenenfalls würden wir — nach vorausgegangener Verständigung hinsichtlich des Termins und des Lokals — in Posen zwecks näherer Besprechung der Angelegenheit zusammenkommen.

Schröda, den 28. Januar 1910.

Bez.: **Rajmír Biajecki.**

Aus Nr. 20 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. Januar 1910:

Für die Kandidatur des Herrn Rechtsanwalts v. Trampezyński

im Wahlkreise Posen erklärt sich der Dziennik Poznański. Diese Kandidatur ist bereits von verschiedenen Seiten her zur Sprache gebracht worden. Was uns betrifft, so sehen wir in Herrn von Trampezyński einen Bürger, welcher alle zur Verwaltung eines Abgeordnetenmandats erforderlichen Eigenschaften besitzt. Wir brauchen uns über die geistigen Fähigkeiten des Herrn von Trampezyński, über seine juristischen Wissen und über seine Kenntnis unserer Verhältnisse nicht im Einzelnen auszulassen, denn das sind allgemein bekannte Dinge. Wir weisen dagegen auf die politische Seite hin. Herr von Trampezyński gehört nicht zu unserem politischen Lager, wie er überhaupt keinem Parteilager angehört. Wenngleich Herr von Trampezyński zweifellos in mancher politischen und vor allem sozialen Anschauung von uns abweicht, so haben wir zu ihm das volle Vertrauen, daß er sich in der parlamentarischen Arena niemals in einer Weise engagieren würde, welche in breiteren Kreisen unserer Volksgemeinschaft einen Mißklang hervorriefe. Er ist ein Mann von so hervorragender Intelligenz, daß er niemals nachteiligen Nebeneinflüssen nachgeben, sondern sich stets von dem eigenen selbstständigen kritischen Sinn leiten lassen würde.

Aus allen diesen Gründen waren und sind wir der Meinung, daß es im Interesse der Volksgemeinschaft läge, wenn Herr von Trampezyński in der polnischen Fraktion Platz nähme. Etwas anderes ist es, ob es angezeigt wäre, daß er in die Reichstagsfraktion eintrete. Vor einem Jahre, als es sich um das Reichstagsmandat des Wahlkreises Schrimm-Schroda handelte, wandten sich die demokratischen Elemente an ihn mit der Bitte, dieses Mandat annehmen zu wollen. Er antwortete damals, fürs erste könne er überhaupt kein Mandat annehmen, und sofern er sich später für die Übernahme eines solchen entschließen sollte, so würde er es lieber sehen, wenn man ihm ein Landtagsmandat anvertrauen wollte, damit er in der Arena des Landtages zum Vorteil der Volksgemeinschaft sein Spezialwissen auf dem Gebiet des Ansiedlungsrechtes und überhaupt der Tätigkeit der Ansiedlungskommission ausnützen könnte.

Ob Herr von Trampezyński unter den jetzigen Verhältnissen bereit wäre, ein Mandat, und zwar ein Reichstagsmandat anzunehmen, das wissen wir nicht. Wir erachten es jedoch für Bürger- und Journalistenpflicht, offen und aufrichtig zu erklären, daß wir, wenngleich wir sehr wünschen, daß Herr von Trampezyński seine Intelligenz und sein Wissen möglichst frühzeitig der Berliner Fraktion zur Verfügung stellen möge, dessen ungeachtet aus prinzipiellen Gründen von der Kandidatur aus den breiteren Volksschichten für den Reichstagswahlkreis Posen heute nicht absehen können. Die Angelegenheit einer solchen Kandidatur ist schon so weit gereift, daß es Zeit ist, sie endlich zu erledigen. Wenn das nicht im Wahlkreise Posen geschehen wird, so kann nicht davon die Rede sein, daß man sie in irgendeinem Wahlkreis in der Provinz nach Wunsch erledigen werde. Und vor allem würde dann eine bedeutende Erbitterung in den breiten Volksschichten entstehen; wir meinen aber, daß, wenn es gilt, etwas um jeden redlichen Preis zu vermeiden, dies Mißklänge auf sozialer Grundlage sein müssen. Wir sagen: um jeden redlichen Preis; denn wenn wir nicht einen Kandidaten aus den breiteren Volksschichten sähen, welcher relativ hinreichende Abgeordnetenqualitäten besitzt, so würden wir für eine Kandidatur aus Volkskreisen

nicht sprechen. Unser Standpunkt in dieser Sache ist den Lesern gut bekannt.

Aus Nr. 23 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Januar 1909:

Die ersten Schüsse.

Der Wielkopolanin schreibt:

Der Kurjer Poznański befaßt sich mit der eventuellen Kandidatur des Herrn W. v. Trampezyński und erklärt schließlich, er sei gegen sie aus Parteirücksichten. Herr v. Trampezyński gehöre nicht zu der Partei des Kurjer.

Wir bekennen offen, daß wir erstaunt waren, als wir obige Behauptung gelesen hatten, aus welcher der Wielkopolanin sodann den Schluß zieht, wir meinten, Verteidiger unserer Angelegenheiten könnten nur auf unser Blatt Eingeschworene sein, und wir stellten „Parteirücksichten über die Rücksichten auf das Gemeinwohl.“ Wir wiederholen, wir waren erstaunt, denn wo haben wir denn erklärt, wir seien Gegner der Kandidatur Trampezyński aus Parteirücksichten, oder inwiefern haben wir Anlaß dazu gegeben, daß jemand anders, und wäre es sogar der Wielkopolanin, das Recht hätte, uns dessen zu beschuldigen?

Wir haben doch wörtlich geschrieben:

„Herr v. Trampezyński gehört nicht zu unserem politischen Lager, wie er überhaupt keiner politischen Partei angehört. Wenngleich Herr v. Trampezyński zweifellos in mancher politischen und vor allem in mancher sozialen Anschauung von uns abweicht, so haben wir zu ihm das volle Vertrauen, daß er sich auf der parlamentarischen Arena niemals in einer Weise engagieren würde, welche in breiteren Kreisen unserer Volksgemeinschaft einen Mißklang hervorriefe. Er ist ein Mann von so hervorragender Intelligenz, daß er niemals nachteiligen Nebeneinflüssen nachgeben, sondern sich stets von dem eigenen selbstständigen kritischen Sinn leiten lassen würde. Aus allen diesen Gründen waren und sind wir der Meinung, daß es im Interesse der Volksgemeinschaft läge, wenn Herr v. Trampezyński in der polnischen Fraktion Platz nähme.“

Unabhängig von diesen unseren Worten zeugen die Taten von den Anschauungen, welche die demokratischen Elemente bezüglich der Notwendigkeit hegen, Herrn v. Trampezyński ein Abgeordnetenmandat zu übertragen. Die demokratischen Elemente haben nämlich schon zu einer Zeit die Kandidatur Trampezyński unterstützt, als man diese Kandidatur von anderer Seite her leidenschaftlich bekämpfte. Das alles muß der Wielkopolanin doch wissen. Wenn er ungeachtet dessen sagt, wir hätten erklärt, daß wir aus Parteirücksichten gegen die Kandidatur des Herrn v. Trampezyński seien, dann nehmen wir zu Gunsten des Wielkopolanin an, daß er im frohen Karnevalhumor unsere Ausführungen so oberflächlich gelesen hat, daß er sich ihren Inhalt nicht hinlänglich zum Bewußtsein brachte. Wir ziehen es vor, dies anzunehmen, als z. B. eine andere Eventualität, das heißt, wir ziehen vor zu meinen, daß der Wielkopolanin nicht zu lesen verstanden habe, als daß wir ihn dessen beschuldigen möchten, daß er nicht habe verstehen wollen zu lesen und daß er eine Waffe von sehr zweifelhaftem polemischen Wert angewandt habe.

Unserer Standpunkt ist sehr klar: Wir wollen im Interesse der Volksgemeinschaft entschieden, daß Herr v. Trampezyński sich der parlamentarischen Arbeit widme. Auf die eigenen Motive des Herrn v. Trampezyński uns stützend, würden wir es lieber haben, wenn er in die Landtagsfraktion einträte. Bei der jetzigen

Reichstags-Ergänzungswahl bestehen wir aus prinzipiellen Gründen auf der Kandidatur aus den Arbeiter-Handwerkerfraktionen.

Auf dieser Kandidatur würden wir nicht bestehen, wenn der betreffende Kandidat, Herr Stanislaus Nowicki nicht relativ hinreichende Abgeordneteneigenschaften besäße. Es ist uns zweifellos angenehm, daß Herr Nowicki dem polnischen demokratischen Verein angehört, aber das ist für uns nicht der entscheidende Grund. Gerade in einer Konferenz von Vertrauensmännern des genannten Vereins haben wir erklärt, wir würden die Kandidatur des Herrn Nowicki ebenso unterstützen, selbst wenn wir die Gewißheit hätten, daß er morgen aus dem Verein austreten werde.

Mehrfach schon haben wir erklärt, daß der persönliche, bürgerliche und politische Charakter des Herrn Nowicki uns Bürgschaft biete, und das erachten wir in diesem Falle für sehr wichtig. Mit der Kritik der parlamentarischen Qualifikationen des Herrn Nowicki mögen die Gegner vorsichtig sein, denn in der Tat gerechtfertigt erscheint uns der vom Postemp erhobene Vorwurf, daß gerade hier die Quelle der Standespolitik zu suchen sei. Als man gewisse Abgeordnete wählte — wir haben nicht durchaus das Großherzogtum im Sinne —, da reichte es hin, wenn der betreffende Kandidat das Priesterkleid trug bzw. ein Gut besaß, um ihm das Patent zum Abgeordneten zuzusprechen. Niemand hat damals die Abgeordnetenqualitäten der betreffenden Kandidaten in Frage gestellt. Die Kritiker wären von der „maßgebenden Meinung“ niedergeschrien worden mit der Behauptung, sie stellten Parteirücksichten über die Rücksichten auf das Gemeinwohl. Heute dagegen, wo es sich um einen Kandidaten aus den Schichten der Arbeiter und Handwerker handelt, schreibt man ganze Tintenfassler leer über das Thema „Unerläßliche Abgeordneteneigenschaften.“

Mit vollem Verantwortlichkeitsgefühl stellen wir fest, daß unseres Erachtens Herr Nowicki bedeutend mehr Abgeordneteneigenschaften besitzt als mehrere Mitglieder der Land- und Reichstagsfraktion, die in aller Ruhe Abgeordnete sind und deren Qualifikationen weder in der Presse, noch überhaupt öffentlich in der Volksgemeinschaft in Frage gestellt worden sind, mit Ausnahme von ganz vereinzelter Äußerungen, die natürlich Entrüstung hervorgerufen haben.

Der Postemp kündigt an, daß sich eventuell die Zeiten aus dem Jahre 1898 wiederholen würden, als ein Wahlkampf um die Kandidatur des verstorbenen Andrzejewski ausgebrochen war, und daß auf die eine Seite der Dziennik Poznański, Wielkopolanin und Goniec, und auf die andere der Kurjer Poznański, Drendownik und Postemp treten würden.

Was uns betrifft, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß es dazu nicht kommen wird. Wir halten Herrn v. Trampczynski für einen Mann, der sich nicht wird als Standarte für einen Kampf gebrauchen lassen, wie er sich im Jahre 1898 vollzog, um so weniger, als gerade die demokratischen Elemente, die im Wahlkreise Posen auf der Kandidatur aus den Arbeiter- und Handwerkerfraktionen beharren, schon einmal (im Wahlkreise Schrimmschroda) sich für die Kandidatur des Herrn v. Trampczynski erklärt haben und heute von neuem erklären, daß sie bei den allgemeinen Wahlen und zwar möglichst den Landtagswahlen, mit voller Bereitschaft die Kandidatur des Herrn v. Trampczynski unterstützen werden.

Ferner hegen wir die Hoffnung, daß auch die leitenden Faktoren in den beiden Landkreisen Posen nicht werden die Sache auf die Spitze treiben und uns einem hartnäckigen Wahlkampfe aussetzen wollen, umsoweniger als dieser Kampf naturgemäß den Charakter eines Kampfes zwischen Stadt und Land annehmen würde, was man doch wohl heute weniger

als je als erwünscht erachten wird. Mögen die Wahlkomitees der Landkreise berücksichtigen, daß die Stadt Posen formell hinsichtlich der Wahlorganisation zwar nur den dritten Teil des Wahlkreises Posen ausmacht, daß Posen dagegen faktisch hinsichtlich der Wählerstimmen zwei Drittel der Stimmen des ganzen Wahlkreises gestellt, während die beiden Landkreise zusammen nur ein Drittel der Stimmen aufbringen.

Wir unterbreiten alles das bei Zeiten der Erwägung der kompetenten Faktoren, denn wir möchten Zwistigkeiten und Kämpfe vermeiden.

Aus Nr. 22 des Postep (Posen)

vom 28. Januar 1910:

In der Angelegenheit der Posener Kandidatur.

In den letzten Tagen befürworteten drei Posener Zeitungen und zwar Goniec Wielkopolski, Dziennik Poznański und Wielkopolanin mit allen Kräften die Kandidatur des Herrn Rechtsanwalts Trompczynski aus Posen, nur um dadurch die Arbeiterkandidatur aus dem Sattel zu heben.

Daß der Dziennik Poznański und der Wielkopolanin gegen eine Arbeiterkandidatur sind, ist uns recht verständlich, denn diese Zeitungen müssen springen, wie ihnen ihre Aktionäre befehlen. Übrigens unterstützen diese Zeitungen niemals eine Volksache, wenn es sich um den entscheidenden Moment handelt.

Unders der Goniec Wielkopolski. Er war es, der mit großem Geschrei für eine Arbeiterkandidatur, vielmehr für Herrn Adalbert Sosinski aus Bochum eine Lanze brach und Posen diese Kandidatur direkt aufdrängte. — Jetzt, auf einmal, ändert der Goniec Wielkopolski die politische Windrichtung — was ebenfalls zu seinen Gepflogenheiten gehört — und protegiert Herrn Rechtsanwalt Trompczynski, indem er versichert, daß letzterer versprochen habe, die Kandidatur anzunehmen. Mit der Protektion eines Arbeiters Adalbert hat man begonnen, und schließt mit der eines Rechtsanwalts Adalbert — Herr Dr. Trompczynski führt ebenfalls wie Herr Sosinski den Vornamen Adalbert. — In dieser ganzen Sache liegt viel Humor und man fühlt sich versucht, mit „Fontet“ aus „Galka“ auszurufen: „Das Ende alles Freiens ist gleich, der Herrensohn liegt zu Füßen seiner Angebeteten!“

Die Stellung des Goniec Wielkopolski ist immer so schwankend, er zielt wo anders und schießt wo anders hin. Für Herrn Sosinski, den Liebling des Goniec Wielkopolski, ist das ein schlechter Trost.

Es hat fast den Anschein, daß, wenn keine anderen Umstände hinzutreten, sich die Wahlkämpfe von 1898, wo es um die Kandidatur des verstorbenen Fr. Andrzejewski ging, wiederholen werden. Damals kämpften auf seiten der Versöhnungsparteiler verblissen und erbittert der Dziennik Poznański, der Wielkopolanin und natürlich auch der Goniec Wielkopolski, obwohl er damals sich in anderen Händen befand; auf seiten der Volksparteiler standen der Drendownik und der Postemp, heute kommt noch der Kurjer Poznański hinzu.

Diese Zeitungen werden die öffentliche Meinung in Stadt und Provinz Posen bearbeiten. Die Rücksichten sind wenig erfreulich, wenn der Herr Rechtsanwalt Dr. Trompczynski tatsächlich kandidieren will, wie seinerzeit Herr Mottly, seligen Andenkens. Die Verhältnisse sind aber heute bedeutend anders, als sie damals herrschten. Uns will es jedoch scheinen, daß Herr Trompczynski seine Kandidatur in Posen nicht aufrecht erhalten wird, sobald er merkt, daß man hier grundsätzlich für eine Arbeiterkandidatur ist. Übrigens könnte Herr Trompczynski, wenn er wirklich Abgeordneter werden wollte, es schon längst, im Schrimm-

Schrodaer Wahlkreise geworden sein. Damals hat man ihm das Amt eines Abgeordneten angeboten, doch hat Herr Trompezhnski es nicht angenommen, da er — wie er sich ausdrückte — Reichstagsabgeordneter nicht werden wolle. Sollte er binnen Jahresfrist seine Denkwürdigkeit so gänzlich geändert haben? Gesah dies etwa unter dem Einfluß der Seitenströmungen, die der Arbeiterkandidatur den Hals brechen wollen?

Überdies ist Herr Rechtsanwalt Trompezhnski im hiesigen Stadtparlament, wo er schon seit verschiedenen Jahren gute Erfolge zu verzeichnen hat, unentbehrlich.

Bei Gelegenheit der Bekämpfung der Arbeiterkandidatur schrieb der hiesige Wielkopolanin viel von den „Standeskandidaturen“, und entpuppte sich als grundsätzlicher Gegner derselben.

Und doch wird es — früher oder später — in unserer Volksgemeinschaft zu Standeskandidaturen kommen in dem Maße, als in den anderen Schichten unseres Volkes das politische Bewußtsein wachsen und Männer erzeugen wird, denen die Gesamtheit wird Abgeordnetenmandate übertragen können.

Selbstverständlich müssen die Standeskandidaturen in erster Linie auf polnischem, rein nationalem Standpunkt stehen und in erster Linie dort in den deutschen Parlamenten unsere nationalen und religiösen Ideale verteidigen. Dieses kann ebenso gut wie der Edelmann und Geistliche auch der Schuster oder Arbeiter tun.

Im Landtag und Reichstag hatten wir bis vor kurzer Zeit tatsächlich nur Standesabgeordnete. Diese setzten sich überwiegend aus Edelleuten und Geistlichen zusammen. Die adligen Abgeordneten unterstützten überwiegend die Agrarpolitik oder die Politik der großen Grundbesitzer, und dies oft mit Benachteiligung der breiten Massen der Gesamtheit, die mit ihren zehn Fingern sich den Lebensunterhalt verdienen. Die agrarischen Abgeordneten und die Geistlichen hatten oft kein Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiters, des Handwerkers und des Kaufmanns und Industriellen. Um nun dieses Manko in Zukunft auszugleichen, sollen in der polnischen Abgeordnetenfraktion diese Schichten repräsentiert werden, die ebenso dem national-polnischen Grundsatz huldigen, wie die bisherigen Abgeordneten es tun. Darüber herrscht nur eine Meinung. — Dieses auch braucht man keinem polnischen Abgeordneten vor die Augen zu führen, er sei Schuster oder Magnat.

Noch eins verlangt der Wielkopolanin von einem Arbeiterkandidaten: erstklassige Abgeordnetenfähigkeiten. Diese Meinung teilen auch verschiedene Gegner der Arbeiterkandidatur. Der Arbeiter oder Handwerker soll nun der vorzüglichste Abgeordnete werden, diese Qualifikation verlangte und verlangt man aber nicht von den gegenwärtigen adligen Abgeordneten. Noch sitzen dort in der polnischen Abgeordnetenfraktion solche Vertreter, die nach den Forderungen des Wielkopolanin verabschiedet werden müßten — aber davon schweigt des Sängers Höflichkeit.

In diesem ganzen Treiben sehen wir nur den bösen Willen, breiteren Massen keinen Einfluß beim Volke zu gewähren, worin wir die nationale Wiedergeburt erblicken.

Aus Nr. 14 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 1. Februar 1910:

Gegen die Arbeiterkandidatur im Reichstagswahlkreis Posen.

Ist jetzt die Kandidatur des Rechtsanwalts von Trompezhnski vorgeschoben worden. Wir schätzen Herrn von Trompezhnski als eine außerordentliche Kraft, und wir würden ihn gern in der polnischen Fraktion sehen.

Wir haben auch seine Kandidatur eifrig unterstützt, als er seinerzeit im Wahlkreis Lissa-Rawitsch aufgestellt war, und wir würden sie auch in jedem anderen Wahlkreise unterstützen, aber wir halten die Vorschübung der Kandidatur des Herrn von Trompezhnski gewissermaßen zur Bekämpfung der Arbeiterkandidatur im Posener Wahlkreis für äußerst schädlich. Die Bekämpfung der Arbeiterkandidatur würde die fatalsten Folgen nach sich ziehen. Wir wundern uns über alle Mäßen, daß gewisse politische Kreise Posens die weittragende Bedeutung dieser Angelegenheit nicht begreifen können.

Es handelt sich hier am allerwenigsten um eine Parteiangelegenheit, sondern wir halten eine Arbeiterkandidatur im Interesse der Fraktion selbst und im Interesse des sozialen Friedens, den wir bisher glücklicherweise gewahrt haben, für durchaus notwendig.

Hoffen wir, daß die Gesamtheit der Posener Wähler diese Angelegenheit besser beurteilen wird, wie gewisse politischen Kreise.

Was uns anlangt, so empfehlen wir auf das wärmste die Kandidaturen der Herren Sosinski und Nowicki, da wir sie für die geeignetsten halten.

Aus Nr. 19 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. Januar 1910:

Betrifft die Posener Kandidatur.

Gleich im Anfang, als sich das Gerücht verbreitete, der bisherige Vertreter der Stadt Posen und der beiden Landkreise Posen, Rechtsanwalt von Chrzanowski, trage sich mit dem Gedanken, sein Mandat niederzulegen, wurde seitens der breiten Kreise der hiesigen Volksgemeinschaft die Kandidatur des Rechtsanwalts von Trompezhnski vorgeschlagen. Man muß anerkennen, daß es nicht leicht war, einen Kandidaten herauszufinden, der mit entsprechenderen Bedingungen zum Abgeordneten, zum Verteidiger unserer Interessen in der deutschen Volksvertretung ausgestattet wäre. Eine ungewöhnliche Intelligenz, ein tiefes Rechtswissen, eine gründliche Kenntnis unserer Angelegenheiten und schließlich eine Rednergabe, das alles hebt Herrn von Trompezhnski hoch über jene Kandidaten empor, die in letzterer Zeit verschiedenerseits vorgeschlagen wurden. Wenn wir bisher mit seiner Kandidatur nicht hervortraten, so geschah es lediglich aus dem Grunde, weil uns bekannt war, daß sich der Rechtsanwalt von Trompezhnski um das Posener Mandat nicht bewerben will. Gegenwärtig hat sich jedoch die Situation insoweit geändert, als eins der hiesigen Blätter die Mitteilung brachte, Rechtsanwalt von Trompezhnski habe sich bewegen lassen, die Kandidatur anzunehmen. Fürs erste wissen wir nicht, ob und inwieweit diese Mitteilung den Tatsachen entspricht. Es unterliegt aber nicht dem geringsten Zweifel, daß die Mehrheit der hiesigen Volksgemeinschaft eine solche Entscheidung des Rechtsanwalts von Trompezhnski mit der höchsten Anerkennung begrüßen würde. Wir sind auch überzeugt, daß seine Wahl auf keine besondere Schwierigkeiten stoßen würde.

Aus Nr. 25 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 1. Februar 1910:

Mit bezug auf den Oldenburg-Konflikt im Reichstage meint der Dziennik:

... Für uns war der Ausspruch des Abgeordneten v. Oldenburg keine Überraschung; er war vielleicht unglücklich vorzeitig getan, wir sehen aber die Unmöglichkeit, daß er bei gegebener Gelegenheit zur Tat werden könnte, nicht vorliegen.

Der Deutsche Reichstag selbst arbeitet daran, sein Ansehen abzuschwächen, da er die Verfassung und die Rechte, welche er den Bürgern verleiht, nicht aufs genaueste beobachtet, und da er auf dem Wege von Zugeständnissen gegebenenfalls der Regierung irgendwelche Vorteile abzuweilen sucht zum Nachteil einer großen Zahl von Bürgern, wie wir bei dem Vereinsgesetz gesehen haben, welches der Verfassung durchaus zuwiderläuft.

Ein nicht geringeres Untergraben des Ansehens des Reichstages war sein Verhalten bei den Beratungen über die Interpellationen in der Rattowitzer Sache, wo angesichts der krassesten Übergriffe und der Vergewaltigung der bürgerlichen Freiheit ein großer Teil der Abgeordneten den Maßnahmen der Regierung Beifall spendete.

Angesichts solcher Verhältnisse kann man sich nicht darüber wundern, daß in den Sphären, denen der Abgeordnete v. Oldenburg als Kammerherr angehört, ein gewaltsames Auseinandertreiben des Reichstages nicht für unmöglich gehalten wird. Da man sieht, wie wenig der Reichstag die Verfassung, auf die er sich stützt, die ihm das Leben gab, selbst achtet, so rechnet man dort mit dem Umstand, daß man gegebenenfalls noch weitergehen könnte, wenn es sich als erforderlich erweisen sollte.

Die Verfassung ist — einmal auf die oder jene Weise gebrochen — nicht mehr unantastbar, und die Folgen zeigen sich in dem Mangel an Ansehen, welches die Faktoren gewisser Sphären nicht mehr anerkennen.

Wir sind davon überzeugt, daß der Abgeordnete v. Oldenburg bedauert hat, seine so extremen Anschauungen vorzeitig verraten zu haben, — Beweis hierfür war die später von ihm gebotene Erklärung. Aber die Tatsache, daß dem Deutschen Reichstage mit dem preussischen Militär gedroht worden ist, wird in den Annalen des Deutschen Reichstages unauslöschbar bleiben und, wenn auch nur teilweise, dieser Körperschaft die Tragweite der Unantastbarkeit der Verfassung zum Bewußtsein bringen.

Der Abgeordnete v. Oldenburg, der übrigens in einem Landesteil wohnt, wo die Macht das Recht regiert, wo die verfassungsmäßigen Vorschriften lange in Vergessenheit geraten und die Ausnahmegeetze in ganzer Fülle entfaltet sind, konnte leicht vergessen, daß das, was er spricht, sich nicht auf Angelegenheiten bezieht, in denen es keine Übergriffe gibt, in denen alle Maßnahmen, wenn nicht allgemeinen, so doch wenigstens großen Beifall finden, — auf die polnischen Angelegenheiten.

An die Theorie gewöhnt, daß Macht vor Recht geht, erblickte er zunächst auch darin nichts Arges, daß der Reichstag eines schönen Tages mit Gewalt auseinandergejagt werden könnte. Zu spät bedachte er, daß er etwas gesagt hatte, worüber er hätte schweigen sollen.

Aber zu seiner Entschuldigung müssen wir sagen, daß es heut niemandem leicht fällt, sich in der Situation zu orientieren. Die Verfassungen werden so biegsam, daß sie sich allen Gelüsten anschmiegen, — und zwar mit Einverständnis der parlamentarischen Körperschaften. Sofern sie also jemals sich bis zu einem Punkte nicht hinbiegen lassen sollten, braucht man nur einen Schritt weiter zu gehen, um das, was bereits angebrochen ist, vollends entzweizubrechen. Auch solche Fälle sind in der Geschichte bereits dagewesen.

Hätte der Deutsche Reichstag stets unverbrüchlich auf der Wacht der Verfassung gestanden und niemals die geringsten Zugeständnisse zugelassen, die ihrem Geiste zuwiderlaufen, so hätte keiner der Abgeordneten gewagt, derartiges auszusprechen, was der Abgeordnete v. Oldenburg am Sonnabend gesagt hat.

Die Worte des Abgeordneten v. Oldenburg bilden für den Deutschen Reichstag ein „Mene Tekel“. Wird er es verstehen?

Aus Nr. 26 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Februar 1910:

Von einem der angesehensten Bürger erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Der preussische Landtag hat sich einige Tage hindurch mit dem Etat des Landwirtschaftsministeriums befaßt. Bei dieser Gelegenheit wurden überaus viele für unsere überwiegend landwirtschaftliche Volksgemeinschaft, wichtige Fragen besprochen. Eine umfangreiche Diskussion rief das Verhältnis zwischen Groß- und Kleingrundbesitz hervor. Ihren Hintergrund bildet der Gegensatz zwischen dem Bauernbund und dem Bund der Landwirte, und dieser Gegensatz macht sich hauptsächlich in unserem Landesteil bemerkbar. Herr Franz v. Morawski hat in seiner bekannten Broschüre die psychologischen Ursachen der Bauernbewegung im Großherzogtum dargelegt; schade, daß man die Gelegenheit nicht benützt hat, um im Landtage die Gefahr vorzustellen, welche die staatliche Ansiedlungstätigkeit für ihre eigenen Protektoren in sich birgt. Es war das eine dankbare Aufgabe, um so mehr, als die Anschauungen des Herrn v. Morawski in der Presse der konservativen Partei Anerkennung und ernste Würdigung gefunden haben. Man muß zugeben, daß die in der Broschüre vorgebrachten Beweisgründe eine sehr beachtenswerte Waffe gegen die Ansiedlungspolitik bilden. Es wäre für unsere Volksgemeinschaft erwünscht, daß die Fraktion die Solidarität und Gemeinsamkeit der Interessen des Groß- und Kleingrundbesitzes beleuchtete; wir halten das für nötig mit Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit unbedachte Politiker bei uns für eine demagogische Agitation einen gewissen Unterschied zu schaffen suchen.

Mit Rücksicht auf den Handelsvertrag mit Amerika besprach man die Angelegenheit der landwirtschaftlichen Zölle, sowie die Frage des Imports ausländischen Viehes, somit Sachen, von denen die Existenz unserer Landwirtschaft, und damit die wirtschaftliche Entwicklung unserer Volksgemeinschaft abhängig ist.

Neben allgemeinen Angelegenheiten brachten Abgeordnete aus verschiedenen Gegenden Wünsche bezüglich der Förderung der Landwirtschaft in den einzelnen Gegenden zum Ausdruck, vom Großherzogtum ist, so viel wir wissen, nicht die Rede gewesen. Man beschloß einmütig die Förderung der Trockenlegung und Melioration von Sümpfen, aber des Bachorzebruchs in Rufawien hat niemand erwähnt. Die polnische Fraktion schwieg, weshalb, das wissen wir nicht.

Wir beabsichtigen nicht, dieses Schweigen zu kritisieren, wir heben nur die Tatsache hervor, daß unsere Fraktion sowohl im Reichs-, als auch im Landtage in Fragen, betreffend die Industrie- und Hüttenarbeiter das Wort ergriffen und dabei einen Arbeiterstandpunkt par excellence eingenommen hat.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß die Arbeiter in unserer Vertretung beredte Sachwalter haben, die Landwirte dagegen, welche die Hauptwähler unserer Abgeordneten sind und die moralische Pflicht haben, den Boden festzuhalten, sie haben offenbar in Berlin nicht hinreichend eifrige und warme Verteidiger. Wir wollen diese Tatsache angesichts der Diskussion, die über das Thema „Posener Abgeordnetenwahl“ geführt wird, hervorgehoben als Beitrag zu dem Stande der Dinge. Bei dieser Gelegenheit betonen wir, daß unser Großherzogtum nicht einen einzigen Abgeordneten aus den landwirtschaftlichen Kreisen gewählt hat.

Aus Nr. 19 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25. Januar 1910:

Posen, den 24. Januar 1910.

**Nochmals in der Angelegenheit
des Auftretens des Herrn Drwenski
in der Stadtverordnetenversammlung.**

Vom Stadtverordneten Herrn Drwenski erhalten
wir folgendes Schreiben:

Geehrter Herr Redakteur!

Meine Berichtigung in Nr. 17 des Kurjer Poznański wurde von Ihnen mit einem so umfangreichen Kommentar versehen, daß ich gezwungen bin, Sie zu bitten, mir in Ihrem geschätzten Blatte nochmals das Gastrecht für die nachfolgenden Worte zu gewähren, ohne daß ich mich diesmal auf das Preßgesetz berufe. Ich tue dies auf Ihre Erwähnung hin, daß meine Berichtigung auch ohne diese Berufung aufgenommen wird.

Den genauen Wortlaut meiner Rede kennen Sie, geehrter Herr, nicht. Sie konstruieren sich den Tenor meiner Ausführungen aus den unvollständigen journalistischen Referaten und Sie nehmen diesen konstruierten Tenor nicht wörtlich, sondern lesen noch zwischen den Zeilen. Einem solchen Verhalten gegenüber ist eine Diskussion völlig unmöglich.

Ich wiederhole also noch einmal, indem ich mich auf die offiziellen stenographischen Notizen berufe, daß ich die Identität der eigenen Rede mit der Rede des Herrn Kollegen Trompczynski unterstrichen habe. Auch redete ich überhaupt nicht davon, in welchem Namen Herr Trompczynski gesprochen hat, ich besprach nur das, was er gesagt hat.

Übrigens, wenn ich auch gesagt haben sollte, daß Herr Trompczynski nicht im Namen der ganzen Volksgesamtheit gesprochen habe, so hätte ich nur die Wahrheit gesagt. Was den Verlauf und den Inhalt der Versammlung im Bazar anbetrifft, so bin ich es nicht, der den Vorwurf eines schlechten Gedächtnisses verdient, sondern Sie. Ich erinnere Sie daran, daß gleich zu Anfang der Beratungen Herr Rechtsanwalt Wyczynski die Kompetenz dieser Versammlung anzweifelte. Ich antwortete ihm darauf, daß wir zwar nicht kompetent sind, im Namen der Volksgemeinschaft Beschlüsse zu fassen, man jedoch die Kompetenz der Versammlung darin erblicken kann, daß die polnische Stadtverordnetenfraktion, die in Kürze in der Frage der Subventionierung der Ausstellung wird Stellung nehmen müssen, die Versammlung um Rat fragt und ihre Meinung zu hören wünscht. Sie selbst und alle Versammelten haben meine Meinung unterstützt und wir alle sind einig geworden. Eine weitere Kompetenz hat sich die Versammlung also nicht zugeschrieben. Sie hat auch den Stadtverordneten weitere Kompetenzen nicht erteilt, denn dazu hatte sie überhaupt keine Berechtigung.

Auch Ihre Behauptung, die polnische Gesamtheit habe ihre Stellungnahme der Ausstellung gegenüber formuliert, ist nicht stichhaltig. Die Bazarversammlung hat den betreffenden Faktoren darin freie Hand gelassen. Ob die Vertreter der polnischen Industrie an der Ausstellung teilnehmen werden, das weiß momentan kein Mensch. Diesem Gedanken nur habe ich in der Stadtverordnetenversammlung Ausdruck verliehen.

Was den mir gemachten Vorwurf anbetrifft, ich hätte das Ansehen unserer Fraktion herabgedrückt, so wäre es passender gewesen, wenn Sie, geehrter Herr, vor Erhebung des Vorwurfs sich aus der einzig kompetenten Quelle, beim Vorsitzenden unserer Fraktion, Informationen geholt hätten.

Jarogniew Drwenski.

Der Stadtverordnete Herr Drwenski macht uns daraus einen Vorwurf, daß wir uns auf die ungenauen journalistischen Referate stützen, und daß wir dieselben nicht wörtlich nehmen, sondern zwischen den Zeilen lesen. Wir taten das, was wir einzig tun konnten. Zweimal bemühten wir uns um die stenographischen Notizen, leider umsonst mit Rücksicht auf die Vorschriften der Verordnungen. Angesichts dieser Tatsache können für uns nur die Referate der polnischen und deutschen Zeitungen maßgebend sein, allerdings nur die Einzelheiten in den Referaten, die — wie wir es schon hervorgehoben haben — in mehreren Zeitungen gleich oder fast gleich dargestellt wurden. Wenn das der Herr Drwenski „ein Lesen zwischen den Zeilen der ungenauen journalistischen Referate“ nennt, so ist das schon nicht unsere Schuld.

Herr Drwenski beruft sich auf die stenographischen Notizen, hat uns aber eine Abschrift derselben nicht zugestellt. Es wird uns vielleicht gelingen, bei Gelegenheit der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Abschrift des betreffenden Abschnitts des Stenogramms zu erlangen. Wir werden dann mit der größten Bereitwilligkeit unsere Meinung zugunsten des Herrn Drwenski ändern bzw. korrigieren, wenn es sich zeigen wird, daß die polnischen und deutschen Referenten, ja sogar Stadtverordnete, wie besonders Herr Wagner, Herrn Drwenski nicht verstanden haben. Herr Wagner hat sogar in dem Auftreten des Herrn Drwenski eine Nichtanerkennung der Ausführungen des Herrn Trompczynski gesehen.

Herr Drwenski sagt, er hätte nur das besprochen, was Herr Trompczynski gesagt habe. Gut, aber Herr Trompczynski hat gerade gesagt, daß die Gesamtheit als Ganzes an der Ausstellung nicht teilnehmen könne — und Herr Drwenski wollte die „Situation retten“ und erklärte, daß die Polen sich in dieser Beziehung überhaupt noch nicht entschieden hätten. Wir wiederholen, was wir schon das vorige Mal angedeutet haben: Herr Drwenski hat sich nicht der Form nach, wohl aber dem Inhalt seiner Rede nach den Ausführungen des Herrn Trompczynski entgegen gestellt.

Das, was der Herr Drwenski über den Verlauf und den Inhalt der Versammlung der interessierten Kreise im Bazar sagt, entspricht nicht der Wahrheit. Wahr ist es, daß am Anfang der Verhandlungen eine Diskussion über die Kompetenz der Versammlung geführt wurde. Es ging sowohl um die materielle als auch um die formelle Seite. Man erhob den Vorwurf, daß in der Versammlung überwiegend nur die interessierten Kreise des Großherzogtums vertreten seien. Was die formelle Seite anbelangt, so waren anfangs die Meinungen darüber geteilt, in welchem Charakter die Stadtverordneten in der Versammlung auftraten und welchen formellen Charakter die eventuellen Beschlüsse haben sollten. Nach einer eingehenden Diskussion wurde durch einen formellen Beschluß festgestellt, daß in materieller Beziehung die Versammlung kompetent sei, eine Entscheidung zu treffen, und daß diese Entscheidung endgültig sei, und daß in formeller Hinsicht diese eventuellen Beschlüsse für die Meinung der interessierten Kreise angesehen werden sollen, die die Stadtverordneten zur Kenntnis nehmen, um in der Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Schlüsse ziehen zu können. Die Bazarversammlung und alle ihr vorausgegangenen Konferenzen konnten nur insoweit einen Sinn haben, insoweit sie dahin zielten, die Stellungnahme der interessierten Kreise endgültig festzulegen. Darum ging es gerade, die auseinanderlaufenden Ansichten zu konzentrieren, ihnen einen gemeinsamen Nenner zu geben. Dieses wurde in der Bazarversammlung ganz deutlich festgestellt. Daß diejenigen, denen der Bazarbeschluß

nicht paßt, gegenwärtig bemüht sind, diesem Beschluß seine wahre Bedeutung zu nehmen, ist eine alte Erscheinung, so alt wie das Fehlen der Zucht und des Organisationsgefühls in Polen. Aber das ändert nichts an der Tatsache selbst, daß die Erklärung des Herrn Trampeczynski in der Stadtverordnetenversammlung „die polnische Gesamtheit könne als Ganzes an der Ausstellung nicht teilnehmen, sie würde jedoch den einzelnen Individuen nicht verübeln, wenn diese an der Ausstellung privatim teilnahmen“, daß diese Erklärung des Herrn Trampeczynski der Ausdruck der Meinung der Konferenz der interessierten Kreise gewesen ist.

Wenn der Herr Drwenski dieses nicht die „Formulierung der Stellungnahme der Ausstellung gegenüber“ nennt, dann halten wir unsererseits eine Diskussion darüber für völlig zwecklos. Herr Drwenski scheint offenbar vergessen zu haben, daß man, auf die Ausstellungsanhänger Rücksicht nehmend, nach dieser Richtung hin beschlossen hat, sich auf die „Nichtverdammung der Individuen“, die an der Ausstellung teilnehmen werden, zu beschränken, daß man andererseits erklärte, für die Teilnahme an der Ausstellung nicht zu agitieren. Auch erklärte man sich gegen die Annahme von Ehrenämtern (Komiteemitglieder) seitens der Polen, weil die Polen dadurch Repräsentanten der Ausstellung würden, was einer offiziellen Teilnahme der polnischen Gesamtheit gleich zu achten wäre. Dieses letzte hat sich die Konferenz ausdrücklich nicht gewünscht. Wenn das kein „Formulieren der Stellungnahme“ bedeutet, dann wissen wir tatsächlich nicht, was überhaupt eine Formulierung ist. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht verfehlen zu erwähnen, daß die Behauptung des Gonic, der Beschluß sei „künstlich nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden“, nicht der Tatsache entspricht. Im Gegenteil, nach der Ablehnung der Resolution, die die völlige Boykottierung der Ausstellung forderte (da Stimmengleichheit war, entschied der Vorsitzende zu ihren Ungunsten), nebst der Resolution, die für völlige Freiheit in dieser Hinsicht war (diese Resolution erreichte nur eine Minorität) wurde, die Kompromißresolution einstimmig angenommen.

Herr Drwenski will nicht zugeben, daß er die Stellung der polnischen Stadtverordnetenfraktion erschüttert habe, und er beruft sich dabei auf den Vorsitzenden der Fraktion. Wir haben volles Verständnis für kollegialische Rücksichtnahme, aber bei der Beurteilung von öffentlichen Begebenheiten können wir uns selbst ein Urteil bilden. Ubrigens, warum hat man die polnischen Redaktionen beschickt, daß sie die Angelegenheit verschleiern sollten?

Aus Nr. 25 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 1. Februar 1910:

Die Ostdeutsche Ausstellung.

Zu den von uns früher namhaft gemachten Polen, die zum Garantiefonds der deutschen Ausstellung ihre Unterschriften gaben, kommen noch, wie wir in den hiesigen deutschen Zeitungen lesen, zwei neue hinzu, und zwar der Lehrer an der städtischen Schule Herr Urbanowski und der Bauunternehmer Herr R. Maniewski; ersterer 300 M., letzterer 1000 M.

In demselben Verzeichnis, in dem die oben genannten beiden Polen vorgetragen sind, hat man angegeben, daß der Oberpräsident der Provinz Posen, Herr von Waldow, zum Garantiefonds 500 M. zeichnete. Somit bestimmt dieser hohe Würdenträger für die Ausstellung weniger als so mancher für die Ausstellung begeisterte Pole. Wir sind neugierig, ob dieselben Polen, die so hohe Summen gegebenenfalls

für ein deutsches Unternehmen geben werden, auch so freigebig sind, wenn es sich um unsere polnischen Zwecke handelt; es scheint uns, daß es nicht so ist.

Wenn wir jedoch in Betracht ziehen, daß neben einigen Hundert Deutschen und Juden kaum einige Polen zum Garantiefonds der deutschen Ausstellung ihre Unterschriften gaben, so können wir dreist behaupten, daß sich unsere Gesamtheit von diesem Unternehmen fernhält und mit Recht ihre Tasche einer Sache gegenüber verschließt, die uns eher schaden als nützen kann, und die Handvoll Polen, die ihre Unterschriften gegeben haben, bilden eine Ausnahme.

Bei dieser Gelegenheit können wir wohl die Hoffnung ausdrücken, daß nach dem, wie man die Ausstellungsangelegenheit in unserer Stadtverordnetenversammlung dargestellt hat, den anderen die Lust vergehen wird, ihre Unterschriften zu Gunsten des Garantiefonds abzugeben; möge es bei der Ausnahme verbleiben.

Aus Nr. 21 des Postep (Posen)
vom 27. Januar 1910:

In der Angelegenheit der deutschen Ausstellung erhalten wir von Herrn Stanislaus Offierski folgendes Schreiben:

„Das Auftreten des Herrn Drwenski in der Stadtverordnetenversammlung bedeutete den Bruch der Solidarität und machte nicht nur den Rechtsanwalt Herrn Trampeczynski bzw. die betreffenden polnischen Stadtverordneten, sondern auch die ganze polnische Volksgesamtheit lächerlich. Herr Trampeczynski nur war einzig und allein berechtigt, im Namen der Stadtverordneten und der polnischen Gesamtheit zu sprechen. Daher hatte jeder von den Stadtverordneten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen Herrn Drwenski aufzutreten, damit ja kein Zweifel darüber entstünde, welche Stellung die polnische Gesamtheit gegenüber der deutschen Ausstellung in Posen einnimmt, und damit wir nicht zum Gespött für unsere Burenfreunde würden, die dann sagen könnten, die Polen wissen selbst nicht, was sie wollen. Als man Herrn Drwenski in der tags zuvor stattgefundenen vertraulichen Versammlung bat, im Sinne des Beschlusses zu reden, gab er zur Antwort, er werde überhaupt nicht reden. Hätte Herr Drwenski erklärt, daß er mit dem Inhalt des Beschlusses nicht einverstanden sei und öffentlich für die Beteiligung an der deutschen Ausstellung reden werde, so würde sich vielleicht ein Mittel gefunden haben, das dem Bruch der Solidarität und dem öffentlichen Ärgernis vorgebeugt hätte.“

Stanislaus Offierski, Stadtverordneter.

Aus Nr. 23 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. Januar 1910:

Unverhoffte Schwierigkeiten.

Wieder haben wir unseren Lesern eine Mitteilung zu machen, die auf die bei uns herrschenden Verhältnisse ein bezeichnendes Licht wirft. Seit einiger Zeit hat es ein Kreis unserer Damen für erforderlich erachtet, den Kindern beizustehen, welche im Elternhause der gehörigen Obhut entbehren. Die Zahl dieser unglücklichen Kinder soll sich in Posen allein in die Tausende belaufen. Indem man über die für diesen Zweck entsprechenden Mittel nachsann, überzeugte man sich, daß es unmöglich ist, der ganzen, nach dieser Richtung hin herrschenden Not abzuhelpen, daß man sie aber teilweise lindern könnte durch die Einrichtung entsprechender Räumlichkeiten, in denen solche Kinder Unterkunft, Obhut und Aufsicht finden könnten.

Natürlich müßte man vor allem die Kinder berücksichtigen, welche zuhause sich selbst überlassen und

damit der Gefahr ausgesetzt sind, zu verwildern und in moralischer und sittlicher Hinsicht auf Abwege zu geraten.

Man ersah sich Räumlichkeiten, und es fanden sich Personen, die bereit waren, sich dieser Arbeit zu widmen; sie übernahmen uneigennützig die Rolle von Aufseherinnen. Die Väter und Mütter der sehr armen Kinder begriffen die Tragweite der sich ihnen bietenden Wohltat. Gern machten sie daher von ihr Gebrauch, indem sie die Kinder in das Heim schickten, damit sie dort die freie Zeit unter den Augen und der Aufsicht unserer Damen verbringen.

Ein derartiges Werk, welches die ausgeprägten Merkmale der Nächstenliebe an sich trägt, verdient in jeder Hinsicht Anerkennung. Und doch stieß es auf gar nicht vorausgesehene Schwierigkeiten. Unsere Behörden haben nämlich diesen Heimen von Anfang an Schwierigkeiten bereitet, indem sie nicht nur von den Leiterinnen Befähigungsnachweise, sondern auch die Erbringung des Beweises dafür forderten, daß die Regierung den Betrieb dieser Anstalten gestattet habe.

Die Posener Polizei begann im Auftrage der Regierung zu handeln, und diese ging von der Voraussetzung aus, daß solche Heime den Charakter einer Schule hätten. Unsere Damen dagegen meinten, es seien keineswegs Schulen, denn das Schulsystem sei dort gar nicht eingeführt und die Personen, welche sich mit der Beaufsichtigung beschäftigten, übten sie nur aus charitativem Empfinden aus. Die Kinder beschäftigen sich in diesen Heimen zwar auf ihre Weise, aber ohne daß ihnen von seiten der Aufseherinnen irgendwelche unterrichtliche Leitung geboten wird.

Obige Ausführungen halfen nichts. Das Heim auf dem Grundstück Cybinastr. 5 hat die Polizei geschlossen und dem Fräulein Aniela Tulodziecka eine Geldstrafe von 100 M. auferlegt. Fräulein Tulodziecka hat gegen die Schritte der Polizei Klage beim Bezirksauschuß erhoben, und der Termin zur mündlichen Verhandlung wird am 17. Februar stattfinden.

Nicht genug damit! Frau Hedwig Kolska aus Posen wollte dieser Tage auf ihre Verantwortung hin gleichfalls ein oder zwei Heime, deutsch „Schulstuben“ genannt, einrichten, und sie machte hiervon der Polizei am 19. d. M. Mitteilung. Ungeachtet dessen, daß diese Heime keine Schulen sind, behauptet die Polizei, sie seien doch private Unterrichtsanstalten, und sie fordert unter Berufung auf die Ministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1839, „daß Frau Kolska zunächst die Genehmigung vorlege“. Frau Kolska meint jedoch, die Heime seien keine Schulen, die Ausübung eines derartigen Werks der Nächstenliebe unterliege in Preußen keinen gesetzlichen Beschränkungen, und die Instruktion vom Jahre 1839 sei auf solche Werke nicht anwendbar.

Das Schreiben der Polizei hat nachstehenden Wortlaut:

Der Königliche Polizeipräsident.

Posen, den 22. Januar 1910.

Auf Ihre Eingabe vom 19. d. M. eröffne ich Ihnen, daß Sie die Genehmigung zur Eröffnung der beiden „Kinderschulstuben“, die als private Unterrichtsanstalten im Sinne der Ministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1839 zu betrachten sind, nach § 4 dieser gesetzlichen Bestimmung bei der hierfür zuständigen Ortschulbehörde, d. i. in diesem Falle bei dem hiesigen Magistrat oder bei der Königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hieselbst nachzusuchen haben. Ehe diese Genehmigung nicht erteilt ist, darf der Betrieb in den beiden von Ihnen geplanten Anstalten nicht eröffnet werden.

Ich stelle Ihnen anheim, der Mitunterzeichnerin Ihrer Eingabe von meinem Bescheid Kenntnis zu geben. (Unterschrift.)

An Frau Helene Kolska

in Posen
Mühlenstr. 13.

Aus der obigen Sachdarstellung geht hervor, daß die Polizei, da sie selbst von der „geplanten Eröffnung“ spricht, sich noch nicht hat überzeugen können, ob diese „Schulstube“ in der Tat eine Schule ist.

Aus Nr. 22 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. Januar 1910:

Germanisation durch kirchliche Institutionen.

Beim Besprechen des bekannten Artikels des Professors Geistlichen Hozakowski wiesen wir besonders auf die kirchlichen Verhältnisse in den Diözesen Culm und Breslau hin, die als Beweis der Germanisationsarbeit, die durch kirchliche Institutionen geleistet wird, dienen sollten.

In derselben Angelegenheit erhalten wir von einem obereschlesiichen Geistlichen folgende Korrespondenz:

Aus Oberschlesien.

Weil die geehrte Redaktion gegen die Germanisation durch die Kirche Stellung genommen hat, mache ich diese auf die Korrespondenz aus Wierzh, die die schlesischen Zeitungen gebracht haben, aufmerksam. Wierzh ist eine durch und durch polnische Parochie. Deutsch sind vielleicht nur die Lehrer, aber auch sie sind nur verdeutschte Polen. Möge die Wahrheit meiner Worte der Abgeordnete Strzoda bestätigen, der aus Wierzh stammt. In dieser Parochie wirkte der berühmte Geistliche Engel.

Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß zu dessen Nachfolger der Germanisator Geistlicher Fiebig bestimmt wurde. Zuzeiten des Geistlichen Engel wurden die Kinder in der Katechismuslehre nur polnisch unterwiesen; der Geistliche Fiebig lehrt jetzt fast alle polnischen Kinder in der deutschen Sprache, und die Eltern protestieren nur ausnahmsweise dagegen. Diejenigen Kinder nun, die deutsch beichten, zählt der Geistliche Fiebig zu den Deutschen und zieht daraus den Schluß, daß, da in der Gemeinde sich die Deutschen vermehrt hätten, man für sie die deutschen Predigten vermehren müsse.

Die Änderungen in der Gottesdienstordnung führt Geistlicher Fiebig ohne bischöfliche Erlaubnis durch — und die bischöfliche Behörde schweigt gern dazu. Noch nie ist die bischöfliche Behörde im Interesse der polnischen Parochianen aufgetreten, meldet sich aber eine Handvoll Deutscher oder verdeutschter Polen um deutsche Predigten, erhält sie sofort Unterstützung in Breslau.

Ich erinnere an die Angelegenheit in Kraschnow, Kreis Oppeln, über welche die „Gazeta Opolska“ eingehend berichtet hat. Der dortige Propst, Geistlicher Senft, ein Deutscher, erklärte dem Kardinal, daß ein deutscher Gottesdienst nicht notwendig sei, daß nur die fiskalischen deutschen Beamten — zum größten Teil Evangelische —, die ihnen Untergebenen zu Unterschriften für die Sache des Deutschtums in der Kirche gezwungen hätten, daß die Deutschen selbst — die nur in geringer Anzahl vorhanden seien — gar nicht die deutschen Predigten besuchten. Der Dekan Kirchniawy hat die Erklärung des Propstes bestätigt — aber alles hat nichts genützt — die Bergwerksverwaltung hat gesiegt — die Deutschen erreichten ihr Ziel. —

Solcher und ähnlicher Fälle könnte ich Duzende anführen. Ist doch ein Erzdeutscher — Geistlicher Peter —, der nicht im stande ist, eine polnische

Predigt zu halten, zum Propst in Gleiwitz, einer Pfarodie, die zur Hälfte Polen hat, bestätigt worden. —

Möge Geistlicher Professor Hozakowski zu solchen Erscheinungen in unserer Diözese Stellung nehmen. Warum hat Breslau geschwiegen, als Geistlicher Rassek seine Broschüre, in welcher er bewies, daß man polnische Kinder in der Lehre von den heiligen Sakramenten deutsch unterweisen müsse, veröffentlichte? Warum schweigt es, obwohl man ihm vor kurzem vorgeworfen hat, daß es den Klerikern nicht erlaube, sich in der polnischen Sprache zu vervollkommen, daß man ihnen verbiete, polnische Literatur zu treiben und polnisch-katholische Zeitungen zu lesen?

Ein Kenner!

Die Wierzcher Korrespondenz, auf die sich der Verfasser beruft, stellt fest, daß Geistlicher Tiedig am Neujahrssonntag abgekanzelt habe, daß von jetzt ab deutsche Predigten jeden letzten Sonntag im Monat stattfinden würden. —

Der Korrespondent schreibt weiter:

„Vor einigen Jahren bauten wir eine neue Kirche; jetzt soll diese langsam den Deutschen ausgeliefert werden, obwohl hier rechtmäßige Deutsche fast gar nicht vorhanden sind. Vor zwei Jahren führte unser Propst hier Schulmessen ein. Es findet also jeden Mittwoch und Sonnabend nur deutscher Gottesdienst statt, auch wenn Polen die Messen bestellt haben. Es wird uns nichts weiter übrigbleiben, als die deutschen Gottesdienste zu meiden und die Messen dort zu besuchen, wo sie polnisch abgehalten werden.“

Aus Nr. 24 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 30. Januar 1910:

Angesichts der drohenden Gefahr.

Posen, den 29. Januar 1910.

In letzter Zeit berührten wir mehrmals die Angelegenheit der Germanisation durch kirchliche Institutionen. Diese Angelegenheit wird in unserer Gesamtheit oftmals unterschätzt. Verständnis hierfür besitzen die Landsleute in den Diözesen Kulm und Breslau und in den großpolnischen Grenzparochien, denn sie fühlen dort die Fortschritte der Germanisation durch kirchliche Institutionen tagtäglich am eignen Leibe. Der größte Teil der Bevölkerung der Erzdiözese Gnesen-Posen sieht auf diese Angelegenheit der Germanisation durch kirchliche Institutionen wie auf ein literarisches Thema, wie auf einen Gegenstand von journalistischen Artikeln, die in ihrer Art interessant, aber für unsere Erzdiözese angeblich ohne jegliche praktische Bedeutung sind.

In diesem vollständigen Fehlen des Verständnisses für eine Frage, die so weittragende Folgen für unsere ganze Zukunft in sich schließt, liegt eine sehr ernste Gefahr. Wir freuen uns, daß es heute bei uns anders, besser ist als in den Diözesen Kulm und Breslau; aber wir vergessen dabei, daß es morgen oder übermorgen schon anders sein kann, da das systematischste der politischen Systeme entschieden und konsequent in der Richtung arbeitet, die Verhältnisse in den Erzdiözesen Gnesen-Posen mit der Zeit den Verhältnissen der Diözesen Kulm und Breslau gleichzumachen oder sie wenigstens denselben zu nähern.

Eine sehr bezeichnende Charakteristik dieses Systems liefert die frische Korrespondenz aus Rom an die hiesige schlesische Zeitung. Sie lautet: Nach der Übernahme der Verwaltung der Erzdiözese Posen durch den Bischof Wikowski gab es eine Zeit, in der Fürst Bülow sich der Hoffnung hingab, daß er schnell und befriedigend die Angelegenheit der Be-

falls er einen entsprechenden, den Deutschen freundlich gesinnten Polen oder einen neutralen, bei den Polen gern gesehenen Deutschen finden würde. Man habe einerseits vom Geistlichen Krzesinski, andererseits vom Domherrn Klose gesprochen. Wegen der Stellung der Polen jedoch hätten diese Projekte nicht verwirklicht werden können. Der Vatikan dagegen habe sich immer neutral und korrekt verhalten. Die tätige Anteilnahme der Polen an der Reichsfinanzreform und das Abtreten Bülows erweckten im Vatikan die Hoffnung einer friedlichen Beilegung dieser Angelegenheit. Diese Hoffnungen seien jedoch sehr schnell wieder zerstreut worden. In maßgebenden Kreisen wisse man, daß die preussische Regierung in absehbarer Zeit keine Schritte in der Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls der Erzdiözese Posen-Gnesen unternehmen würde, daß es sogar nicht ausgeschlossen sei, daß der erzbischöfliche Stuhl nicht eher besetzt werde, solange infolge der Stellungnahme der polnischen Volksgesamtheit die heutige Ostmarkenpolitik notwendig sein werde.

So schreibt der römische Korrespondent der Schlesischen Zeitung. Es geht uns nicht um die Wahrheit der Einzelheiten der Korrespondenz, obwohl auch diese zu Zweifeln keinen Anlaß bieten, uns interessiert hauptsächlich die Charakteristik der grundsätzlichen Stellungnahme der preussischen Regierung in der Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls. Diese grundsätzliche Stellungnahme der preussischen Regierung in der Angelegenheit illustriert bezeichnend die grundsätzliche Anschauung der Regierung auf die ganze Zukunft der Verhältnisse in den Erzdiözesen Gnesen und Posen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das System der Germanisation durch die Kirche, wenn es in unseren Erzdiözesen etwas sicheren Grund unter die Füße bekommt, sich nicht mit dem rein kirchlichen Gebiet begnügen, sondern auch auf das Gebiet der rein bürgerlichen Tätigkeit des Klerus übergreifen wird.

Das Auftreten des Domherrn Sander im Gnesener Arbeiterverein liefert hierfür nicht den ersten, zwar dafür aber um so belehrenderen Beweis. Domherr Sander trat — wie wir nach dem „Lech“ schon berichteten — in dieser Versammlung mit einer „polnischen Rede“ auf und erntete dafür vom polnischen Volke rauschenden Beifall. Das ist derselbe Domherr Sander, der vorher im Gnesener Kriegerverein Beifall erntete und der übrigens ausschließlich nur in den höheren maßgebenden deutschen Kreisen und Offizierskasinos verkehrt und der — das ist kein Geheimnis — von der Regierung zum Vorkehrungsmann der Zukunft aus-
ersehen worden ist.

Wir wünschen die Sache klar zu stellen: Ebenso, wie wir von den polnischen Geistlichen verlangen, auf kirchlichem Gebiet sich durch Gerechtigkeit den beiden Nationalitäten gegenüber leiten zu lassen, dagegen im bürgerlichen Leben polnische Patrioten zu sein, ebenso verlangen wir von der deutschen Geistlichkeit weiter nichts als das, in der Kirche sich durch das Prinzip der Gerechtigkeit den Polen und Deutschen gegenüber leiten zu lassen, im Privatleben dagegen offen als preussische Patrioten aufzutreten.

Das wird ihnen kein Menich übel nehmen; verdammten aber müssen wir das Spielen der Rolle mit zwei Gesichtern: das offene Dienen den preussischen Idealen auf deutschem Terrain und das gleichzeitige Eindringen in die polnischen Organisationen mit einer scheinbar unschuldigen Miene, nur um in diesen Organisationen sich den Boden zur späteren germanisatorischen Tätigkeit vorzubereiten.

Leider handelte Domherr Sander im Sinne der vor nicht zu langer Zeit in der Versammlung

der Patrone und Vizepatrone des Verbandes der Arbeitervereine aufgeworfenen Parole.

Damals sprach einer der tüchtigsten polnischen Geistlichen-Soziologen den Grundsatz aus, daß die polnischen Geistlichen auch in deutschen Volksvereinen und die deutschen Geistlichen in polnischen Vereinen arbeiten müßten. Es kommt noch die Zeit, wo die betreffenden Faktoren es bitter bereuen werden, eine solche Parole ausgegeben zu haben. Heute läßt das polnische Volk im Gnesener Arbeiterverein den durch die Regierung hergeschickten Domherrn Sander hochleben; es wird vielleicht nicht so sehr viel Zeit verfließen, so werden in so manchem Arbeiterverein durch Veranlassung des deutschen Geistlichen-Patrons andere, noch deutlichere Rufe erschallen.

Möge sich dieses unsere Geistlichkeit genau überlegen, möge sich auch die weltliche Gesamtheit darüber klaren Wein einschenken — damit wir auch in diesem Falle nicht zur — Unzeit anfangen zu klagen!

Aus Nr. 8 des Lech (Gnesen)

vom 12. Januar 1910:

Eine interessante Predigt.

Die geistliche Behörde steht auf dem Standpunkt, daß sie in kirchlichen Angelegenheiten allein zu bestimmen habe und daß es daher den weltlichen Faktoren, wie z. B. der Presse nicht erlaubt sei, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen. Im allgemeinen muß man der kirchlichen Behörde recht geben, aber es können doch Situationen eintreten, wo die Presse nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht haben wird, einen gewissen Standpunkt einzunehmen.

Wir haben hier in erster Linie die politischen, nationalen und gesellschaftlichen Angelegenheiten im Sinne, soweit die geistlichen Faktoren in bezug auf sie ihre Ansichten äußern. Eine solche Tatsache passierte neuerdings in Gnesen, wo der Domherr Kłoske am Neujahrstage eine Predigt auf politisch-gesellschaftlicher Grundlage hielt.

Es spricht gewiß niemand den Geistlichen das Recht ab, ihre Ansichten in politischen und gesellschaftlichen Fragen, auch von der Kanzel herab zum Ausdruck zu bringen, man muß sich jedoch wundern, und es tief bedauern, wenn gerade die Kanzel dazu benutzt wird, um Ansichten kundzugeben, welche in scharfem Gegensatz zu den allgemein herrschenden Strömungen und Empfindungen stehen. Dadurch gerade stach die Predigt des Domherrn Kłoske am Neujahrstage nachteilig ab. Der Domherr Kłoske entwarf den Versammelten in allgemeinen Umrissen ein Bild der gegenwärtigen politischen Lage in Europa, indem er mit Befriedigung kundgab, daß in Europa schon seit 30 Jahren Frieden herrsche. Bei dieser Gelegenheit fiel er auch über Serbien her, das beinahe den europäischen Frieden gestört hätte. Es sei einzig den Bemühungen unseres Kaisers zu danken, daß es nicht zu einem Kriege gekommen sei.

Der Domherr Kłoske ist augenscheinlich in die Arkanen der europäischen Politik sehr eingeweiht, wenn er so genau weiß, daß gerade Serbien der Faktor war, welcher den europäischen Frieden bedrohte.

Darüber sind die Ansichten geteilt. Wenn übrigens Serbien nicht tatenlos der Annexion Bosniens und der Herzegowina zugeesehen hat, so war das sein heiliges Recht, denn niemand unterwirft sich gern einer derartigen Operation. Die deutsche öffentliche Meinung war, und zwar mit würdigen und unwürdigen Mitteln jeglicher Art, eifrig bemüht, diesen slawischen Staat, welcher es gewagt hatte, anderer Meinung zu sein,

als Österreich und „unser“ Kaiser, zu schänden und vor den Augen der ganzen Welt in den Schmutz zu ziehen. Wenn es sich aber um die Störung des europäischen Friedens handelt, so hat bestimmt die deutsche Intrigue in dieser Hinsicht öfter einen Fehler begangen, als Serbien, welches einzig sein Fell verteidigte.

Wir bringen bloß die marokkanische Affäre in Erinnerung, wo dank der deutschen Gefräßigkeit ein europäischer Krieg an einem Faden hing. Weshalb beschuldigte der Domherr Kłoske gerade einen slawischen Staat solcher verbrecherischer Absichten? Verträgt sich das mit geschichtlicher Objektivität und Gerechtigkeitsgefühl? Wird vielleicht dadurch das Verdienst „unseres“ Kaisers umso größer? Der Domherr Kłoske sollte wissen, daß der offizielle Titel Wilhelms II. „deutscher Kaiser“ lautet. Es ist nicht die Rede davon, daß der deutsche Kaiser auch polnischer, also „unser“ Kaiser wäre. Wir könnten das einzig dann sagen, wenn man die polnischen Landesteile als einen besonderen Bundesstaat mit unserem Willen in das deutsche Reich einverleibt hätte; aber danach hat uns niemand gefragt, ob wir dem Reiche angehören wollen oder nicht. Übrigens haben wir angesichts der uns gegenüber feindlichen Geminnung des deutschen Kaisers keineswegs einen Anlaß, uns ihm gegenüber mit irgendwelchen kindlichen Empfindungen zu benehmen. Das weiß der Domherr Kłoske vorzüglich, weshalb sucht er polnischen Hörern einzureden, daß der deutsche Kaiser „unser“ Kaiser sei? Deuchte es ihm, daß die Kanzel der entsprechendste Ort und der Neujahrstag der entsprechendste Tag sei, um den Polen staatliche Loyalität einzuprägen? Man muß bekennen, daß er hierfür den am wenigsten entsprechenden Weg gewählt hat, da seine Predigt allgemein unangenehmen Nachgeschmack hervorgerufen hat, und zwar nicht nur ihr politischer, sondern auch ihr sozialer Teil. Der Domherr Kłoske trat vor allem gegen die Streike auf, und er verurteilte sie entschieden. Sodann tat er dar, daß der Arbeiter 12 Stunden arbeiten solle, da der Tag 24 Stunden habe, also 12 zum Schlafen und 12 zur Arbeit.

Dieser völlige Mangel an Verständnis der Arbeiterfrage ist beim Domherrn Kłoske sehr zu verwundern. Die Bemühungen des Arbeiters, sein Los zu bessern, sind nicht ausschließlich ein Kampf des hungrigen Magens, sondern auch, und zwar in erster Linie, ein Kampf des hungrigen Geistes. Wenn also der Arbeiter in 24 Stunden 12 Stunden arbeiten soll, dann wird er für ewige Zeiten der weiße Sklave bleiben und niemals Zeit dazu finden, für die Hebung sowohl des eigenen geistigen Niveaus, als auch das seiner Familie Sorge zu tragen. So haben denn auch die Ausführungen des Domherrn Kłoske schon im Dome selbst große Unzufriedenheit hervorgerufen. Wir haben auch aus Arbeiterkreisen einige Briefe voll bitterer Vorhaltungen erhalten, die sich an die Adresse des Domherrn Kłoske richteten.

Es ist das übrigens nicht das erste derartige Auftreten des Domherrn Kłoske. Schon gelegentlich des vorjährigen St. Adalbertablasses ist nämlich der Domherr Kłoske mit einer Predigt gegen den Lech aufgetreten, indem er die Redakteure der polnischen Blätter „entgleiste Leute“ nannte. So muß man denn auch um so entschiedener gegen das letzte Auftreten des Domherrn Kłoske am Neujahrstage sich wenden, welches sich durchaus als Mißbrauch der Kanzel zu Nebenzwecken charakterisiert. Die polnischen Kirchen sind nicht dazu da, als Anstalten zur Fabrizierung loyaler preußischer Untertanen zu dienen, noch dazu, daß von ihnen eine Strömung ausgehe, welche die Entwicklung sozialer Fragen eindämmt.

Aus Nr. 20 des Lech (Gnesen)
vom 26. Januar 1910:

Die Domherren Sander und Jasinski haben mit den Pastoren und dem Rabbiner zusammen an der am Sonntag vom Gnesener Landwehrverein begangenen Kaisergeburtstagsfeier teilgenommen.

Aus Nr. 19 des Lech (Gnesen)
vom 25. Januar 1910:

Domherr Sander.

Zur gestrigen Versammlung des Vereins polnischer Arbeiter in Gnesen erschien ein ungewöhnlicher und unerwarteter Gast in der Person des Domherrn Sander. Dieser beschränkte sich nicht darauf, den Beratungen, von denen er, nebenbei bemerkt, kaum etwas verstanden haben dürfte, zuzuhören, sondern er nahm selbst das Wort und hielt eine längere Rede. Zum Lohne dafür brachten die Arbeiter auf Anregung eines Mitgliedes ein Hoch auf den Domherrn Sander aus.

Unsere Meinung über dieses Hoch der Arbeiter werden wir später äußern, heute interessiert uns nur der Schritt des Domherrn Sander.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Domherr Sander von der preussischen Regierung zu uns gesandt und hinsichtlich der polnischen Gesamtheit mit wichtigen Empfehlungen ausgerüstet worden ist. Diejenigen, die mit dem Geistlichen Sander in persönliche Berührung kamen, versichern, daß er zur Erfüllung dieser amtlichen Mission jegliche Fähigkeiten besitze.

Er ist vor allem ein Mensch von sympathischer Erscheinung und vermag jeden für sich zu gewinnen. So ist denn auch schon mancher infolge dieser gesellschaftlichen Talente des Domherrn Sander auf den Leim gegangen und hat sich davon überzeugen lassen, daß er „nicht so gefährlich ist“, wie man ihn verschrien hat.

Die gestrige Beteiligung des Domherrn Sander an der Versammlung der Arbeiter läßt, wenn man sich an der Rehrseite der Medaille“ genau ansieht, über die Absichten des Domherrn keinen im Zweifel. Vor allem muß man daran denken, daß Domherr Sander Deutscher ist, weswegen ihm niemand ein Vorwurf macht, und daß er ausschließlich als solcher auftritt, denn er nimmt absolut keine Rücksichten auf die polnische Gesamtheit und auf deren Ausnahmestellung.

Wir erinnern hierbei nur an einige Tatsachen, wie an die Beteiligung an der Versammlung des „Landwehrvereins“ in Gnesen, an den Prozeß des Lech, der in der Berufungsinstanz noch ein interessantes Licht auf den Standpunkt des Geistlichen Sander werfen wird, an die Fahnenstange vor der Wohnung des Domherrn. Es ist auch niemandem unbekannt, daß Domherr Sander ausschließlich in amtlichen deutschen Kreisen verkehrt, daß er sich häufig in den Offizierskasinos in Gnesen und Posen aufhält und daß er sich an allen amtlichen Festlichkeiten beteiligt, wie z. B. erst kürzlich an der Einweihung der Posener Akademie, die doch einen ausschließlich antipolnischen Charakter hat usw. Einen solchen Schritt, wie das Erscheinen in der Versammlung des polnischen Arbeitervereins und das Halten einer polnischen Rede daselbst —, o diese unsere arme Sprache — kann man einzig und allein als einen diplomatischen Akt betrachten, der die polnische Gesamtheit von der freundschaftlichen Gesinnung des Domherrn Sander gegen diese überzeugen soll.

Leider hat diese Diplomatie gestern schon in dem Arbeiterverein Triumphe gefeiert, und in den zu Ehren des Domherrn Sander ausgebrachten Hochrufen die

Ankündigung weiterer Erfolge auf diesem Gebiete vernommen. Wir sind jedoch der Meinung, daß bei kühler Überlegung auch die polnischen Arbeiter die Diplomatie des Domherrn Sander begreifen und sich mit dem Reste der polnischen Gesamtheit nicht werden Sand in die Augen streuen lassen, daß sie vielmehr lernen werden, wertlose Rechenmünzen von echtem Metall zu unterscheiden.

Die polnische Gesamtheit verlangt von dem Domherrn Sander nicht, die polnischen Vereine zu besuchen und daselbst politische Reden und Vorträge zu halten, sondern sie hat das Recht, von einem fremden Ankömmling zu verlangen, daß er ihre Empfindungen nicht beleidige und sich überhaupt von allem enthalte, was die polnische Gesamtheit reizen könnte.

Das ist unser Standpunkt, und den verlassen wir nicht!

Aus Nr. 14 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Februar 1910:

Von dem Herrn

Domherrn Sander in Gnesen

wird berichtet, daß er vor seinem Wohnhause eine große Stange hat aufstellen lassen, an der gelegentlich der wichtigeren preussischen und deutschen Feiertage eine Fahne gehißt werden soll. Zum ersten Male ist diese Stange am Geburtstage des Kaisers in Benutzung genommen worden, aber angeblich sollen vier Wächter darüber gewacht haben, daß sie nicht etwa umgestürzt werde.

Herr Domherr Sander ist wirklich all zu eifrig in der Zurchaufstellung seiner deutschen Gefühle. Der biblische Zöllner hat anders gehandelt. Wir haben soviel andere kirchliche Würdenträger, **welche Deutsche sind**, aber bisher haben wir noch nicht gehört, daß einer von ihnen, und besonders in Bezirken mit polnischer Bevölkerung, in einer so krassen Form seinen weltlichen Patriotismus gezeigt hätte. Soll etwa der Weg zum Erzbischofsthron in Posen mit Rundgebungen übertriebenen Eifers in deutschem Patriotismus gepflastert werden? Es wäre doch wohl der erste Fall in der katholischen Kirche, daß ein Priester für seinen Eifer im weltlichen Dienst Erzbischof wird.

Uns scheint es, daß jene Stange des Herrn Domherrn Sander auch in Berlin die Gnadenbeweise nicht vermehren wird. Ein deutsches Sprichwort sagt: „Allzu scharf macht schartig“. Ein Kandidat für den Erzbischofsthron in Posen muß der polnischen Bevölkerung gegenüber mehr Takt, — d. h. soziale Erziehung zeigen.

Aus Nr. 22 des Lech (Gnesen)
vom 28. Januar 1910:

Das Gnesener Konsistorium hat, um den Geburtstag des Kaisers offiziell zu begehen, die Schließung der Bureaus am heutigen Tage angeordnet.

Es wird nicht lange dauern, so werden wir bald die „Bußtage“ und andere „Tage“ als Diözesanfeiertage feiern.

Auf dem Kanonikat des Geistlichen Sander weht schon seit gestern abend eine Fahne in den „Landesfarben“.

In der heutigen Nacht sollen sogar 4 von dem Domherrn Sander engagierte Wächter die Fahnenstange bewacht haben.

Unnötige Befürchtung ist es, daß irgend ein Pole über das Heiligtum des Domherrn Sander herfallen sollte.

Aus Nr. 21 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 27. Januar 1910:

Achten wir unsere nationale Würde.

Morgen ist Kaisers Geburtstag. Wir hoffen, daß es die Polen verstehen werden, an diesem Tage ihre nationale Würde zu achten, und daß sie sich durch Beleuchtung und Dekorierung der Fenster mit ihrem vermeintlichen preussischen Patriotismus, an den die Deutschen doch nicht glauben, diesen nicht aufdrängen werden. Schließlich haben wir nach all den antipolnischen Gesetzen auch nicht den geringsten Anlaß und keine Verpflichtung, irgend welche spezielle Anhänglichkeit und Liebe dem Staate und dem Kaiser gegenüber zu zeigen, anders sonst müßten sich die Deutschen selbst darüber sehr wundern. Wenn wir wollen, daß uns andere achteten, dann müssen wir uns zunächst selbst achten. Mögen unsere Fenster am Geburtstag des Kaisers finster sein, und sie werden durch ihre Finsternis zu einem sprechenden Beweise dafür werden, daß die polnische Gesamtheit keinen Grund hat, sich an den Geburtstagsfestlichkeiten des deutschen Kaisers zu beteiligen.

Aus Nr. 20 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 26. Januar 1910:

An die Kerzenbrenner.

Es naht der Tag, an dem es viele für ihre Pflicht halten, ein Licht am Fenster anzuzünden, den Überrock und andere Feiertagskleider anzuziehen und zum „festessen“ zu gehen, um dadurch ihre treuergebenen Empfindungen darzutun. Gewisse Leute sind in gewissen Punkten so vernagelt, daß wir in diesem Jahre keine Worte verlieren werden, um ihnen zu zeigen, daß diese Offenbarungen der Loyalität zu gar nichts sind, denn die Deutschen glauben an ihre Aufrichtigkeit doch nicht. Wir werden in diesem Jahre die Kerzenbrenner auch nicht besonders namhaft machen, bitten aber, in dieser Angelegenheit um eingehende Mitteilungen, denn dies Material wird uns sehr erwünscht sein.

Aus Nr. 23 des Lech (Gnesen)
vom 29. Januar 1910:

Die polnischen Kerzenbrenner.

Am gestrigen Geburtstage des Kaisers verhielt sich der größte Teil der polnischen Gesamtheit wie gewöhnlich passiv. Leider fehlte es auch nicht an Individuen, die trotz der brutalen polenfresserischen Politik das Bedürfnis hatten, ihre Dankbarkeit gegen die Preußen durch die Beleuchtung ihrer Fenster und durch das Aufhängen der Fahnen in den „Landesfarben“ zu zeigen.

In Gnesen, das muß man bekennen, gibt es solcher Kerzenbrenner immer weniger. Die erste Stelle nimmt hier die Besitzerin der Langeschen Buchhandlung ein, die nicht nur das Geschäft, sondern auch die ganze Privatwohnung beleuchtete. Die Entrüstung über Frau Lange ist in der Stadt allgemein. Die zweite Stelle nach Frau L. gebührt dem Kaufmann Mikolajczak in der Warschauer Straße, der wohl kaum einen deutschen Abnehmer aufzuweisen hat und der sein ansehnliches Vermögen den Polen verdankt. Von anderen Kerzenbrennern nennen wir den Gastwirt Herrn Waszkowski, Domstraße, die Dentisten Kozlowski und Rajch, die Kaufleute Koczorowski und Jaroszewski, der Restaurateur Ossowski, die Schlächter Cabanski und Klatt.

Herr Waszkowski beging den gestrigen Tag ganz besonders feierlich. Eins seiner Kinder deklamierte vor irgend einem Lehrer irgend einen deutsch-patriotischen Vers, und dann sangen sämtliche Familienmitglieder etliche deutsche Hymnen, wie „Hail dir im zygier franc“ usw.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß auch Herr Bloch, Pächter des polnischen Hotels, seine Fenster schön erhellte hatte. Außerdem sehen wir noch bei einigen Polen erleuchtete Fenster, doch, es sei denn wie es wolle, die Zahl der polnischen Kerzenbrenner wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Zum ersten Male war seit etlichen Jahrzehnten eine der hiesigen Domherrenwohnungen erleuchtet. Daß es die Wohnung des Geistlichen Sander war, brauchen wir nicht erst hervorzuheben. Vor dem Kanonikate hielten sich ständig zahlreiche Gruppen von Leuten auf, die ihren Augen nicht trauen wollten, daß es angesichts der alten Piasten-Kathedrale jemand wagen kann, der polnischen Empfindungen auf diese Weise zu spotten. Ein an dieser Stelle besonders aufgestellter Polizist trieb die Leute vom Bürgersteige, damit der Verkehr nicht gestört würde. Wer achtam war, konnte unter der Adresse des illuminierenden Domherrn sehr wenig schmeichelhafte Bemerkungen hören.

Erleuchtet waren auch das Konvikt und das Priesterseminar.

In Posen fiel die Illumination in diesem Jahre sehr kärglich aus. Namentlich würde im unteren Stadteile ägyptische Finsternis geherrscht haben, wären nicht die Laternen und die Schaufenster gewesen. Von den Polen hat — außer den Restaurateuren — wohl niemand illuminiert. Es muß bemerkt werden, daß auf dem Gebäude der Barmherzigen Schwestern eine große Fahne in den „Landesfarben“ wehte.

In Kostschin fehlte es ebenfalls nicht an polnischen Kerzenbrennern. Das traurigste dabei ist, daß dies fast ausschließlich Mitglieder des Industrievereins sind. Ihre Namen: die Kaufleute Wawrzynowicz, Dykiert, Dybizanski, Szatkowski, der Schlächter Wroblewski, ferner die Herren Koperski, Johann Niezielski, Rajewski, Szczepaniak, Konieczny und viele andere. — Es sind das alles Leute, die fast ausschließlich von polnischer Kundschaft leben. Auch Herr Dr. Kube hat illuminiert, der — wenn ich nicht irre — Vorsitzender des Industrievereins ist.

Noch schlimmere und geradezu Erbitterung hervorruhende Verhältnisse herrschen in dieser Beziehung in Pudewik. Unser Korrespondent übersandte uns eine Liste mit dreißig und etlichen Namen von Kerzenbrennern. Wir wollen hier nicht alle aufzählen, denn es ist schade um den Raum; wir bemerken nur, daß es ausschließlich Kaufleute, Krämer und Handwerker sind, die offene Läden besitzen. Außerdem illuminierte — wie gewöhnlich — der praktische Arzt Herr Dr. Rossowski, der Apotheker Herr Anton Malecz, der Kapitalist Herr Joseph Stubiżynski, der Getreidehändler Herr Ludwig Waberski.

Die Kaufleute und Handwerker in Pudewik haben sich in der Tat ein sehr trauriges Zeugnis ausgestellt. Bezüglich der Bekundung ihrer treuergebenen Empfindungen für die Preußen haben sie selbst geborene Deutsche überflügelt. Es hat sich nämlich in Pudewik eine ziemliche Anzahl von Deutschen gefunden, die nicht illuminiert haben. Ebenso blieben die Fenster der in der Neustadt „Peking“ angesiedelten Kolonisten unbeleuchtet. Dasselbst gibt es etwa 20 unvermietete Wohnungen; es können sich daher um diese Wohnungen unsere Kerzenbrenner bewerben, damit sie im nächsten Jahre nicht zu illuminieren brauchen.

In Witkowo haben es die Polen im allgemeinen verstanden, die nationale Würde zu achten, sie zündeten

keine Kerzen an. Einige schwarz-weiße Patrioten haben sich zwar gefunden, so der Kaufmann Chlerawski, der Tischler Lempe, die Damen Staczewska, Muszynska und andere, die augenscheinlich zu viel Geld besitzen und Kerzen anzündeten.

In Breschen ist in diesem Jahre bei den Polen eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Zunächst muß bemerkt werden, daß sich niemand von den Polen und auch niemand von den Stadtverordneten an der Parade und an dem Essen beteiligte, außer dem Rat Herrn Thiel, der mit Rücksicht auf den kürzlich erhaltenen preußischen Orden diese Gelegenheit nicht umgehen konnte, und Herr Dr. Boening. Dagegen hatten fast alle polnischen Kaufleute ihre Schaufenster illuminiert, die Privatwohnungen dagegen blieben dunkel. Wir hoffen, daß im nächsten Jahre auch die Geschäfte nicht erleuchtet sein werden, denn es ist schade um das Geld.

In Wogrowitz erachtete eine erhebliche Anzahl von Polen für angebracht, ihre treuergebene Empfehlung mit Hilfe der Kerzen zum Ausdruck zu bringen, insbesondere die Herren Hotelbesitzer Rafkowsky, Töpfermeister Naminski, das Putzgeschäft von Buchata, der Eisenhändler Kapczynski, der Schuhwarenhändler Galawski, die Kolonialwarenhändler Sulerzycki und Leo Horowski, der Papierwarenhändler Kreglewski, der Uhrmacher Storaczewski, Kassierer des Sokolvereins und Mitglied anderer Vereine, der Schlächter Eichstaedt, der ausschließlich polnische Kundschaft haben soll, der Schuhwarenhändler Marczynski, der Uhrmacher Wolniewicz, der Bäcker Ossowski und der Kolonialwarenhändler Chudzinski.

Auch in Hohenfalsa fehlte es nicht an Kerzenbrennern. Ihre Namen sind: Hippolyt Dziegielewski, Stanislaus Wolfkiewicz, Franz Bulinski, Valentin Sliwinski, Marian Ligocki, Anton Golaszewski, Edmund Hedinger, Konstantin Lawicki, Stephan Filipinski, Taddaus Karasinski, Wladislaus Zielezinski, Johann Wenda, Anton Lewandowicz und Stanislaus Dorzjewski.

Der Letztgenannte verdient ganz besonders genannt zu werden, weil er an sämtlichen germanisirten Abenden teilnimmt. Er schämt sich sogar, in Gegenwart irgend eines Deutschen zu einem Landsmann in seiner Muttersprache zu reden. Er beschäftigt in seinem Barbiergehäus zwei deutsche Gehilfen.

Aus Nr. 23 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Januar 1910:

Die Illumination

anlässlich des gestrigen Kaisergeburtstags fiel in Posen sehr bescheiden aus, weit bescheidener als in anderen Jahren. Es illuminierten nur einige Behörden und einige Beamtenhäuser, letztere besonders in den ehemaligen Vorstädten.

Die Polen verhielten sich im allgemeinen reserviert, mit Ausnahme der Restaurateure und der Besitzer minderwertiger Lokale und Destillationen. Im unteren Stadtteil, wie am Alten Markt und in den angrenzenden Straßen, Wallischei, Schrodka usw. hätte eine ägyptische Finsternis geherrscht, wenn nicht die Laternen und die beleuchteten Schaufenster gewesen wären.

Von den Polen haben, soviel wir bemerkten, illuminiert und ihre Schaufenster entsprechend dekoriert: auf der Wallischei die Herren Andreas Laip, Bäckermeister und Wujec, Fleischermeister; auf der Schrodka die Herren Stanislaus Syller, Fleischermeister, Albalbert Goderski, Schuhmachermeister, St. Gryszyzynski, Fleischermeister und Ignaczak, Spezereihandlung.

Aus Nr. 26 des Postep (Posen)

vom 2. Februar 1910:

Über die Illumination in Koschmin anlässlich des Kaisergeburtstages

wird folgendes berichtet:

Koschmin. Nichts ist Sibirien, nichts sind die Knuten; der Geist der Nation ist vergiftet, und das ist der Schmerzen größter Schmerz.

Die Illumination ist glänzend, prachtvoll ausgefallen. Der Markt bot einen bezaubernden Anblick. Der heilige Johann Nepomuk wunderte sich sehr darüber, daß die verbrüderte Nation soviel Raketen losläßt. Sämtliche polnischen Häuser am Markte mit Ausnahme des Geschäfts des Herrn Musielak, waren beleuchtet. Am schönsten war das Haus des Herrn Podlewski, Direktors der hiesigen Darlehnskasse, illuminiert. Die Straßen waren, mit Ausnahme der kleineren polnischen Geschäfte, ebenfalls gut beleuchtet. Ich habe wahrgenommen, daß Deutsche sowohl als Polen, und unter ihnen Beamte, ihre Fenster nicht beleuchtet hatten. Dafür haben sich die Unsrigen hervorgetan. Wenn das die preußischen Minister gesehen hätten, so hätten sie uns gewiß einen Fußtritt verjagt. Immer mehr Hiebe auf das gemeine Volk. Wir können noch so tief kriechen, erreichen werden wir aber doch nichts. Auch werden die Herren Minister euch gar nicht glauben. Ach! Ach! Schon hat uns der Geist der Verzagttheit ergriffen.

Aus Nr. 21 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Januar 1910:

Unzureichende Mittel.

Die Angelegenheit der sogenannten Veteranenrenten ist schon seit vielen Jahren Gegenstand verschiedener Beschwerden seitens der interessierten Personen wie auch Interpellationen von Abgeordneten aller Schattierungen gewesen. Das Gesetz vom 22. Mai 1895 hat diese Sache auf folgende Weise geregelt: Veteranen, das heißt Soldaten, die an den Kriegen 1870/71 oder 1866 oder auch 1864 teilgenommen haben, erhalten jährlich 120 M. Unterstützung, falls sie Not leiden und arbeitsunfähig sind.

Doch die Vorschriften dieses Gesetzes wurden nicht überall gleichmäßig ausgeführt. — Arbeitsunfähigkeit wurde erst dann anerkannt, wenn der Interessent sie nach den für die Invaliditätsversicherung geltenden Vorschriften nachgewiesen hat (66 $\frac{2}{3}$ %).

Die Anträge um eine Veteranenrente erledigen Verwaltungsbehörden, die letzte entscheidende Instanz ist der Regierungspräsident.

Infolge zahlreicher Klagen forderten verschiedene Abgeordnete in Berlin eine größere Zuvorkommenheit gegenüber den Interessenten, denn die Unterstützung der Veteranen sei — wie sie ausführten — keine eigentliche Unterstützung, sondern vielmehr die Abtragung einer Ehrenschuld.

Als eine Illustration der in dieser Beziehung herrschenden Zustände können wir die Angelegenheit des Byczynski aus Posen anführen. Lorenz Byczynski ist am 4. August 1839 in Radojewo geboren und nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. Er kämpfte in zahlreichen Schlachten für die preussische und deutsche Sache. Auch er beantragte eine Rente, denn als 70jähriger Greis kann er nicht mehr arbeiten.

Seit mehreren Monaten erst erhält er die gewöhnliche Altersrente, die monatlich 14,20 M. beträgt.

Seine Frau ist auch schon gegen 67 Jahre alt. Es ist klar, daß eine Veteranenrente diesem Ärmsten hoch willkommen wäre. Er hat sie aber trotz seiner Bemühungen bis jetzt nicht erhalten. Und was kann die Ursache dieser Erscheinung sein? Es sind für solche Renten keine genügenden Mittel vorhanden. Auf seinen Antrag vom 31. Oktober 1909 hin hat Byczynski folgendes Schreiben erhalten:

Königlicher Polizei-Präsident.

Ziffer 33 793/09 I.

Posen, den 29. Dezember 1909.

Ihr Antrag vom 31. Oktober d. J. um Gewährung einer Unterstützung auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 konnte zur Zeit vom Herrn Regierungspräsidenten infolge mangelnder Mittel keine Berücksichtigung erfahren. Ihr Antrag wird jedoch den Gegenstand näherer Untersuchung bilden, sobald die verfügbaren Mittel die Erteilung einer Unterstützung erlauben werden. Der Antrag braucht nicht mehr erneuert zu werden.

Eine Anlage.

(Unterschrift).

An
den Kriegsveteranen
Herrn Lorenz Byczynski
in Posen.

Wir heben hervor, daß Byczynski schon das 70. Lebensjahr überschritten hat. Sein Antrag ist am 31. Oktober 1909 gestellt worden. Es besteht daher die Befürchtung, daß der Greis auf diese Weise sehr wenig oder gar nicht die Wohltat der Veteranenrente wird ausnützen können.

Aus Nr. 24 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 30. Januar 1910:

Vom Theaterdirektor Herrn Lelewicz

erhalten wir folgendes Schreiben:

„Einige Tagesblätter brachten die Nachricht, als ob ich in Wilna mit den Herren Szejurkiewicz zwecks Überlassung der Leitung des Dramas und der Komödie des Posener Theaters für die Wintersaison an sie unterhandelt hätte.

Indem ich um Berichtigung dieser gänzlich falschen Nachricht bitte, bemerke ich, daß im folgenden Jahre wie auch gegenwärtig die Leitung aller Teile des Posener Theaters in meiner Hand verbleibt. Das schließt allerdings die Möglichkeit des Engagements der Herren Szejurkiewicz als dramatische Künstler nicht aus.
Andreas Lelewicz.“

Aus Nr. 24 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 30. Januar 1910:

Die „Sparkasse“ in Wilda.

Gestern abend fand die erste Generalversammlung der Ende November v. Js. in der früheren Vorstadt Wilda gegründeten „Sparkasse“ statt.

Weil der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geistlicher Kosteński, Pfarrer an der Fronleichnamskirche, infolge anderer Beschäftigungen nicht erscheinen konnte, eröffnete die Versammlung der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Smolinski, ein bekannter Arzt, indem er auf die Notwendigkeit des Sparens hinwies und die Erschienenen bat, nach Möglichkeit für diese Idee zu wirken.

Einstimmig zum Leiter der Versammlung gewählt, berief er zum Schriftführer Herrn Michael Rutkowski.

Die Tagesordnung wurde ohne Änderung angenommen.

Nunmehr referierte Herr Johann Slominski, Vorstandsmitglied, über die Tätigkeit des Aufsichtsrats und des Vorstandes von der Zeit der gerichtlichen Eintragung der Genossenschaft ab, also vom 21. November bis Ende Dezember 1909. Der Vortrag war klar und inhaltsreich. Trotz ihres kurzen Bestehens entwickelt sich die Genossenschaft ordnungsmäßig und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Ende Dezember betrugen die Anteile 4550 Mk., an Depositen wurden schon ca. 25 000 Mk. hinterlegt. Ein unerwarteter Erfolg. Es wurden auch dem Reservefonds 88 Mk. überwiesen und der Gewinn in Höhe von 56,40 Mk. wurde auf die laufende Rechnung gesetzt.

In der Diskussion über diesen Punkt sprachen die Herren Obraj, Dr. Smolinski und Ludwig Hojnacki.

Namens der Revisionskommission referierte Herr Michael Rutkowski. Auf seinen Antrag hin erteilte die Generalversammlung dem Aufsichtsrate und dem Vorstande Entlastung.

Die durch das Los aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Mitglieder, nämlich Propst Kosteński, Andreas Palacz und M. Rutkowski, wurden durch Zuzuf einstimmig auf weitere 3 Jahre wiedergewählt.

Dann referierte Herr Slominski über die Revision, die der Patron der Genossenschaften, Propst Wawrzyniak, am 14. Dezember 1909 abgehalten hat. Aus dem vorgelesenen Briefe ist zu ersehen, daß der Patron der Wildaer „Sparkasse“ die beste Zukunft prophezeit, weil er in den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstandes ein vorzügliches Material zur Führung einer solchen Finanzinstitution fand.

Im Sinne des betreffenden Paragraphen des Genossenschaftsrechts wurde beschlossen: einem Mitglied ein Darlehn bis zu 10 000 Mk. zu gewähren, Depositen bis zur Höhe von 300 000 Mk. anzunehmen, von anderen Banken Anleihen bis 50 000 Mk. zu machen.

Bei „freien Anträgen“ stellte Herr Obracaj verschiedene Fragen, die vom Aufsichtsrat und Vorstand durch die Herren Dr. Smolinski und Slominski beantwortet wurden.

Auf eine diesbezügliche Anfrage seitens des Herrn Hojnacki antwortete Herr Dr. Smolinski, daß die „Sparkasse“ schon zum Genossenschaftsverbande angemeldet ist und höchstwahrscheinlich bald aufgenommen wird.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Herren Slominski und Dr. Smolinski dankten für die Unterstützung, die der neuen Genossenschaft zuteil geworden und baten um ferneres Wohlwollen.

Wir bemerken, daß die Wildaer „Sparkasse“ schon 43 Mitglieder zählt und daß täglich neue Depositen einfließen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat verleihen die Gelder unter denselben Bedingungen wie die anderen polnischen Finanzinstitute.

Die gestrige Versammlung besuchten 18 Mitglieder; sein Fernbleiben entschuldigte Herr Dr. Wenzel Swinarski, Mitglied des Aufsichtsrats.

Aus Nr. 25 des Postep (Posen)
vom 1. Februar 1910:

Karamowice.

Zwischen der Schule und den Bauern herrschen hier patriarchalische Verhältnisse, als wenn in Preußen die Polen mit Wohltaten überschüttet würden. Sämtliche

hiesige Bauern haben am Geburtstage des preußischen Königs nicht nur an der Schulfeier teilgenommen, sondern sie haben auch abends beim Festessen im Gasthof des Schulzen Urbanski nicht gefehlt. Der Verlauf der Feier war überaus erhebend. Das Hoch auf den Kaiser brachte Lehrer Bekolt aus, und wie ein Mann stimmten — selbstverständlich — alle mit ein. Wir beneiden die Bauern von Karamowice nicht um ihre ungetrübte geistige Heiterkeit, die ihnen erlaubt, zu Ehren des preußischen Königs, unter dessen Schirm wir mit unzähligen Gnaden überschüttet werden, ein Hoch auszubringen. Es lebe Karamowice!

Aus Nr. 20 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. Januar 1910:

Zurücksetzung der Polen.

Im September 1909 wurde im Kreisblatt für Posen-Ost (Beilage zu Nr. 37) bekanntgegeben, daß am 22. September die katholische Schule von Strykowo, bestehend aus dem Schulhause, Hof, Garten, Wirtschaftsgelände usw. am Platze, an den Meistbietenden werde verkauft werden. Der Schulvorstand, der die Bekanntmachung bewerkstelligt hatte, forderte alle Kauflustigen zur Beteiligung an der Versteigerung auf.

An ihr nahm auch der Pole Michael Tomczak aus Twardowoy bei Stenszewo teil. Außer ihm beteiligte sich an der Versteigerung ein gewisser Gabel aus Strykowo, ein Deutscher. Tomczak bot den höchsten Preis und zwar 5730 Mk. und überbot damit den Gabel um 10 Mk.

Tomczak, der die in der Bekanntmachung gestellten Bedingungen erfüllt hat, indem er, wie bereits erwähnt, tatsächlich den höchsten Kaufpreis bot, war der Meinung, er würde Eigentümer des Grundstücks in Strykowo werden.

Dieses Glück wurde jedoch ihm nicht zuteil, denn er erhielt seitens der Posener Regierung folgendes Schreiben:

Rückübersetzung:

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

J.-Nr. 2474/09 II S. 3.

Posen O 1, Taubenstr. Nr. 1,
den 6. Januar 1910.

Auf das Schreiben vom 30. Dezember wird Ihnen mitgeteilt, daß Sie den Zuschlag für den Kauf der alten Schule in Strykowo nicht erhalten.

Gez.: Hassenpflug.

An
den Maurer Herrn Michael Tomczak
in

Twardowo b. Stenszewo.

Wir haben hier den Beweis, welche Stellung die Posener Regierung gegenüber den Polen als Bieter einnimmt. Von ähnlichen Zurücksetzungen der Polen seitens anderer Behörden bei sich bietender Gelegenheit erhalten wir ziemlich oft Kenntnis. Allein nicht alle können wir hier, mangels genauer Bestätigung, anführen. Der vorliegende Fall ist also nur eine Blume aus dem ganzen Kranze; er ist aber insoweit von Bedeutung, als er durch ein amtliches Schreiben bestätigt ist.

Aus Nr. 21 des Lech (Gnesen)

vom 27. Januar 1910:

Die Aufklärung in den Arbeitervereinen.

Wir teilten schon mit, daß in der Sonntagsfeierung des Arbeitervereins in Gnesen auf den daselbst anwesenden Domherrn Sander Hochrufe ausgebracht worden seien. Mit diesen Hochrufen haben die Vereinsmitglieder bewiesen, daß ihre nationale Aufklärung noch viel, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Arbeiter wußten doch ganz genau, wer der Domherr Sander ist und was er für einen Standpunkt den Polen gegenüber einnimmt, denn das örtliche Blatt ließ in dieser Beziehung keine Zweifel darüber obwalten. Sie wußten also, daß der Domherr Sander ein Deutscher ist und daß er als solcher ohne kleinste Rücksicht auf das Gefühl und die Sympathie der polnischen Volksgesamtheit auftritt und verfährt.

Sie waren ja noch unter dem frischen Eindruck der Nachricht, daß der Domherr Sander angesichts der uralten Piasienkathedrale sich erdreistet hat, auf dem von ihm bewohnten Kanonikat eine Fahnenstange in den preußischen Landesfarben anzubringen, auf der an den deutschen Festtagen eine Fahne in den „Landesfarben“ schweben soll.

Trotzdem haben sich alle dem von dem Mitgliede Kujawa auf den fremden Ankömmling ausgebrachten Hochrufe angeschlossen, der willkürlich nach seiner eigenen Anschauung regiert hat und von der Regierung auf die polnische Volksgesamtheit losgelassen worden ist, um gewisse der Regierung angenehme Dinge zu erreichen. Nicht genug, daß die Arbeiter den Hochruf wiederholten, es fand sich unter ihnen auch nicht einer, der dagegen protestiert hätte.

Die Arbeiter haben sich auch darüber Rechenschaft abgelegt, daß, wenn man auf jemanden ein Hoch ausbringt, dies soviel bedeutet, daß man den Betreffenden besonders ehren will; wenn sie also trotzdem wie die Hammel dem Antrage des Herrn Kujawa gefolgt sind, dann haben sie dadurch bewiesen, daß ihnen noch viel am nationalen Bewußtsein fehlt. In Wirklichkeit fällt auch ein Teil der Schuld auf den Geistlichen Patron, der zunächst dem Domherrn Sander hätte auseinanderzusetzen müssen, daß seine Anwesenheit in der Versammlung des Arbeitervereins am allerwenigsten erwünscht sei und ferner hätte er den Herrn Kujawa auf seinen unzulässigen Antrag aufmerksam machen sollen. Für Leute, welche an allen deutschen Lebenserscheinungen, die größtenteils gegen die polnische Volksgesamtheit gerichtet sind, regen Anteil nehmen, ist kein Platz in den polnischen Vereinen vorhanden. Möge der Domherr daran denken, daß ihn seine Diplomatie nicht etwa zufällig einer unerwünschten Unannehmlichkeit aussetzt.

Es geht uns schon weniger um die Tatsache als solche, als um die grundsätzliche Seite des Vorkommnisses. Wir nehmen an, daß das Maß der Aufklärung der Mitglieder der Arbeitervereine mehr oder weniger daselbst ist wie in Gnesen. Dieses Vorkommnis, das in der Sonntagsversammlung des Gnesener Arbeitervereins passierte, muß hinsichtlich der Allgemeinheit unserer Arbeitervereine ernste Befürchtungen erwecken. In der öffentlichen Diskussion wurde mehr als einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das Unterstellen der Arbeitervereine unter den ausschließlichen Einfluß der Geistlichen der polnischen Volksgesamtheit ernste Gefahren bringt, wenn man bedenkt, daß die Einflüsse der Regierung auf den Lauf der Kirchenangelegenheiten mit jedem Tage größer werden, und daß wir noch die Zeiten erleben werden, wo der uns durch die Regierung aufgedrängte deutsche Erz-

bischof, die Erzdiözese in einem Geiste regieren wird, der sich gegen die Interessen der polnischen Volksgesamtheit richtet.

Wenn die Arbeiter in Gnesen bereit waren, den fremden Aufständling, der mit dem Polentum nichts gemeinsames hat, ohne kleinste Opposition durch Hochrufe deshalb zu ehren, weil er Geistlicher ist, so kann man nach diesen Hochrufen gegebenen Falls noch verschiedene andere Rufe erwarten, wenn ihnen dieses der deutsche Geistliche oder Loyalist erklärt, welcher zufällig durch die geistliche Behörde in die gegebene Pfarodie entsandt worden ist und dadurch gleichzeitig an die Spitze des dortigen bestehenden Arbeitervereins gestellt wird.

Auf diese Weise ist das Tor für die Germanisierungsarbeit angelweit offen.

Es entsteht daher die Notwendigkeit, dem Bösen beizutreten vorzubeugen. Als Mittel zur Vorbeugung der evtl. Germanisierung mit Hilfe der Arbeitervereine wurden Vorschläge zur Gründung besonderer weltlicher Vereine gemacht, ohne daß ein geistlicher Patron zwangsweise hierzu von der geistlichen Behörde bestimmt wird.

Wir glauben, daß dieses das entsprechendste Mittel wäre, um von dieser Seite die drohende Gefahr hinwegzuanheben. Wir wollen nicht, Gott bezaehre, die willigen Geistlichen in dieser Weise von der gemeinsamen Arbeit verdrängen, denn auch in den neuen Arbeitervereinen wird für sie ein großes Arbeitsfeld sein. Manchen aufgeklärten Geistlichen gefällt sogar der übermäßige Einfluß unserer Geistlichkeit auf den Gang unserer sozialpolitischen Angelegenheiten nicht.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 10 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. Januar 1910:

Herr v. Bethmann Hollweg hat die Sprache nicht verloren!

überschreibt sich ein Artikel der „Gazeta Grudziadzka“, in dem es u. a. heißt:

Der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat in seiner Rede unsere Einmütigkeit dort bewundert, wo es sich um die Abwehr des Deutschtums und um unsere nationale Entwicklung handelt.

Herr Reichskanzler, Sie haben sich nicht geirrt. Sie haben uns in Ihrer Rede gedroht, Sie haben den weiteren Kurs der antipolnischen Politik angekündigt. Wir fürchten sie nicht! In den Kampf, den Sie uns vielleicht bereiten werden, treten wir gern ein; er wird uns sogar angenehm sein. Sie, Herr Reichskanzler, brauchen zum Kampf mit uns Geld, Ihre Kasse ist aber leer, und Sie wissen nicht, wie Sie sie füllen sollen. Sie werden ja neue Millionen zum Kampf gegen uns finden, aber damit werden Sie nur den Bankerott Preußens und Deutschlands beschleunigen. Wir werden uns mit Würde und mit der Liebe zum Vaterland Polen verteidigen, Herr Reichskanzler, und wenn wir mit diesen Waffen kämpfen werden, dann bleiben wir ebenso Polen, wie wir über 100 Jahre Polen geblieben sind. Wir werden immer alle Gesetze beobachten, aber auch unter den schrecklichsten antipolnischen Gesetzeswidrigkeiten werden wir Polen bleiben, denn Sie haben kein Recht, Herr Reichskanzler, nach den polnischen Herzen des polnischen Volkes Ihre Hand auszustrecken. Prügeln Sie uns, und sei es mit Skorpionen, den polnischen Geist und die polnische Seele wird niemand aus uns herausprügeln, und am allerwenigsten Ihr Herren Preußen mit einem solchen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an der Spitze!

Aus Nr. 12 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 27. Januar 1910:

Infolge der immer größer werdenden Verfolgungen,

welche die Polen von den Ksatisisten und von der preußischen Regierung erfahren, teilen uns viele derjenigen Landsleute, die in den Vorjahren an Kaisersgeburtstag illuminiert haben, mit, daß sie in diesem Jahr nicht ein Licht ans Fenster stellen und sich an keiner Feier beteiligen würden. Wenn doch nur alle so handeln möchten! Die Deutschen würden sich dann davon überzeugen, daß die Polen das Unrecht und die Bedrückung fühlen, und sie würden die Polen besser behandeln. Achten wir uns selbst, dann werden uns auch die Feinde achten.

Aus Nr. 1 des Przegląd Oświatowy (Posen)
vom 1. Januar 1910:

Aus dem Puziger Kreise.

Ich bringe zur Kenntnis, daß sich im Puziger Kreise gegenwärtig 15 Volksbibliotheken befinden. Bibliothekare sind folgende Herren: für die Pfarodie Puziger-Heisterneß: Alexander Konkol, Küster in Heisterneß; für die Schwarzaauer Pfarodie: Joseph Derc in Gnesdau und Johann Bystram in Schwarzaau; für die Puziger Pfarodie: Adolf Bazpli, Drogeriebesitzer in Puzig und Konrad Kressit in Brudsdau; für die Mechnauer Pfarodie: Johann Patok in Darslub und Anton Schornak in Dommatau; für die Starzhner Pfarodie: Kaver Kownatke in Werblin; für die Dzhöfster Pfarodie: Anton Kur in Adlig Brüd und Anton Kaleta in Dzhöst; für die Strelliner Pfarodie: Joseph Schomberg in Ostrowo und August Zeitzka in Wiruschin; für die Zarnowitzer Pfarodie: Josef Plinski in Zarnowitz, Johann Gost in Wiruschin und August Budnik in Ddargan.

Ich hoffe, daß ihr nun, nachdem ihr wißt, wo sich die nächste Bibliothek befindet, gern und oft aus ihr Nutzen ziehen werdet. Jeder Bibliothekar hat ein besonderes Tagebuch, worin er einträgt, wieviel Bücher die einzelnen Leser gelesen haben; bei der Revision werde ich Gelegenheit haben, festzustellen, welche Ortschaften mehr und welche weniger nach Bildung streben.

Die Bücher werden zwar kostenfrei abgegeben; wenn wir jedoch in Betracht ziehen, daß die Volksbibliotheken ihre Existenz nur der Opferwilligkeit unserer Volksgemeinschaft verdanken, so darf uns für ein solch wirksames Mittel zur Verbreitung der Volksbildung das Geld nicht reuen. Jeder Kassierer — falls gegenwärtig ein besonderer Kassierer nicht vorhanden ist, der Bibliothekar — trägt sämtliche Beiträge in das Kassenebuch ein und übersendet die gesammelte Summe am Jahreschluß an den unterzeichneten Delegierten, und letzterer überweist sie sodann an den Schatzmeister des Volksbibliothekenvereins in Posen.

Der Hauptvorstand des Volksbibliothekenvereins in Posen verschießt einmal im Jahre Bücher an die einzelnen Kreise und zwar je nach der Höhe der eingezahlten Beiträge. Vergangenes Jahr ist aus unserem Kreise so wenig eingezahlt worden, daß jeder Bibliothek in diesem Jahr nur 15 Bücher zugefallen sind. Diese Stärkung muß uns also für 12 Monate ausreichen.

Mechnau, den 15. November 1909.

gez. Geistl. Wittkowski,
Kreisdelegierter für Puzig.

Aus Nr. 13 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 29. Januar 1910:

In unserer Kaschubei

beginnt seit einiger Zeit sich der sogenannte „Bund der Landwirte“ breit zu machen, das ist ein politischer Verband der deutschen Großgrundbesitzer, in dem die konservative Partei herrscht. Hier handelt es sich zweifellos um das Einfangen polnischer Seelen, denn diese Versammlungen finden vornehmlich in größeren Gemeinden statt, wo es einheimische Deutsche gar nicht gibt, höchstens von auswärts gekommene Lehrer sowie dieser und jener Amts- und Gemeindevorsteher. Man schreibt uns in dieser Angelegenheit:

„In der Nummer 10 der „Gaz. Gd.“ habe ich gelesen, daß am Freitag, den 14. Januar im Saale des Herrn Schernek zu Kielau eine Versammlung des sogenannten „Bundes der Landwirte“ abgehalten worden ist. Es ist wahr, daß infolge dieser Versammlung jenem „Bund“ einige Polen beigetreten sind, darunter auch ein Vorstandsmitglied des (polnischen) Volksvereins in Kielau. Mit der Versammlung in Kielau war es aber noch nicht abgetan. Es fanden noch Versammlungen statt in Chwaszczyn und in anderen Ortschaften, und zwar nur zu dem Zwecke, um Polen einzufangen. Sie haben damit aber kein großes Glück gehabt und sehen von weiteren Versammlungen ab. Die Polen sind in diesem „Bund der Landwirte“ so nötig, wie die Konservativen in unseren polnischen landwirtschaftlichen Vereinen. Wir wollen den Konservativen nicht als Dünger zu ihren politischen Zielen dienen, und wir wundern uns überhaupt, daß die Konservativen uns für so gutmütige und unaufgeklärte Leute halten, die wie Schafe in den Schafstall gehen, sobald sie auf ihrer konservativen Flöte zu flöten beginnen. Wir wollen mit Euch keine Gevatterschaft haben, denn die Ansiedlungskommission, die Ansiedlungsnovelle, das Enteignungsgesetz, das Sprachengesetz, die Verdrängung unserer Sprache aus der Schule und aus dem öffentlichen Leben, das alles hat sich bei uns gar zu sehr fühlbar gemacht. Wenn Ihr uns jetzt auch goldene Berge versprechen solltet, so zucken wir doch nur mit den Achseln und sagen uns innerlich: „Das alles geschieht doch nur dazu, um uns zu entnationalisieren.“

So schreibt unser Korrespondent. Nicht nur in der Kaschubei, sondern auch in anderen Gegenden veranstaltet dieser deutsche Bund der Landwirte seine Versammlungen, u. a. auch in der Löbauer Gegend. Wir nehmen aber keine Agitation dort nicht sehr ernst. Am besten ist es, wenn man sich auf diesen Versammlungen gar nicht zeigt, dann werden sie schon mit ihnen aufhören. Sie werden dann den besten Beweis dafür haben, daß sie sich geirrt haben, wenn sie angenommen haben sollten, daß wir anfangen uns zu Preußen polnischer Zunge umzuwandeln.

Aus Nr. 13 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 29. Januar 1910:

Pielplin.

An dem deutschen Fest, das am Donnerstag hier aus Anlaß des Kaisergeburtstags im lutherisch-katholischen Hotel „zum schwarzen Adler“ stattfand, haben in Gemeinschaft mit den Lutheranern und Katholiken teilgenommen: Herr Offizial Scharmer, die Domherren Hundsdoerf und Behrendt, die (geistlichen) Professoren Schulte, Sawicki und Rozynski, sowie die Domvikare Grzeszkiewicz und Kather — und aus der Umgegend ein deutscher Geistlicher, der sich offenbar auch nach deutsch-lutherischer Gesellschaft sehnt.

Aus Nr. 13 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 29. Januar 1910:

Betrifft die polnische Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen „Wiktoria“ in Gzerst, Westpreußen.

Gnesen.

Wie mir gesagt worden ist, reicht die schon ziemlich ausgebaute Fabrik, die gegen 80 Arbeiter beschäftigt, zur Befriedigung der zahlreichen Bestellungen nicht mehr aus. Eine Erweiterung der Fabrik und die Einstellung mehrerer Arbeiter ist daher durchaus notwendig, und diese Fabrik hat nun die löbliche Absicht, den breiten Schichten der weniger begüterten Landsleute Gelegenheit zur guten Unterbringung ersparten Geldes zu geben, indem sie den neuen Aktionären Anteilscheine zu 1000 zum Nennwert gibt. Indem ich eine solche Anlegung des Geldes für sehr vorteilhaft erachte, mache ich unsere Landsleute im Großherzogtum Posen darauf aufmerksam; denn ich bin sicher, daß das dort angelegte Geld nicht nur hohe Zinsen abwerfen, sondern sich in kurzer Zeit verdoppeln oder verdreifachen wird. Ich rate deshalb, sich zu diesem Zweck schon beizeiten an die Direktion „Wiktoria“ in Gzerst zu wenden, und gewiß wird es niemand bedauern. Ebenso rate ich allen Groß- und Kleingrundbesitzern, sowie den Geschäftsleuten, welche im Großherzogtum Posen und in Westpreußen mit landwirtschaftlichen Maschinen handeln, daß sie, da sie heute so gute Erzeugnisse polnischer Fabriken, wie Cegielskische Fabrik in Posen und die „Wiktoria“ in Gzerst haben, doch endlich daran denken möchten, nur in diesen Maschinenfabriken zu kaufen, weil das ihre moralische Pflicht ist.

Ein der Gesamtheit wohlwollender Fachmann.

Aus Nr. 14 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Februar 1910:

Zoppot.

Am Donnerstag, den 20. Januar hat der Aufsichtsrat der Volksbank (Bank Ludowy) die Generalversammlung abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, daß der Vorstand der Bank eifrig an der Entwicklung unserer Volksbank arbeitet. Mögen daher die Landsleute aus Zoppot und Umgegend mit vollem Vertrauen ihre Ersparnisse in dieser Bank niederlegen, umsomehr, als der Zinsfuß hoch ist. Bei vierteljährlicher Kündigung werden nämlich $4\frac{1}{2}$ Prozent gezahlt. Bei Darlehen geht die Bank vorsichtig vor, aber sie gewährt jedem ein Darlehen, der ein solches gebraucht, wenn er nur eine gute Sicherheit bietet. Lasset uns daher die Volksbank in Zoppot unterstützen.

Aus Nr. 12 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 27. Januar 1910:

Allenstein, den 26. Januar 1910.

Der hochwürdigste Herr Bischof von Ermland, Dr. Augustin Bludau, ist am Montag nachmittag nach Allenstein gekommen, um dem Regierungspräsidenten einen Besuch zu machen. In der Begleitung des Herrn Bischofs befand sich Herr Domherr Späth. Die hohen Gäste haben zuerst die Herz-Jesu-Kirche und die St. Jakobskirche besucht, und nach kurzem Verweilen auf der Propstei begaben sie sich um 4 Uhr zum Regierungspräsidenten zum Essen. Aufgefallen ist, daß zur Begrüßung des Herrn Bischofs auf der Propstei

zwei schwarz=weiß=rote Fahnen herausgehängt wurden. Wäre es nicht würdiger gewesen, Fahnen in den Kirchenfarben herauszuhängen? Zur Begrüßung hoher Regierungspersonen wären diese Fahnen ja gut gewesen, aber ein kirchlicher Würdenträger hätte mit Kirchenfarben begrüßt werden müssen.

Aus Nr. 12 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 27. Januar 1910:

Aus der Schönbrücker Parochie.

In unserer Parochie sind jetzt zur Unterstützung des Deutschtums sogenannte „szpilzule“ für kleine Kinder ins Leben gerufen worden, in denen sie auf verschiedene Art und Weise unsere polnischen Kinder von den ersten Jahren an verdeutschten. Für die ältere Jugend gründen sie dagegen Fortbildungsschulen und in ihnen flößen sie unserer Jugend die kulturellen Wohltaten ein. Der größte Teil der Jugend geht für die polnische Sprache verloren, denn infolge dieser deutschen Kunststückchen will jeder „dajcz“ sprechen, und die Eltern sprechen zu ihren Kindern, obwohl sie sich dabei bald die Zunge brechen, in der „fajništyń“ Sprache.

So erzogene Kinder schämen sich, wenn sie erwachsen sind, ihrer Eltern wegen der polnischen Sprache, und anstatt zur Freude wachsen sie mitunter zum Leid der Eltern heran. Wenn die jungen Leute vor dem Altar stehen, um den Ehebund zu schließen, dann geloben sie sich gegenseitig die Liebe in deutscher Sprache, obwohl sie zuhause polnisch erzogen worden sind. Sie wollen jedenfalls an diesem Tage dem Deutschtum ein Opfer bringen.

Zum Schluß bitte ich alle Leser, sich eifrig unseres Blattes anzunehmen und durch häufige Einsendung von Korrespondenzen und Mitteilungen, an denen es in jedem Dorfe genug gibt, für seine Verbesserung zu sorgen, wodurch sie unserem Redakteur alle Sticheleien von nicht wohlwollender Seite ersparen würden. Achten wir unsere schöne, von den Vätern ererbte Sprache, bewahren wir sie in der Tiefe unseres Herzens und klären wir uns durch polnische Bücher und Zeitungen gegenseitig auf, dann wird uns der Feind nicht bezwingen. B.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 20 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 26. Januar 1910:

Nemo me impune lacessit.

Jedes Land hat seine Regierung, und an ihrer Spitze steht ein Fürst, König oder Kaiser, in Republiken ein Präsident. Das Verhältnis der Bevölkerung des betreffenden Landes zum Haupte der Regierung muß, wenn normale Verhältnisse herrschen, korrekt sein. Dies ist der Fall in Staaten, in denen die Bürger gleichberechtigt sind, wo sich alle Bewohner des betreffenden Landes der staatlichen Wohltaten erfreuen, wo gegen eine Nationalität und ein Bekenntnis keine Ausnahmegeetze zu ihrem Verderben gegeben werden, wo durch die Gesetzgebung nur diejenigen bestraft werden, welche die Sicherheit, die Habe und das Leben der friedlichen Einwohner bedrohen.

Durch die Fügung der Vorsehung und des geschichtlichen Verhängnisses gerieten wir als Teil der großen polnischen Nation unter die preussische Herrschaft; der preussische Friedrich der „Große“ besiegte Österreich und entriß ihm Schlesien. Die Zugehörigkeit Großpolens zu Preußen beruht gemäß des Beschlusses des

Wiener Kongresses vom Jahre 1815 auf staatsrechtlicher Grundlage. Mit Einwilligung Europas wurde das Verhältnis des preussischen Staats zu uns geregelt, und dieser Kongreß gewährte uns als Polen alle Rechte, die preussischen Könige aber haben sie uns durch die Autorität ihrer Majestät und ihres Eides verbürgt.

Was aus diesen Rechten geworden ist, das sehen wir heut; wir sind ihrer enterbt worden, und der preussische König und deutsche Kaiser Wilhelm II. hat gegen uns gerichtete Gesetze sanktioniert, wie die Novelle zum Ansiedelungsgeetz, den Maulkorbparagraphen und die Enteignung, von anderen ähnlichen „preussischen Wohltaten“ garnicht zu reden.

Sind das normale Zustände? Können wir in Anbetracht dieser Sachlage dem Monarchen anlässlich seines Geburtstages äußerlich unsere Freude ausdrücken für die Sanktionierung der erwähnten Gesetze, welche die elementaren Grundlagen unserer Existenz treffen und unsere Herzen schmerzlich verwunden? Dies kann von uns kein vernünftiger Mensch fordern, solange wir selbst nicht Renegaten unserer eigenen Nation werden.

Wenn sich auf unsere polnische Seele die Dämmerung eines Gefühls des Unrechts niedergelassen hat, so kann das brennende Licht in den Fenstern dieses Gefühls nicht Lügen strafen. Schmerz und Leid drückt man nicht äußerlich durch ein heiteres hellstrahlendes Angesicht aus, und wäre es auch nur mittelst Lichten in den Fenstern.

Seien wir uns also am Geburtstage Wilhelm II. unseres Ichs bewußt. Mögen unsere Gegner wissen, daß wir auch in unserem Schmerz unsere nationale Würde zu achten verstehen. Wir standen in großen Zeitausschnitten der Geschichte herrlich, großmütig da, seien wir heut in den Zeiten unseres Verfalls groß, denn auch das Märtyrertum umgibt die Helden mit dem Glorienschein der Größe. Erinnern wir uns am 27. d. Mts. an des preussischen Herzogs Albrecht von Hohenzollern Huldigung, die auf den Knien vor der Majestät unseres Königs Sigismund in Krakau dargebracht wurde, und sagen wir uns, den Mut nicht sinken lassend, wie der Geistliche Starowolski zum Schwedenkönig Karl Gustav gesagt hat: „Das Glück ist wandelbar, Gott allein ist unwandelbar“.

Lassen wir uns nicht durch Rücksichten auf verschiedene äußerliche Beziehungen zu den Deutschen leiten, denn fremde Gunst reitet auf einem scheckigen Pferde. Durch Unterwürfigkeit werden wir uns die Feinde nicht versöhnen, sondern nur durch eigene Tüchtigkeit, durch sachgemäße Arbeit und nationales Ehrgefühl. Auch der anständige Deutsche versteht zu unterscheiden, welcher Pole Achtung und welcher Verachtung verdient. Renegaten und Landverhächterer werden überall gering geschätzt.

Wir wenden uns besonders an unsere Landsleute in den kleinen Städtchen, in denen sie am 27. Januar gewöhnlich „geschäftshalber“ des nationalen Ehrgefühls nicht gedenken und dabei ihre polnischen Abnehmer, von denen sie vorwiegend leben, vergessen, als ob sie ausschließlich die deutsche Kundschaft ernährte. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

Alle Entschuldigungen sind meistens Ausreden ohne tatsächliche Begründung, um so mehr als, wie wir wissen, die Deutschen solchen Loyalitätskündigungen der Polen nicht glauben, weil sie diese als Kündigungen des Strebens nach materiellen Vorteilen ansehen. Darum müssen wir gewissenhaft und genau darauf achten, ob sich die Polen an dem Freudentage der Deutschen mit freuen werden. Natürlich haben wir hier diejenigen im Sinn, die, unabhängig von dieser oder jener Ursache, ihre nationale Pflicht vergessen. Oft befinden sich unter ihnen solche, die den

Grundsatz predigen, daß sie das Polentum im Herzen tragen.

Nein, wir wollen Polen der Tat und nicht Polen mit verdorrtem und feigem Herzen haben.

Der 27. Januar ist ein Tag der Probe! Seien wir uns unseres Ichs bewußt, damit wir den ehrenvollen Namen „Polen“ verdienen und als solche sogar von den Feinden geachtet und geehrt werden. Wir wollen nicht von den Feinden und Fremden geliebt sein, wir wollen, daß sie uns diejenige Achtung bezeigen, die jeder Nation gebührt, welche ihrer eigenen Würde nicht bar ist.

Aus Nr. 22 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. Januar 1910:

Rüstet euch zu den Wahlen!

Zu was für Wahlen? wird mancher fragen; ist doch weder der Reichstag noch der Landtag aufgelöst worden, und die Wahlen liegen noch in weiter Ferne, werdet ihr sagen.

Nicht minder wichtige Wahlen warten unser, nämlich die Gemeindewahlen, von denen im hohen Grade unsere nationale und wirtschaftliche Existenz abhängt. In unseren Gemeinden schalten vorwiegend Hakatisten, Evangelische und Liberale, die den Großkapitalisten mit Herz und Seele ergeben sind, wie dies der Abgeordnete Korfanty im Reichstag dargetan hat. Sie schalten in den Gemeinden nach ihrer Art, die Kapitalisten schonen sie, uns armen Polen aberbürden sie Steuerlasten auf. In jeder Gemeinde müssen wir schrecklich hohe Steuern zahlen, und für unser Geld treiben die Herren hakatistische Politik. Sie unterstützen verschiedene „ferainy“, germanisatorische Bibliotheken, Unterhaltungsabende und Theatervorstellungen, unsere uralten Dörfer taufen sie in deutsche um, und daß es so geschieht, daran sind wir selbst schuld, denn wir sind auf unser Los nicht bedacht. Von der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen hängt bis zu einem gewissen Grade unsere nationale und wirtschaftliche Existenz ab. Erwachen wir also aus der Lethargie, wenn uns der Hakatismus mit seiner Peitsche noch nicht wachgerufen hat, treten wir für die Verteidigung unserer Sache ein, wenn man uns schon unsere polnischen Herzen rauben will, wie dies die preußischen Minister erklären.

Brüder! In diesem Monate sind fast überall die Gemeindewählerlisten ausgelegt. Geht und überzeugt euch, ob eure Namen darin enthalten sind. Wenn dies nicht der Fall ist, so macht eure Rechte höflich und ruhig, aber energisch geltend.

Die Gemeindewahlen finden fast überall im Monat März statt, und die Gemeindevorstände müssen sie bekannt machen. Achtet darauf, wann der Wahltag ist und rüstet und bereitet euch dazu vor. An einer andern Stelle veröffentlichen wir die die Gemeindewahlen betreffenden gesetzlichen Vorschriften. In allen Dörfern mögen sich aufgeklärtere Männer zusammentun und beraten, wie an die Arbeit und Agitation heranzugehen ist. Beizeiten mögen sie zu Kandidaten Männer von unverbrüchlichem Charakter, gute Polen und echte Demokraten ausersehen, und unsere Sache muß den Sieg davontreiben. Eine Schmach und Schande ist es für uns, daß in den polnischen und katholischen Dörfern Hakatisten, Andersgläubige und Kapitalisten unsere Führer sind, daß wir uralte Kinder dieses Landes nur gehorchen, schweigen und zahlen sollen. Unsere Redaktion dient mit allen Ratschlägen und Fingerzeigen, und sie übernimmt gern die Abfassung und Drucklegung der erforderlichen

Aufrufe. Vorwärts, Brüder, ans Werk! Vorwärts in den Kampf um die nationale Existenz! Vorwärts zur Verteidigung unserer armen Taschen!

Aus Nr. 24 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 30. Januar 1910:

Stadtverordnetenwahlen in Gleiwitz.

Am 10. Februar d. Js. werden städtische Neuwahlen und zwar im Wahlbezirk der Vorstadt Schobischowitz stattfinden, weil der bisherige Stadtverordnete Rechtsanwalt Kaschny nach Ratibor übergesiedelt ist und das Stadtverordnetenmandat niederlegen mußte.

In dem polnischen Wahlkomitee für die Stadt Gleiwitz wird die Angelegenheit bereits erwogen, und das Komitee ist zur Überzeugung gekommen, daß die Polen auch jetzt die Pflicht haben, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, weil die Neuwahlen nur eine Fortsetzung der Wahlaktion im November v. J. sind.

In dem Komitee wurde auch die Aufstellung der Kandidatur des Herrn Rechtsanwalts Wolny aus Gleiwitz beschlossen.

Wen das Gleiwitzer Zentrum aufstellen wird, ist noch nicht bekannt. Man hört jedoch, daß sein Kandidat Herr Rechtsanwalt Willmann sein wird. Soviel wir wissen, versteht Herr W. nicht polnisch, und darum verstehen wir nicht, wie man in einem polnischen Wahlbezirk, wie Schobischowitz, als Kandidaten einen Mann aufstellen kann, welcher der polnischen Sprache nicht mächtig ist.

Der Schobischowitzer Wahlbezirk ist überwiegend polnisch, und darum haben die Polen ein Recht zu verlangen, daß sie in der Gemeindevertretung ein Pol vertreten. Wenn sich die Zentrumsleute von dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung leiten lassen wollten, so würden sie nicht nur keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern diesen Bezirk den polnischen Kandidaten überlassen.

Anders verfahren die Beuthener, anders die Kattowitzer Zentrumsleute. In Beuthen befinden sich auf Grund eines Kompromisses mehrere Polen in der Versammlung der Stadtverordneten, in Kattowitz hatte man gleichfalls ein Kompromiß geschlossen, welches bekanntlich Gegenstand von Interpellationen im Reichs- und Landtag war. Der Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff sagte in Wählerversammlungen zu Kattowitz ausdrücklich, daß den Polen in der Versammlung der Stadtverordneten Platz gemacht werden müsse, denn dies verlange der Grundsatz der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit.

Warum handeln die Gleiwitzer Zentrumsleute nicht im Sinne der schönen Worte des Grafen Oppersdorff, und warum wollen sie diesen Grundsatz hier nicht anwenden? Grundsatz muß Grundsatz bleiben, ob in Kattowitz oder in Gleiwitz. Er muß in gleicher Weise verbindlich sein. Die Polen fordern keine außergewöhnlichen oder unmöglichen Dinge. Sie fordern nur einen einzigen Vertreter. Das ist doch wohl eine bescheidene, sehr bescheidene Forderung.

Vor allem machen wir — und zwar vorläufig — unsere Leser in Schobischowitz darauf aufmerksam, daß schon in den nächsten Tagen, wahrscheinlich schon am Marienfest, Mittwoch, den 2. Februar, von Herrn Pfarrer Stryczek eine Versammlung nach Schobischowitz einberufen werden wird. Wenn die Versammlung bekannt gemacht sein wird, so mögen die Wähler aus Schobischowitz in größter Zahl in ihr erscheinen und erklären, sie wünschten, daß ihr Kandidat aus dem

Schobischowitzer Wahlbezirk Rechtsanwalt Konstantin Wolny aus Gleiwitz wäre.

Dieser Pflicht mögen die Wähler aus Schobischowitz nachkommen, denn es ist eine wichtige Pflicht. Die Aufgeklärteren mögen die minder Aufgeklärten dazu ermuntern und bewegen. Beizeiten muß man schon daran denken, denn, nachdem der rechte Zeitpunkt verpaßt ist, kann es schon zu spät sein.

Indem wir für heute unsere Betrachtungen schließen, bitten wir unsere Leser sehr, an der Versammlung möglichst zahlreich teilzunehmen und zu erklären, daß sie Herrn Rechtsanwalt Wolny zum Kandidaten haben wollen.

Aus Nr. 26 des Górnoslazak (Rattowitz)

vom 2. Februar 1910:

Wählerversammlung in Schobischowitz.

Nicht für den kommenden Mittwoch, sondern schon für den verflossenen Sonntag berief Pfarrer Stryczek eine Versammlung aus Anlaß der städtischen Wahlen in Schobischowitz ein. Die Versammlung fand im Saale des Herrn Oderfa in Schobischowitz statt. Sie wurde um 3¹/₂ Uhr nachmittags eröffnet und von Pfarrer Stryczek geleitet. Erschienen waren etwa 150 Wähler.

Die Kandidatur des Rechtsanwalts Wolny empfahl Herr Slinwa aus Schobischowitz. Er tat dies gewandt, überzeugend, an das Gefühl der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung appellierend, worauf die polnischen Katholiken ein unbestreitbares Recht haben.

Die Kandidatur des Rechtsanwalts Willmann empfahlen einige Deutschkatholiken. Es unterstützte sie der Vorsitzende, Pfarrer Stryczek, indem er mit Nachdruck hervorhob, daß Herr Willmann ein guter Deutschkatholik und ein Mann sei, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befasse. Die Kandidatur des Rechtsanwalts Wolny fertigte er kurz ab, indem er bemerkte, daß Herr Wolny ein Pole und zwar ein erklärter Pole sei.

Die Diskussion dauerte nicht lange, und zwar kaum eine halbe Stunde. Nach der Diskussion schritt man zur Abstimmung durch litio in partes. Auf Seiten des Rechtsanwalts Wolny standen mindestens 100 Wähler, auf Seiten des Rechtsanwalts Willmann höchstens 30.

Die Mehrheit auf Seiten des Rechtsanwalts Wolny war in die Augen springend. Pfarrer Stryczek sah ein, daß sich die Lage für die Deutschkatholiken ungünstig gestalte. Darum mahnte er mehrere Male mit erhobener Stimme, daß diejenigen, welche zum Wahlbezirk Schobischowitz nicht gehörten, den Saal verlassen sollten.

Es scheint uns, daß eine einzige Aufforderung vollständig genügt hätte, zumal Pfarrer Stryczek schon beim Beginn der Versammlung die Nichtwähler zum Verlassen des Saales aufgefordert hatte. Warum wiederholte der Herr Pfarrer seine Aufforderung so oft? In welcher Absicht?

Die polnischen Wähler faßten dies als eine Schikane und einseitige Leitung der Versammlung auf, und so verließen sie ruhig, ernst und geschlossen den Saal in der Überzeugung, daß ihnen Unrecht geschehe und daß sie eine solche Behandlung nicht verdienten. Dies war ein stummer, aber bereiteter Protest.

Das sah Herr Pfarrer Stryczek offenbar auch ein, denn als er die Polen geschlossen den Saal verlassen sah, rief er aus: „Das habe ich nicht erwartet!“

Nachdem die Polen den Saal verlassen hatten, blieben kaum 30 Deutschkatholiken zurück.

Unseres Erachtens wäre es besser gewesen, wenn die polnischen Wähler den Saal nicht verlassen hätten, sondern bis zum Schluß der Versammlung geblieben wären. Hätten sie ja die ungeheure Mehrheit auf ihrer Seite. Aber wundern kann man sich über sie nicht; die einen wollten dem Herrn Pfarrer nicht weh tun, die anderen empfanden das erlittene Unrecht, alle zusammen aber sahen, was vor sich gehe, und verließen den Saal. Eine unter solchen Verhältnissen abgehaltene Versammlung ist unseres Erachtens ungültig. Denn wer Augen hatte, sehen wollte und sich von dem Gefühle der Parteilosigkeit leiten ließ, muß zugeben, daß die ungeheure Mehrheit auf Seiten des Rechtsanwalts Wolny war.

Das ist die Taktik der Gleiwitzer Zentrumsleute. Fern liegen ihnen die Grundsätze, die in Rattowitz in zwei Versammlungen der so verdiente Zentrumsführer und Abgeordnete Graf Oppersdorff entwickelt hatte. Dort schöne, erhabene, edle Grundsätze, die Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für die polnische Bevölkerung verlangen, hier in Schobischowitz ein kleinmütiger Parteigeist.

Aber es ist keine Zeit, derartige Betrachtungen anzustellen. Wir Polen wünschen Friede und Eintracht im katholischen Lager, wir wollen keine Spaltung. Leider ist es nicht unsere Schuld, wenn es anders geschah. Auch wir sind steuernzahlende Bürger, auch wir wollen unser Bürgerrecht haben. Wenn man es uns nicht auf dem Wege der Eintracht und Verständigung geben will, müssen wir es uns erkämpfen.

Die Wahlen sind auf den 10. Februar festgesetzt. Das polnische Komitee bereitet alles Erforderliche vor. Ein öffentlicher Aufruf wird bald ergehen. Wir ermahnen aber und bitten herzlich, schon jetzt unsere aufgeklärten Wähler, ihre erprobte Wahlagitation von Mund zu Mund in Angriff zu nehmen. „Einer für alle, alle für einen“, sei unsere Losung. Aber nicht nur eine Losung bleibe sie. Erfüllen wir vielmehr alle unsere Bürgerpflichten. Die Vertrauensmänner sowie alle, die bei der Wahlaktion mithelfen oder Informationen einholen wollen, mögen sich an das Wahlkomitee wenden.

Aus Nr. 15 des Górnoslazak (Rattowitz)

vom 20. Januar 1910:

Aus der Parochie Deutsch-Müllmen, Kreis Neustadt O.-S.

Eine traurige Neuigkeit verkündete uns unser Herr Pfarrer am ersten Sonntag nach Neujahr, und zwar die für uns Polen traurige Neuigkeit, daß er jeden letzten Sonntag im Monat eine deutsche Predigt halten werde, weil dies sozusagen seine „heilige“ Pflicht sei. Im verflossenen Jahre empfingen in der Parochie 3554 Personen die hl. Sakramente, darunter sollen 900 Deutsche gewesen sein. Dieser kleinen Zahl Deutschen wegen also soll diese Predigt im Monat stattfinden. Wenn wirklich diese 900 Deutsche vorhanden wären, so wäre diese Zahl doch noch sehr klein. Warum sind nicht diejenigen mitgezählt, die sich außerhalb der Parochie an der Beichte und hl. Kommunion beteiligt haben? Deren Zahl war groß in Ober-Glogau, Prowienz, in Simmdorf und sogar in Krakow (Krakau?).

Vor einigen Jahren erbauten wir eine neue Kirche, und jetzt soll sie allmählich den Deutschen überlassen werden, obgleich es hier fast gar keine echten Deutschen gibt. Vor zwei Jahren führte unser Herr Pfarrer Schulmessen ein, so daß jeden Sonnabend und Mittwoch in unserer Kirche alles deutsch

abgehalten wird, selbst wenn Polen die Andachten bestellen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die deutschen Andachten nicht zu besuchen und Opfergeld für heilige Messen dorthin zu senden, wo sie polnisch abgehalten werden. — Weiter frage ich euch, Mütter: Wo habt ihr die Bruderschaft für Mütter? Wo haben wir Andachten zu Ehren des göttlichen Herzen, die unser verstorbene Herr Pfarrer Engel unvergeßlichen Andenkens eingeführt hatte? Ich füge noch hinzu, daß den hiesigen Katakisten der Gesang des Englischen Grußes und unsere Stundengebete sehr mißfallen. Sie möchten dies beseitigen. Ich erinnere aber daran, was einmal unser oberschlesische Apostel, der verstorbene Pfarrer Fickel, in einer Predigt gesagt hat: Solange die Stundengebete gern gesungen werden, solange wird auch unser heiliger Glaube unter uns erhalten werden.

Aus Nr. 23 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 29. Januar 1910:

Aus der Parochie Deutsch-Müllmen.

Anläßlich der Zuschrift, die uns aus der Parochie Deutsch-Müllmen, Kreis Neustadt, übersandt worden ist und die wir veröffentlicht haben, schreibt man uns aus Oberschlesien:

Unterredung des Matthias aus Deutsch-Müllmen mit einem Priester:

Matthias: Gelobt sei Jesus Christus!

Priester: In Ewigkeit, Amen. Seid willkommen, Matthias!

Matthias: Schönen Dank für den Willkommengruß.

Priester: Was habt Ihr auf dem Herzen?

M.: Hochwürdiger geistlicher Vater! Seien Sie mir nicht böse, aber ich möchte in einer sehr wichtigen und unangenehmen Angelegenheit um Rat bitten. Vielleicht haben Hochwürden in der Zeitung gelesen, daß in unserer Kirche jetzt deutsche Predigten, und zwar jeden letzten Sonntag im Monat, eingeführt werden sollen?

P.: Ja, ja! Ich habe es gelesen. Es wurde dort geschrieben, daß auf 3454 Leute, welche im verflossenen Jahre die hl. Sakramente empfangen, nach der Berechnung eures Hochwürdigen Herrn Pfarrers 900 Deutsche entfallen. Wenn in eurer Parochie soviel Deutsche vorhanden sind, so wundere ich mich nicht, daß ihnen euer Herr Pfarrer Predigten halten will. Was mich wundert, ist, woher in eurer Parochie plötzlich eine so große Zahl Deutsche gekommen ist? Hat denn etwa die deutsche Ansiedlung ein paar Duzend polnische Bauern und Stellenbesitzer ausgekauft oder enteignet und an ihre Stelle Deutschkatholiken angesiedelt?

M.: O nein, lieber geistlicher Vater! Bei uns weiß man, Gott sei es gedankt, von der Ansiedlung nichts. Unsere Parochie ist so rein polnisch, wie alle anderen Parochien in der Umgegend. Echte Deutsche sind etwa 10, höchstens 20 vorhanden, aber mehr nie und nimmer. Ich verstehe einfach nicht, wie der Herr Pfarrer bekanntmachen konnte, daß bei uns 900 Deutsche sind.

P.: Ruhig, ruhig! Mein lieber Matthias! Euer Herr Pfarrer ist zu einer so großen Zahl Deutschen sicherlich in der Weise gelangt, daß er sich aufschreibt, wieviel Leute deutsch beichten. Und er argumentiert folgendermaßen: Jeder Mensch beichtet in seiner Muttersprache, der Franzose französisch, der Deutsche deutsch usw. Obgleich ich selbst soviel polnisch verstehe, um polnisch beichten zu können, so beichte ich doch als

geborener Deutscher deutsch. Wenn also bei eurem Herrn Pfarrer jemand deutsch beichtet, so denkt er: Das ist ein Deutscher, und er macht auf einem Zettel einen Strich, daß wieder ein Deutscher gebeichtet hat, obgleich er vielleicht der echte Pole vom Vater und Großvater her war. Versteht ihr jetzt, woher die 900 Deutschen gekommen sind?

M.: Ja, Herr Pfarrer! Ich verstehe es. Aber Deutsche sind sie doch nicht. Wie kann sie alle der Herr Pfarrer als Deutsche aufzeichnen?

P.: Wie? Ich habe es euch doch eben erklärt. Wenn diese Aufzeichnungen der Wirklichkeit nicht entsprechen, so sind die Leute selbst am meisten schuld daran. Der Herr Pfarrer hat nicht die Pflicht, bei der Beichte jeden einzelnen auszufragen, ob er Pole oder Deutscher sei, das könnte ihm sogar mancher übelnehmen. Die Leute sollen aber, wenn sie Polen sind, polnisch und nicht deutsch beichten. Ich sagte es euch schon und wiederhole es als katholischer Priester noch einmal: Jeder Mensch hat das unbestreitbare und unzweifelhafte Recht, in seiner Muttersprache zu beichten, der Pole also polnisch.

M.: Aber die Kinder werden doch jetzt nur in deutscher Sprache zur Beichte und Kommunion vorbereitet, da können die Leute doch nicht polnisch beichten.

P.: Wenn ihr als Eltern erlaubt, daß eure Kinder zur Beichte deutsch vorbereitet werden, dann schlägt euch selbst an die Brust, denn das ist eure Schuld und Saumseligkeit. Die polnischen Eltern dürfen unter keinen Umständen gestatten, daß ihre Kinder den deutschen Beichtunterricht besuchen.

M.: Wenn die Eltern in dieser Sache freie Hand hätten, so würden sie auch ihre Kinder nicht in den deutschen Vorbereitungsunterricht schicken. Euer Hochwürden wissen aber selbst, daß heute in dieser Beziehung besonders häufig die Lehrer verschiedene Mittel anwenden, um die Kinder zur deutschen Beichte zu bewegen.

P.: In dieser Sache haben die Lehrer absolut nichts zu befehlen, sondern nur ihr Eltern. Wenn also irgend ein Lehrer den Kindern deshalb zusetzen wollte, weil sie den polnischen Unterricht besuchen, so muß man das Kind genau befragen, welcher Art diese Zusetzung war; dann muß man zu einem Menschen gehen, der schreiben kann, damit er gegen diesen Lehrer an seinen Vorgesetzten (Schulinspektor) eine Beschwerde schreibe. Wenn alle Eltern so verfahren werden, dann wird der Lehrer seine Kunststückchen bald einstellen. Sollte dies nicht der Fall sein, so muß man sich an den Herrn Abgeordneten Strzoda wenden, auf daß er diese eure Beschwerden und Klagen an der zuständigen Stelle in Berlin vorbringe, das wird sicherlich Erfolg haben. Seid ihr Müllmener doch in dieser Beziehung in einer so glücklichen Lage, wie wenig andere Leute, denn ihr habt den Abgeordneten am Orte, dessen Pflicht es ist, sich mit solchen Angelegenheiten zu befassen, wenn ihr sie ihm vorstellt.

M.: Es würde wohl schon etwas helfen, wenn wir uns so an die Lehrer ran machen würden, aber leider fürchten sich die Leute den Lehrer zu beleidigen, oder sie haben vor der Regierung Angst.

P.: Warum sollten sie sich denn fürchten?! Sind doch in eurem Dorfe lauter unabhängige Leute, Bauern, Stellenbesitzer usw. und keine Sklaven oder herrschaftliche Knechte. Selbst ein herrschaftlicher Knecht darf nicht fürchten, daß ihn der Herr aus dem Dienst entlassen wird, wenn er seine Kinder in den polnischen Unterricht schicken würde, denn heute sind herrschaftliche Knechte sehr schwer zu bekommen.

M.: Nun gut! Mit den Lehrern würden wir auf diese Weise vielleicht fertig werden. Was sollen wir aber tun, wenn uns unser Herr Pfarrer in dieser Beziehung Schwierigkeiten macht, wenn er z. B. erklären würde, er werde zum polnischen Unterricht nur diejenigen Kinder zulassen, die gut polnisch lesen können?

P.: Wenn dem so wäre, was ich nicht glauben mag, so lehrt doch selbst eure Kinder polnisch lesen. Und wenn jemand wirklich nicht polnisch lesen lehren könnte, so hat dennoch auch er, wenn er Pole ist, das heilige Recht, von dem Herrn Pfarrer zu verlangen, daß sein Kind zum polnischen Unterricht zugelassen werde. Vor hundert Jahren und früher konnten von 100 Menschen nicht einmal 50 lesen, und dennoch wurden von den Priestern alle zu den hl. Sakramenten vorbereitet und zugelassen. Das könnt ihr, wenn es nötig wäre, dem Herrn Pfarrer sagen, und ihr braucht auf eure Rechte nicht zu verzichten.

M.: Wir werden auch nicht verzichten. Aber was sollen diejenigen, welche die Schule schon verlassen haben und deutsch beichten, tun, damit sie der Herr Pfarrer nicht zu den Deutschen rechne?

P.: Was diese tun sollen? Diese sollen von nun ab nur polnisch beichten und nicht deutsch, schon aus dem Grunde, um den Herrn Pfarrer nicht irre zu führen.

M.: Diese möchten schon gern polnisch beichten, denn schon mancher von ihnen sagte: Wenn man „polnisch“ gesündigt hat, so müßte man auch polnisch beichten. Aber leider kennen wir weder die Anfangs- noch Schlußformel der Beichte („Ich armer sündiger Mensch“ . . . und „diese und alle meine Sünden bereue ich“ . . .) — deshalb fürchten sie sich, polnisch zu beichten, obgleich mancher von ihnen seine Sünden besser polnisch, als deutsch herzusagen könnte.

P.: Wenn es nur darum zu tun ist, so mögen sie noch diese wenigen Worte aus dem Katechismus oder dem Gebetbuch lernen. Und wenn sie es nicht können, so mögen sie diese Worte einfach fortlassen, im Beichtstuhl niederknien, sich bekreuzigen, sagen, wann sie das letzte Mal zur Beichte waren, und sofort die Sünden aufzählen. Nach der letzten Sünde aber mögen sie sagen: „Mehr Sünden kenne ich nicht. Ich bereue sie von Herzen, weil ich Gott durch sie beleidigt habe“. Nach diesen Worten mögen sie schweigen und zuhören, was der Beichtwater sagen wird.

M.: Aber nehmen Sie es mir, Hochwürdiger Vater, nicht übel, wenn ich noch etwas fragen will. Die heilige Beichte ist doch etwas Wichtiges, und jeder fürchtet sich, dabei etwas anders zu tun, als er unterrichtet worden ist. Wäre, wenn diese Anfangs- und Schlußformel der Beichte weggelassen wird, die Beichte dadurch nicht ein Gottesraub?

P.: Mit nichts, lieber Matthias! Als Priester erkläre ich: Wenn ihr nur in der hl. Beichte zerknirschten Herzens alle Sünden bekennet, und zwar so einfach, wie ihr es versteht, so ist eine solche Beichte gut und vor Gott gültig, selbst wenn ihr die Anfangs- und Schlußformel ganz fortließet. Diese Worte kann jeder Priester sowieso auswendig, es besteht also keine Notwendigkeit, sie ihm herzusagen.

M.: Möge Euer Hochwürden der liebe Gott dafür belohnen, daß Sie mich im Kopfe so hell gemacht. Jetzt werden wir schon wissen, wie wir unsere Sprachenrechte zu verteidigen haben. Mit Gott!

P.: Warier, ich habe euch noch etwas zu sagen. Ihr sagt, daß ihr eure polnische Sprache verteidigen werdet. Das lobe ich euch, verteidigt sie stets und auf Schritt und Tritt. Aber eins muß ich dabei als Priester von euch fordern, und zwar folgendes: Ver-

teidigt eure Sprache so, wie es Christen ziemt, d. h. mutig, mannhaft, unbeugsam, aber ohne Verwünschungen und Flüche. Versprecht ihr mir dies?

M.: Selbstverständlich, geistlicher Vater! Sind wir doch Christen, und als solche wollen wir leben und sterben, auch unsere Kinder zu Christen erziehen.

P.: Also gut. Und wenn ihr euch in solchen Angelegenheiten wieder keinen Rat wüßtet, so kommt wieder zu mir.

M.: Es wäre noch viel zu sagen, aber ich habe Euer Hochwürden sowieso schon viel Zeit geraubt. So mir Gott Gesundheit verleih, werde ich ein andermal wieder kommen, wenn Euer Hochwürden es erlauben. Mit Gott!

P.: Mit Gott!

Aus Nr. 14 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 3. Februar 1910:

Aus dem Kreise Oppeln

wird uns geschrieben:

Im Kreise Oppeln verteilen Lehrer schon die von Pfarrer Skowronski verfaßten deutschen Bücher betreffend die Vorbereitung zu den hl. Sakramenten — in der offensichtlichen Absicht, die Geistlichen zur Erteilung des Vorbereitungsunterrichts an polnische Kinder in deutscher Sprache zu nötigen. Bei der Habgier mancher Leute kann es vorkommen, daß sie dieses Geschenk (der Schulinspektoren) als angenehme Ausrede auffassen, um sich eine Ausgabe von 20—30 Pfennig für einen polnischen Katechismus zu ersparen und diesen Katechismus für überflüssig zu erachten. Daß es geschehen kann, daß solche gleichgültige Eltern wie Esau bei Veräußerung seines Erstgeburtsrechts für ein Linsengericht handeln werden, daran zweifle ich gar nicht. Darum warne ich sie und erkläre, daß eine solche Handlungsweise eine freiwillige und leichtsinnige Germanisation ihrer Kinder ist. Diejenigen Eltern, die so handeln, können schon in ihren Särgen einen Platz für polnische Gebetbücher bezeichnen, denn ihre germanisierten Kinder werden sie nicht brauchen und bald deutsche Andachten begehren. Überlegt es euch also, liebe Eltern, solange es Zeit ist, schiebt die Schuld nicht bloß auf die Geistlichen, welche den Religionsunterricht gewöhnlich nur auf euer eigenes Verlangen deutsch erteilen, sondern verlangt den Religionsunterricht zur Vorbereitung für die ersten Sakramente in der Muttersprache; denn das ist eure erste Pflicht und dann erst die Pflicht der Seelsorger, eurem Wunsche zu willfahren. Es ist bekannt, wie schwierig in den gegenwärtigen Zeiten die Lage der Geistlichen ist, zumal wenn die polnischen Eltern ihre Pflichten nicht kennen wollen. Dabei ermuntere ich zur Beteiligung am polnischen Vereinsleben, an polnischen Versammlungen, zur Benützung der polnischen Volksbücherei und aller Quellen, aus denen man Aufklärung schöpfen kann. Abonniert polnische Zeitungen; es sei auch keine Unbequemlichkeit, zur Post zu gehen und euer Blatt zu bestellen! Ihr habt eine Erleichterung durch viele Menschen guten Willens, besonders durch die Zeitungsagenten.

Geistlicher M. N.

Aus Nr. 5 der Praca (Beuthen D.-S.)
vom 1. Februar 1910:

Aus Trockenberg (Sucha Gora) Kr. Tarnowitz.

In Trockenberg ist eine Filiale der Polnischen Berufsvereinigung gegründet worden, und man sah sich nach einem Versammlungsraum sowohl in Trockenberg

als auch in Rudny Piekar um. Offenbar war dies der Polizei und Gendarmerie unbequem, doch veranstalteten wir am Stefansfeste in Rudny Piekar eine Versammlung. An dieser Versammlung nahm auch ein gewisser Thomas Koscielnał teil, der aus Galizien stammt, sich aber hier schon seit 10 Jahren aufhält und Steuern zahlt. Nach dieser Versammlung erschien Gendarm Jadzewski aus Trockenberg bei dem Bauernwirt und Kameraden Szoltysek und fragte ihn aus, was für eine Versammlung dies gewesen war, was in ihr gesprochen worden sei, wer das Lokal vermietet und wer gesprochen habe. Als er erfuhr, daß Kamerad Karuga aus Königshütte gesprochen habe, erschrak er sehr. Der Gendarm fragte, ob in der Versammlung auch Koscielnał gewesen sei. Szoltysek erwiderte, er sei nicht dagewesen, er mache aber seiner Tochter die Cour. Darauf bemerkte der Gendarm: „Wenn ich ihn erwische, muß er Deutschland sofort verlassen; ich war schon bei dem Steiger Krolık in Steinbruch und verbot, ihn zu beschäftigen, er darf sich hier keine Minute aufhalten.“ Bald darauf übergab man dem Koscielnał die Papiere und entließ ihn aus der Arbeit, ohne ihm zu kündigen und für 14 Tage zu bezahlen. Am folgenden Tage erschien der Gendarm beim Koscielnał, und da er ihn noch im Bette liegend antraf, hieß er ihn aufstehen und sich ankleiden. Er führte ihn sofort zu dem Amtsvorsteher Zeuner auf der Friedrichsgrube, denn dort ist die Polizei. Es wurden ihm 1,50 M. ausgehändigt, und dann fuhr der Arme nach Tarnowik. Er konnte sich nicht einmal von den Seinigen verabschieden, obgleich er bald die Tochter des Kameraden Szoltysek heiraten sollte. Am 2. Januar fand ebenfalls eine Versammlung der Polnischen Berufsvereinigung in unserem Lokal zu Trockenberg beim Wirt und Kameraden Michna statt. Die Versammlung war um 4 Uhr anberaumt, der Gendarm aber war schon um 3½ Uhr im Lokal und wartete die Eröffnung der Versammlung ab. Um 4½ Uhr fragte er den Kameraden Karuga, wer er sei, wie er heiße. Darauf wurde auch der Gendarm nach seinem Namen gefragt. Er antwortete, er heiße Jadzewski. Er fragte weiter, ob die Versammlung polizeilich angemeldet worden sei, worauf ihn Kamerad Karuga darauf aufmerksam machte, daß dies eine Versammlung von Vereinsmitgliedern, also eine geschlossene Gesellschaft sei. Der Herr Gendarm fing an in seinem Buche die Paragraphen des Vereinsgesetzes zu lesen. Dann begann aber auch Kamerad Karuga die Paragraphen zu lesen, und diese paßten besser. Nach einstündigem Kampfe gab der Gendarm nach, unter dem Vorbehalt, daß dies eine geschlossene Gesellschaft sei, und er nahm eine Revision vor, ob alle Anwesenden Einladungen haben. Einer hatte keine, er besaß aber ein Quittungsbuch der Polnischen Berufsvereinigung. Dies genügte dem Herrn Gendarmen nicht, und er hieß ihn die Versammlung verlassen.

Nachdem er uns gedroht, daß wir alle bestraft werden würden, entfernte er sich. Es ist zu bemerken, daß der Gendarm jeden Versammlungsbesucher aufschrieb und jeden tags darauf aufsuchte. Dann wurden alle auf die Polizei zur protokolllarischen Vernehmung vorgeladen. Als der Gendarm bei unserem Kassierer Krawczyk vorsprach, forderte er von ihm das Mitgliederverzeichnis, denn er wolle die Mitglieder der Polizei anzeigen, worauf ihm unser Kamerad antwortete, er brauche keinen Vermittler und werde dies selbst besorgen. Darauf begann der Gendarm, ihm mit den Gerichten, dem Landrat zu drohen; der Landrat wünsche das Mitgliederverzeichnis. Es half ihm aber nichts, er mußte unverrichteter Sache dabongehen.

Ein Verfolgter.

Aus Nr. 19 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 25. Januar 1910:

Das Gespenst eines Streiks.

Daß die Berufsorganisationen sicher mit einem Streik rechnen, erhellt aus einem Beschlusse des Zentralvorstands und des Vorstands des Aufsichtsrats der Polnischen Berufsvereinigung. Die obersten Instanzen der polnischen Organisation haben eine Mitteilung veröffentlicht, daß für den bevorstehenden Streik ein außerordentlicher Beitrag erhoben werden wird. Der Beschluß ist vom 1. Februar d. J. ab verbindlich.

Die Korfanty-Blätter geben den Inhalt des von der Polnischen Berufsvereinigung erlassenen Aufrufs wieder und fahren dann fort:

Am schlimmsten sieht es in dieser Beziehung — nämlich hinsichtlich der Lage der Arbeiter in den Hütten-Bergwerken, im Baugewerbe usw. — in Oberschlesien aus. Dort wird die Polnische Berufsvereinigung zuerst entsprechende Schritte tun müssen, um den bedrückten Arbeitern Hilfe zu leisten.

Wer die ganze Lohnbewegung aufmerksam betrachtet, muß zugeben, daß der Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereinigung um das Wohl ihrer Mitglieder und um die Erhaltung unserer polnischen Organisation ebenso bemüht ist, wie die anderen Organisationen.

Indes gehört zur Durchführung eines längeren Kampfes ein großes Kapital. Ohne Mittel kann sich keine Organisation mit den starken Kapitalisten messen. Ohne Kapital ist die Organisation in den Augen der Arbeitgeber eine Null.

Das haben die deutschen Gewerkschaften eingesehen, und sie erheben schon seit längerer Zeit für den zukünftigen Streik außerordentliche Beiträge, und zwar nicht etwa 10 Pf. wöchentlich, wie es die Polnische Berufsvereinigung beschlossen hat, sondern 50 Pf. und sogar 1 Mark wöchentlich, welche die Mitglieder der deutschen Organisationen gegenwärtig zahlen müssen. Es herrscht die Überzeugung, daß sich auch die Mitglieder unserer polnischen Organisation nicht sträuben werden, einen höheren Beitrag zu leisten, sondern jeder wird, dem Beispiel der anderen Arbeiter folgend, diese 10 Pf. gern bezahlen, um seine Kasse zu dem unvermeidlichen Kampfe gut auszurüsten.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 18 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 23. Januar 1910:

Staatsgeheimnis.

Am Mittwoch fand eine gemeinsame Sitzung der Landtags- und Reichstagsfraktion statt, in welcher über die Richtung der polnischen Politik beraten wurde. Heute haben wir schon Sonnabend, und unsere öffentliche Meinung und Presse warten vergebens auf eine Nachricht von unserer Fraktion. Wir sprechen von einer amtlichen Nachricht, wie das für gewöhnlich in solchen Fällen in der polnischen Fraktion in Wien gehandhabt wird, die viermal so viel Abgeordnete aufzuweisen hat wie z. B. die polnische Fraktion des Deutschen Reichstages, und deren Beratungen und Beschlüsse eine weit größere Bedeutung besitzen als die der polnischen Fraktion in Berlin, denn die polnischen Abgeordneten in Wien üben unmittelbaren Einfluß auf die Politik der Regierung und des Wiener Parlaments aus, während die 20 Abgeordneten des Deutschen Reichstages und die 15 Volksvertreter des preußischen Landtages auf die Politik der

Regierung und auf die der sie unterstützenden Mehrheit nicht den geringsten Einfluß haben — ausgenommen den einzigen Fall hinsichtlich der Beseitigung Bülow's.

Weshalb also die Geheimnistuerei, weshalb erweckt man den Anschein, als ob man großes im Schilde hätte, wenn man solches doch nicht kann? Warum sagt man der Volksversammlung nicht: die Fraktionen haben sich zwecks Beratung zusammengeschlossen, sie haben Beratungen gepflogen, die und die Anträge gestellt und die und die Beschlüsse gefaßt u. s. w.?

Wir wissen so manches aus jener Sitzung, wir wissen sogar, daß es aus Anlaß der unmöglichen Ansichten des Pfarrers Kapiga zu sehr scharfen Reibungen gekommen ist; wir veröffentlichen aber das nicht, was wir nebenher erfahren haben, denn wir sind der Meinung, daß die Gesamtheit und die Presse das Recht haben, in solchen Fällen amtliche Mitteilungen von unseren Abgeordnetenfraktionen zu fordern. Es handelt sich übrigens nicht darum, was jemand in jener Sitzung gesagt hat, sondern darum, was schließlich beschlossen worden ist.

Im übrigen ist es heute nicht angebracht, sich in irgend welches Geheimnis zu hüllen, denn kein anderer als Herr Bethmann Hollweg selbst hat uns den Lauf der polnischen Politik so klar vor die Augen geführt, daß sie jeder verstehen kann — auch der einfachste polnische Mann.

Aus Nr. 24 des Postep (Posen)
vom 30. Januar 1910:

Man schreibt uns aus Bochum: **Die Verschmelzung des Polenbundes mit der „Straß“ in Posen**

ist in der am Sonntag, den 23. Januar, von dem „Bund der Polen“ in Bochum im Saale „zum Römer“ abgehaltenen Hauptversammlung erfolgt.

Die Hauptversammlung eröffnete der Vorsitzende des „Bundes der Polen“ Herr Stanislaus Kunz aus Herne mit dem üblichen katholischen Gruß und indem er die Mitglieder und die eingeladenen Abgeordneten Kulerski und Brejski willkommen hieß. Der Abgeordnete Felizhan von Niegolewski (Vorsitzender der „Straß“) entschuldigte sich telegraphisch und bat innigst, die Verschmelzung möge erfolgen.

Zum Leiter wurde Herr Krzyzaniak aus Herne und zum Schriftführer Herr Michael Kwiattowski aus Herne, Redakteur und Verleger des Narodowiec, gewählt.

Herr Stanislaus Kunz, Vorsitzender des „Bundes der Polen“ erstattete über seine bisherige Tätigkeit und über die Hauptversammlung der Delegierten der Straßvereine in Posen, in welcher Herr Kunz den „Bund der Polen“ vertrat, den Rechenschaftsbericht. Sodann stellte er fest, die Organisationsarbeit des „Bundes der Polen“ sei schwierig, weil manche Leute gegen den „Bund der Polen“ arbeiteten; er bitte daher die Hauptversammlung innigst, sich dem Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrats, die mit Stimmenmehrheit beschlossen hätten, den „Bund der Polen“ mit der „Straß“ zu verschmelzen, anzuschließen.

Abgeordneter Brejski zählt in seiner Rede die Verdienste auf, die der „Bund der Polen“ während seines 16 jährigen Bestehens zu verzeichnen habe und zum Schluß muntert auch er zur Verschmelzung mit der „Straß“ auf, denn die „Straß“ sei heute „anders“ als früher.

Herr Michael Kwiattowski führte in seiner Rede die Gründe an, die den Vorstand und den Aufsichtsrat

bewogen haben, den „Bund der Polen“ mit der „Straß“ in Posen zu verschmelzen.

Er las den Antrag des Vorstandes und des Rates hinsichtlich der Verschmelzung vor.

20 Redner ergriffen in dieser sachlichen Diskussion das Wort und alle waren, mit Ausnahme von dreien, für die Verschmelzung. Somit wurde der Antrag mit 19 gegen 7 Stimmen angenommen; einige haben sich der Abstimmung enthalten. Außer dem Abgeordneten Brejski, der an den Beratungen lebhaften Anteil nahm, sprach auch der Abgeordnete Viktor Kulerski.

Während der Beratungen sind Stimmen laut geworden, daß diejenigen, welche vor 16 Jahren den „Bund der Polen“ gegründet hätten, ihn jetzt mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln boykottierten, indem sie ihm gegenüber Volksbildungsvereine (Dziwiata) u. a. m. gründeten.

Der Gründer des „Bundes der Polen“ gab zu, daß man einige Volksbildungsvereine (Dziwiata) gegründet hätte, weil man den „Bund der Polen“, an dessen Spitze eine Person gestanden habe, die sich von einer fremden Partei habe bestechen lassen, nicht habe unterstützen können.

Mit Recht erwiderte diesem Herrn Herr Kwiattowski, die Versammlung sei nicht der Ort, um solche Sachen zu erörtern, und er könnte etwas sagen, was auch die Gegner nicht gern hören würden.

Sodann stellt Herr Kwiattowski den Antrag, einen Bezirk für Westfalen und die Rheinprovinz zu bilden, und er führt zur Begründung an, der Vorstand und der Haupttrat der „Straß“ seien damit vollkommen einverstanden. Der Abgeordnete Brejski will sich unter keinen Umständen mit der Schaffung eines Bezirks einverstanden erklären; er fordert die Bildung mehrerer Bezirke. Einige Redner erklären, erst müsse man einen, und aus diesem könne man weitere Bezirke bilden; allein umsonst.

Schließlich wurde abgestimmt und Herr Michael Kwiattowski trug den Sieg davon. Die Mehrheit war für die Bildung eines Bezirks, wozu Herr Stanislaus Kunz bemerkte, neue Bezirke würden sich je nach Bedarf bilden.

Man beschloß, den bisherigen Vorstand mit der Bildung des Bezirks und mit der Einberufung einer Hauptversammlung von Delegierten jener Vereine zu betrauen, die zum Bezirk gehören.

Der „Bund der Polen“ tritt ab und vereinigt sich als ein Ganzes mit der „Straß“ in Posen; das Kapital im Betrage von 1000 Mark überweist er der kulturellen Sektion der „Straß“ in Posen. Aus diesen Gründen ist die Forderung, die einzelnen Vereine hätten sich unmittelbar in Posen anzumelden, irrig und direkt verwirrend. Wir vereinigen uns mit der „Straß“, allein zur besseren Organisation ist es unbedingt notwendig, daß die hiesige Bezirksabteilung im Sinne der Anordnungen des Hauptvorstandes und des Rates der „Straß“ handelt. Die selbstständigen politischen Vereine, wie der Volksbildungsverein (Dziwiata) und andere sollten sich beim derzeitigen Vorstand anmelden.

Diesen Auftrag erhielt auf Antrag des Abgeordneten Brejski der gegenwärtige Vorstand, und wahrscheinlich wird ihn der Vorstand und der Rat der „Straß“ in Posen bestätigen.

Die Versammlung, die von 2 bis 7 Uhr abends gedauert hat, schloß der Herr Vorsitzende mit den Worten: „Aufgepaßt.“

Die Versammlung hatte den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft. Von fast 300 eingeladenen Mitgliedern sind etwa 60 erschienen. Es ist möglich daß sich nun unsere politisch-volksbildende Organisation

wie sie die „Straß“ ist, heben wird. Wir haben das Eis durchbrochen und dem Hakatismus gezeigt, was Einigkeit vermag, zeigen wir jetzt, was Liebe und nationale Solidarität erreichen können.

Aus Nr. 23 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Januar 1910:

Der vergiftete Geist.

Recht hat der Dichter, wenn er sagt, daß der vergiftete Geist der Schmerz der Schmerzen sei! Der vergiftete Geist offenbart sich auf verschiedene Weise. Wir weisen heute auf eins hin, über das uns ein gewisser junger Landsmann mit Entrüstung berichtet.

Die in Vereinen organisierten Polen beteiligen sich am Aufzuge während eines preußischen Jubels, weil ihnen die Polizei dafür gestattet, ein Vergnügen zu veranstalten, ohne dafür die übliche Steuer, die, so viel ich weiß, 30 Mark beträgt, zu entrichten.

Wegen 30 Mark also gehen diese Leute zu den preußischen Jubeln, heute, wo man uns den Mund gefnebelt hat. Ein solches Verfahren beweist, daß der selbst der Geist vergiftet ist. Am erfolgreichsten werden die Preußen den vergifteten Geist selbst gesund machen, wenn sie damit anfangen werden, den Vereinen Schwierigkeiten zu bereiten.

Aus Nr. 21 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Januar 1910:

Der Vorsitzende der „Straß“, Abgeordneter Herr Dr. v. Niegolewski aus Posen, beabsichtigt, wie uns mitgeteilt wird, nach Westfalen und dem Rheinland zu reisen, um möglichst alle Filialen des Polenbundes und andere Vereine, die sich der „Straß“ anschließen, zu besuchen und sich mit der Organisation der Kreisvorstände gemäß den Satzungen der „Straß“ zu befassen.

Der Abgeordnete Dr. v. Niegolewski wird wenigstens eine Woche im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verweilen. Infolge anderer wichtiger Beschäftigungen konnte er an der Zusammenkunft nicht teilnehmen.

Aus Nr. 14 des Narodowiec (Herne)
vom 1. Februar 1910:

Ein polnischer Abgeordneter gegen die Satzungen des Zentralwahlkomitees.

Das polnische Wahlkomitee in Mülheim bei Köln hat ein Mitglied der polnischen Fraktion gebeten, auf einer Wählerversammlung zu sprechen. Namens der polnischen Fraktion antwortete der Fraktionsführer Herr Roman v. Santa-Polczynski, daß die Fraktion in diesem Falle niemand habe delegieren können. In dem Schreiben des Herrn v. Santa-Polczynski befindet sich u. a. auch folgender Satz:

„Ich muß auch bemerken, daß nach den eingezogenen Informationen Ihr Wahlkreis den Liberalen zufällt, wenn Sie nicht entsprechend dem Auftrag des Zentralwahlkomitees im ersten Wahlgang die von der Zentrumsparterie empfohlene Kandidatur unterstützen wollen.“

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß von einem solchen Auftrag des Zentralwahlkomitees weder das polnische Wahlkomitee noch jemand anders was weiß.

Im Mülheimer Kreise hat vor drei Jahren der Zentrumskandidat gleich im ersten Wahlgang gesiegt. Wenn heute die Zentrumsparterie infolge der Verschließung der neuen Steuern schlechtere Aussichten hat, dann wird es nach einfacher Berechnung zwischen dem Liberalen sowie Sozialdemokraten einerseits und dem Zentrumsparterter andererseits zur Stichwahl kommen.

Abgesehen davon, besagen die Satzungen des Zentralwahlkomitees, nach denen sich auch das Zentralwahlkomitee selbst richten muß, aber ausdrücklich, daß wir im ersten Wahlgang unbedingt für einen polnischen Kandidaten stimmen sollen.

Alle Parteien verfahren so, und Herr v. Santa-Polczynski hat jedoch, obwohl er die Zentrumsparterter so lieb gewonnen hat, in seinem Wahlkreis niemals Gnade in den Augen der Zentrumsparterter gefunden. Herrn v. Santa-Polczynski müßte die Tatsache bekannt sein, daß im Wahlkreis Neustadt-Buzig-Karlsruhe, den er vertritt, die Zentrumsparterter immer einen eigenen Kandidaten in der Person des Dr. Spahn gehabt haben. Wir meinen, daß es wohl überflüssig ist, zu konstatieren, daß wir Polen in unserem eigenen Interesse ebenso vorgehen müssen. Je selbständiger unsere Stellungnahme ist, um so mehr Achtung gewinnen wir den Fremden ab, und wir ziehen daraus einen Nutzen, denn erst dann rechnet man mit uns und mit unseren Forderungen.

Aus all diesen Gründen haben die Polen im Wahlkreis Mülheim beschloffen, im ersten Wahlgang für den nationalen Kandidaten zu stimmen und erst bei den Stichwahlen den Zentrumsparterter zu unterstützen.

Aus Nr. 14 des Narodowiec (Herne)
vom 1. Februar 1910:

Der Besuch polnischer Abgeordneter in der Fremde.

Wie wir erfahren, wird der Abgeordnete Korfanty am Mittwoch nach Herne kommen, um auf Einladung in der Versammlung der hiesigen Filiale der polnischen Berufsvereinigung zu sprechen. In nächster Zeit soll auch der Vorsitzende der „Straß“, Abgeordneter Dr. von Niegolewski, der Fremde einen Besuch abstatten, um sich über den Stand unserer politischen Organisation zu informieren. Wir begrüßen die Ankunft der beiden Abgeordneten mit aufrichtiger Freude und wünschen, daß unsere Abgeordneten und andere Politiker öfter die Fremde besuchen möchten, denn dann würde vielleicht manches getan werden können, was dem Lande und dem Auswandertum zum Nutzen gereichen würde.

Aus Nr. 26 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 2. Februar 1910:

„Keine Illusionen“

überschreibt sich ein Artikel des Dziennik Berliński, der sich mit der Rede des Reichskanzlers in der Kattowitzer Angelegenheit befaßt, und in dem es u. a. heißt:

Man müßte von einer unheilbaren Blindheit befallen sein, wenn man nicht sehen wollte, wohin die Politik des preußischen Systems eigentlich strebt, ohne Rücksicht darauf, ob sie, wie zur Zeit der Regierung Friedrich Wilhelms IV. und der Kanzlerschaft des Grafen Caprivi, wo die polnischen Abgeordneten in augenblicklicher Verblendung für das deutsche Heer und

für die deutsche Marine mehr bewilligt haben als die Deutschen selbst, die Zügel nachläßt, oder aber, ob sie im Kürassierstiefel auftritt und ewig eine gegen uns gerichtete drohende Faust hat. Die preußische Staatsnotwendigkeit will erst dann mit uns menschlich reden, wenn sie aus unserer Brust das polnische Herz und aus diesem Herzen die Liebe zur eigenen Sprache sowie zum polnischen Ideal und zu allem, wodurch wir uns von den Deutschen unterscheiden und was unser besonderes polnisches Wesen bildet, herausgerissen haben wird. Die Konsequenz aus dieser Politik des preußischen Systems hat auch in sehr berechtigter Weise einer unserer ehrenhaftesten und am wärmsten fühlenden Politiker, der Abgeordnete Stychel gezogen, als er vor kurzem gesagt hat, daß man uns nicht als Veröhnungsparteiler oder Radikale verfolgt, sondern als Polen überhaupt. Gnadenbeweise läßt man uns erst dann zukommen, wenn wir den polnischen Namen verleugnen und uns in Deutsche verwandeln.

Sie strafen uns nicht für antipolnische Taten, denn solche gibt es bei uns nicht. Nein, sie strafen uns für unsere Gedanken, für unsere niemanden schädigende Gefühle. Die Polen machen zwar keinen Aufstand, sie wollen sogar diesen Gedanken nicht in die Tat umsetzen, aber weil sie überhaupt von einer besseren Zukunft ihres Vaterlandes träumen, schon das allein genügt zur Rechtfertigung für das Schmieden der gegen uns gerichteten Ausnahmegeetze.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 13 der „Gazeta Robotnicza“ (Kattowitz)
vom 1. Februar 1910:

Der Streik der polnischen Kinder.

Das Krakauer „Pravo ludu“ schreibt:

Denkwürdig in ganz Polen ist der Streik der polnischen Kinder gegen den Religionsunterricht in deutscher Sprache im Posenschen. Für die Muttersprache trat einzig die polnische arbeitende Klasse ein. Die polnische Bourgeoisie und die Geistlichen verhielten sich den Angriffen der Junger gegenüber schmachvoll. In dem Königreiche Polen, unter der Knute des Hängezaren tobt der Boykott der russifizatorischen Schulen. Jetzt ist in dem einzigen Anteile, dessen Gesetze grundsätzlich die Entwicklung der Kultur und der Nationalsprache garantieren, in dessen Ministerrate zwei Polen sitzen, ein Streik der polnischen Kinder zum Zwecke der Verteidigung ihrer Muttersprache ausgebrochen. Diese Kinder sind Kinder der polnischen Arbeiterklasse, die mit ihrem Schweiß und Blute die Reichtümer der deutschen Kohlenbarone in den schlesischen Kohlengruben geschaffen haben.

Der Streik hat die polnischen Schulen in Polnisch-Ostrow und in Michalkowice ergriffen. Ein trauriges Zeugnis stellt dieser Streik fürwahr der Politik der „demokratischen“ Fraktion aus, die es nicht einmal versteht, nationale Rechte zu erkämpfen. Es ist dies noch ein Beweis dafür, daß die arbeitende Klasse nicht einmal in wirklich rein nationalen Angelegenheiten auf die Hilfe der patentierten Verteidiger des Polentums rechnen kann (nur vor den Wahlen). Wer soll die arbeitende Klasse gegen die nationale Bedrückung schützen? Vielleicht der schlesische Abgeordnete Halsar, ein Halbdeutscher, oder der „Nationalist“ Michajda, oder der Betrüger Stohandel, oder der Rubelnehmer Stojalowski, oder der Abenteurer Dobija, diese „wahren Verteidiger“ des Polentums, diese Säulen der polnischen Fraktion? Nein! Einzig die arbeitende Klasse ist die Kämpferin für die nationalen Rechte.

Der Streik der polnischen Kinder, den die arbeitende Klasse einstimmig beschlossen hat, bildet das erste Flammenzeichen der Kämpfe, die sie führen wird, um die Landtags- und Gemeindeprivilegien zu erstürmen, die heute die Ursache der nationalen Schädigungen sind. Diesen Streik haben die „tschechischen Brüder“ hervorgerufen, die unlängst zusammen mit dem russischen schwarzen Hundert auf der „neoslavischen Konferenz“ in Prag der polnischen Bourgeoisie die Hand gedrückt haben. Unlängst hat auch die Krakauer Bourgeoisie, indem sie mit den Arbeitergroßten verschwenderisch umging, die „tschechischen Gäste“ prunkvoll aufgenommen. Auf den Erfolg dieser neoslavischen Konferenzen und Festessen haben wir nicht lange warten brauchen. Das Projekt der Loslösung des Landes Chelm vom Königreiche Polen ist ein Geschenk der russischen Neoslawen; die Ursache des Streiks der polnischen Schulkinder, d. h. die Verweigerung des Geldes für die polnischen Schulen seitens der tschechischen Gemeinden in Polnisch-Ostrow und Michalkowice — ist ein Geschenk der „tschechischen Brüder“.

Auf welche Art haben die Tschechen in den Gemeindeausschüssen die Majorität erhalten? Das reaktionäre Wahlrecht zum Gemeinderate, das Kreise des Kapitals und der Intelligenz geschaffen hat, überliefert den Gemeinderat den Händen des Kapitals und der „Kohlen-Intelligenz“. Die polnischen Arbeiter, die den Kohlenbaronen und Ingenieuren Reichtümer schaffen, haben keine Stimme, haben keinen Einfluß auf den Gemeinderat, die Schmiede der Schulpolitik. Hunderttausende von Kronen für die tschechischen und deutschen Schulen und keinen Heller für die polnischen Schulen, das ist die Schulpolitik von Polnisch-Ostrow, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Polen besteht. Die Lösung der Schulfrage nicht nur der nationalen Minderheit, sondern auch der Schulen der nationalen Mehrheit kann nur durch die Er kämpfung des Stimmrechts für den Gemeinderat erfolgen. Auch das nationale Kataster muß dem angepaßt werden. Heute gehört das Schulwesen den Landtagen und Gemeinderäten. Die Erstürmung der Privilegien des schlesischen Landtages und der Gemeindeprivilegien muß die Hauptaufgabe der arbeitenden Klasse sein. Der gegenwärtige Schulstreik in Polnisch-Ostrow und in Michalkowice ist nur das Zeichen zum weiteren Kampfe.

Der Streik hat am 17. Januar begonnen; am 19. Januar fanden in Polnisch-Ostrow zahlreiche Versammlungen der polnischen Eltern statt, in welchen nach einem Referate des Genossen Jarosß beschlossen wurde, im Streike zu verharren. Auch in Michalkowice fand am 20. Januar eine Massenversammlung statt, in welcher nach einem Referate des Genossen Dr. Seidel beschlossen wurde, den Streik bis zum erfolgten Siege durchzuführen. In den nächsten Tagen soll der Streik in anderen Orten des Ostrower Bezirks ausbrechen, und zwar in Dziecmorowice, Herzmanice, Radwanice, Male Konieczne usw. Der Kampf der Kinder wird für die polnische arbeitende Klasse der Schild sein, an welchem die Macht der tschechischen „Brüder“ zerschellen wird. Die arbeitende Klasse, die geduldig auf eine gesetzliche Regelung der Schulfrage gewartet hat, wird alle Mittel anwenden, um eine Aufklärung für die arbeitende Klasse zu erringen — die Volksaufklärung.

Aus Nr. 25 des Naprzód (Kraſau)

vom 1. Februar 1910:

Der Jahrestag von Grunwald.

Der Vorstand der polnischen sozialdemokratischen Partei hat in der Sitzung vom 29. Januar nachstehende Resolution angenommen:

„Wir empfehlen den organisierten Genossen, sich an der Feier des 500. Jahrestages der Schlacht bei Grunwald zu beteiligen, um hierdurch dem Protest gegen die Politik des preussischen Staates Ausdruck zu verleihen, das mit Hilfe des Militarismus, der Bureaucratie, der Privilegien des Adels und der Industriearbeiter Millionen von Menschen bedrückt, unterjocht Nationen ihre Nationalität raubt, der polnischen Nation abscheuliches Unrecht antut, ihr in der Schule, bei den Behörden, im öffentlichen Leben die Muttersprache raubt. Wir sehen dieses preussische Staatssystem als den Feind der Freiheit der Völker Europas an und als das wichtigste Hindernis für die Entwicklung des polnischen Volkes im preussischen Anteil, besonders aber der polnischen arbeitenden Klasse, die mit der Last der sozialen Ausbeutung beladen, die nationale und politische Bedrückung doppelt schmerzlich empfindet. Der polnische Arbeiter wird in Preußen auch am schwersten verfolgt.

Wir warnen auch gleichzeitig die breiten Volksmassen davor, sich während der Grunwaldfeiern von politischen Schwindlern verlocken zu lassen, die bei dieser Gelegenheit den Polen Rußland, die russische Regierung und die „slawische Solidarität“ unter dem Protektorate des russischen Zaren warm empfehlen wollen. Der zarische Panlawismus ist nämlich der leibliche Bruder des preussischen Systems. Beide sind Feinde der Völker und Nationen!“

Unsere Genossen wissen also, wie sie sich bei der Grunwaldfeier zu verhalten haben, und ihre Haltung wird in der sozialistischen Welt verstanden und anerkannt werden. Das heutige Preußen lastet auf der Politik Mitteleuropas und mittelbar auf der Politik der ganzen Welt wie ein Alp. Vom Kopf bis zu den Füßen gerüstet, seit Jahrhunderten mit dem Zarat befreundet, ist es die Stütze der Weltreaktion. Ganz anders würde die freiheitliche und die soziale Bewegung aussehen, wenn man dies Regierungssystem in freiheitlicher Rüstung verändern könnte. Von der preussischen Last befreit, würde Deutschland ein freiheitliches Land sein, Millionen von deutschen Sozialisten könnten auf das politische und soziale Leben Europas einen entscheidenden Einfluß ausüben.

Heute steht dem das preussische System in erster Linie im Wege.

Die Warnung des Parteivorstandes vor den panslawistischen Betrugern erklärt sich von selbst. Aus dem Protest gegen das Preußentum ein Liebäugeln mit dem Zarat zu machen, das ist eine politische Dummheit und eine selbstmörderische Politik. Wer in Polen bewußt diese Politik betreiben wollte, der würde auf unsern Protest stoßen.

Wir werden unsere Rechte gegen jeden verteidigen, der sie uns nehmen will.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 24 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 17. Januar 1910:

Was soll daraus werden?

Der Dziennik Poznański bringt auf der ersten Seite seiner gestrigen Ausgabe in gesperrtem Druck die folgende Nachricht:

„Aus Berlin wird uns mitgeteilt, daß am 18. d. Mts. eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Fraktionen, d. i. der Reichs- und der Landtagsfraktion, stattfinden wird. In dieser Sitzung sollen wichtige Angelegenheiten erörtert werden, unter anderem die Frage des Verhältnisses der polnischen Gesellschaft zum preussischen Staate.“

Was soll das bedeuten, was kündigt diese Nachricht an? Wir würden ihr keine größere Bedeutung beimessen, wenn nicht der Umstand wäre, daß gerade jetzt in den preussischen Landesteilen erneut in beunruhigender Weise die unsinnigsten Versöhnungsströmungen immer kühner in die Erscheinung träten, und wenn man sich nicht unter der Losung „positiver Arbeit“ bemühte, eine Politik zu schaffen, die auf Kosten der Aufrichtigkeit nationaler Gefühle die Gnade des Feindes erkaufen wollte. Angesichts dieser Strömungen muß die obige Nachricht eine größere Aufmerksamkeit auf sich lenken und in Verbindung mit anderen sehr ungünstigen Nachrichten aus Posen ernste Befürchtungen hervorrufen.

Worüber sollen eigentlich die beiden vereinigten Fraktionen in Berlin beraten? Hat denn das Verhältnis der polnischen Gesellschaft zu der preussischen Regierung in letzter Zeit irgendwelche und sei es die geringste Veränderung erfahren? Keineswegs. Hierin hat sich nichts, absolut nichts geändert, das Verhältnis ist daselbe, wie es seit vielen Jahren, eigentlich schon seit der Teilung Polens gewesen ist, das Verhältnis eines nationalen, von der übrigen Nation gewaltsam losgerissenen, auf jedem Gebiete und auf Schritt und Tritt mit geradezu ausgesuchter Brutalität und Grausamkeit getriebenen und bedrückten Bruchstücks — zu dem diesen Druck ausübenden Bedrucker. Sowar das Verhältnis immer, selbst unter der Ära Caprivi, so ist es auch heute noch. Es legt der dortigen Gesellschaft nur eine einzige Pflicht auf, es schreibt ihr nur eine Politik vor, nämlich die der energischsten und ausdauerndsten Verteidigung ihrer nationalen Eigenarten und ihres ganzen nationalen Besitzstandes, also des Grundes und Bodens, der Sprache, der nationalen Kultur, vor allem aber der Aufrichtigkeit und Reinheit des Nationalgefühls.

In diesem Kampfe kann es weder Heuchelei noch Wallenrodismus geben; er muß offen und voll männlichen und bürgerlichen Mutes sein, widrigenfalls er, gefährlich nicht für den Feind, sondern lediglich für die dortige polnische Gesellschaft selbst sein wird. Mit offenem Bistier kämpfend, haben wir in den preussischen Landesteilen trotz zahlreicher durch die ursprüngliche Ratlosigkeit verursachter Verluste gerade in den letzten Jahren geradezu glänzende Erfolge erzielt, wir haben insbesondere das erreicht, was es in dieser Hinsicht anderswo noch nicht gibt: wir haben das ganze polnische Volk nationalisiert und verbürgerlicht. Jede Abweichung von diesem Wege muß diese Erfolge vermindern oder überhaupt vernichten, muß in dem Herzen des Volkes Gegensätze und Mißtöne hervorrufen, die die ehrliche Arbeit mehrerer Geschlechter zunichte machen, die ganze Zukunft wieder verdunkeln können. Die polnische Gesellschaft, die so viel geduldet, so viele Kämpfe geführt, so viele Schläge abgewendet hat, darf sich nicht vor dem Feinde demütigen, darf nicht betteln und durch Zugeständnisse sich Gnade und Barmherzigkeit erkaufen, die, wie seine ganze Politik, nur neue Perfidie und neuer Verrat sein wird, sie darf sich nicht erniedrigen — selbst nicht unter der drohenden Gefahr der Enteignung! Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, unsere Warnungsstimme zu erheben: möge in dem Jubiläumsjahre der Schlacht bei

Grunwald, dieser mächtigsten Nationaltat, der preußische Anteil nicht vergessen, was er der Nationalwürde und den Nationalpflichten schuldig ist!

Aus Nr. 30 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 20. Januar 1910:

Ohne Gegenseitigkeit.

Wir wissen bis jetzt noch nicht, ob wirklich die für gestern einberufene gemeinschaftliche Sitzung der beiden polnischen Fraktionen stattgefunden hat, in der über das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu der preußischen Regierung — und unter diesem Titel über die Frage der neuen Versöhnungspolitik — beraten werden sollte, doch scheint es, wenigstens müßte es sogar für die Urheber dieser Politik klar sein, daß nach den gestrigen Verhandlungen im preußischen Landtage derartige Beratungen bereits vollständig gegenstands- und zwecklos sein würden. Die gestrige Debatte über die Rattowitzer Angelegenheit dürfte alle Täuschungen, sogar die der unverbesserlichsten Anhänger jeglicher Versöhnungsgelüste von polnischer Seite Preußen gegenüber, vollends beseitigt haben.

Injoweit noch nach den gestrigen Reichstagsverhandlungen die Herren Napieralski und v. Dziembowski nicht nur sich selbst, sondern auch andere darüber täuschen konnten, daß die Abfertigung, die sie damals aus dem Munde der deutschen Staatssekretäre erfuhren, keine rückhaltlose Billigung des neuen Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg finde, der sich damals an den Reichstagsverhandlungen nicht beteiligte, ist auch diese ihre letzte Täuschung, diese letzte Hoffnung gestern vollständig vernichtet worden.

Der neue Reichskanzler hat nämlich gestern selbst in der Angelegenheit das Wort ergriffen, und obwohl er im ersten Teil seiner Rede das gegenwärtige antipolnische Regierungssystem gewissermaßen durch den Willen und durch das Verlangen der Mehrheit des preußischen Landtages und der deutschen Nation deckte, so hat er im zweiten Teile schon entschieden erklärt, daß jede opportunistische Regierungspolitik den Polen gegenüber für Preußen verhängnisvoll sein würde, daß die Staatsregierung also niemals diese Bahnen beschreiten werde. Seine Rede unterschied sich von derartigen Auslassungen Bismarcks und Bülow's lediglich durch die Form: der „Reichskanzler-Philosoph“, wie er in Deutschland genannt wird, schlug in seiner Rede nicht den brutalen Ton des „vae victis“ an, der in den Reden seines Vorgängers so laut zum Ausdruck kam, ließ aber sonst hinsichtlich der ferneren Richtung der preußischen Politik den Polen gegenüber keine Zweifel weiter aufkommen. Aus seiner Rede ging mit geradezu preußischer Konsequenz hervor, daß die preußische Regierung ihr Verhältnis den Polen gegenüber nicht ändern werde, daß sie jegliche Versöhnlichkeit von deren Seite verwerfe.

Angeichts dessen haben auch die polnischen Fraktionen in Berlin nicht die geringste Veranlassung, über die Änderung des Verhältnisses der polnischen Bevölkerung zu der preußischen Regierung zu verhandeln; sie müssen sich sagen, daß sie die bisherige Verteidigungsaktion dieser Bevölkerung nicht ändern dürfen. Sie dürfe es nicht tun nicht nur aus Rücksicht auf das Lebensinteresse der polnischen Gesellschaft, sondern auch aus Rücksicht auf das Allgemeinwohl und die Würde der polnischen Gesamtion.

Das Programm des Abgeordneten Napieralski, der die polnische Nationalität mit der preußischen Staatszugehörigkeit verbinden und eine besondere polnisch-preußische Politik in Berlin und in den preußischen

Landesteilen schaffen will, widerspricht dem kardinalsten Grundsatz unserer nationalen Existenz, unserer nationalen Unteilbarkeit und der völligen Einheitlichkeit der nationalen Interessen der polnischen Allgemeinheit. Dieser Grundsatz gestattet unter keinen Umständen, daß die einzelnen annektierten Landesteile partikularistische, ausschließlich ihrer eigenen ausdrücklichen Lage und nicht der Würde und den Interessen der ganzen Nation Rechnung tragende Politik betreiben. Ein derartiger Partikularismus müßte namentlich notgedrungen die Zusammengehörigkeit der drei Teile Polens schwächen, drei besondere Gesellschaften und Organismen schaffen, die nur locker durch gemeinsame nationale und geistige Kultur verbunden wären. Und es war gut, daß gerade der deutsche Reichskanzler, der höchste Würdenträger einer Teilungsmacht, die Posener Versöhner an den Hauptgrundsatz und an die Hauptgrundlage unserer nationalen Macht erinnerte, indem er mit Nachdruck in seiner Rede hervorhob, daß die Gemeinschaftlichkeit der nationalen Ideale und deren engste Einheitlichkeit den Polen eine große Tatkraft sichern.

Kleine Ursachen ziehen oft große Wirkungen nach sich. Es scheint, daß hinsichtlich der Politik der polnischen Gesellschaft in Preußen die Rolle einer derartigen kleinen Ursache die Rattowitzer Angelegenheit spielen wird. Sie zeigten voll und ganz das Trügerische jeglicher Versöhnungsutopien und führt wieder die dortige polnische Gesellschaft auf den einzigen nationalen Weg, der nationalen Verteidigung, zurück.

Aus Nr. 8 u. 9 der Ukrainischen Rundschau (Wien)
vom 31. Januar 1910:

Die neuesten Vorschläge zur Vernichtung der Ruthenen.

In F. J. Jekels Buch „Polens Staatsveränderungen“ Wien 1803, wurde zum erstenmale der breiten Öffentlichkeit ein im Jahre 1717 im polnischen Reichstage eingebrachtes und den Warschauer Alten einverleibtes „Projekt“ bekanntgegeben, worin im Interesse der „am meisten durch die Verschiedenheit des Ritus gestörten Integrität und Sicherheit des Staates“ Mittel zu erfolgreicher Bekämpfung der ruthenischen Nationalität vorgeschlagen werden. Dieser Vorschlag gipfelt in der Feststellung „der Pflicht der Reichstände, wie auch jedes einzelnen Polen, zur Erhaltung und Sicherstellung des Vaterlandes dahinzuwirken, daß der dem lateinischen entgegenstehende griechische Ritus durch Verachtung, Verfolgung, Bedrückung der Befenner dieses Ritus und durch die wirksamsten Mittel nach Tunlichkeit unterdrückt werde.“ In den dreizehn Paragraphen des Vorschlages werden diese Mittel eingehend besprochen. So „sollten die vermöglicheren Staatsbürger die Ruthenen zu keinen Dienstleistungen, vorzüglich aber zu solchen nicht aufnehmen, wo sie eine Bildung erlangen könnten; auf diese Art werden dieselben in Unwissenheit verbleiben, in die größte Armut geraten und in diesem Elende zugrunde gehen“ (§ 2). — „Da sich noch in Städten und Märkten des Ruthenenlandes ein bedeutender Teil vermöglicher Ruthenen befindet, so müssen auch diese in Unwissenheit und Armut gestürzt werden, damit sich dieselben weder mit Geld Hilfe zu verschaffen, noch durch Kenntnisse und Bildung Rat zu geben im Stande wären“ (§ 4). — „Auch muß darauf vorzüglich Rücksicht genommen werden, daß alle Ausfertigungen nach dem Magdeburgischen Gesetze und alle Erlässe nur in der polnischen und nie in der ruthenischen Sprache ergehen, wodurch auch die bedeutenderen Ruthenen verwildern und in den Städten keine Macht und kein Ansehen haben werden“ (§ 4). — „Die Geistlichen sind

gegenwärtig die größten Ignoranten, durchaus ungebildet, unerfahren, und wenn sie in diesem Zustande für immer verbleiben, so wird dieses unseren Zweck nicht nur nicht behindern, sondern zur erfolgreichen Durchführung unseres Projektes förderlich sein.“ — „Zur Erhaltung derselben in der uns unerlässlich nötigen gänzlichen Finsternis erachte ich als wirksamstes Mittel die Armut.“ Es wird hier ferner ausgeführt, auf welche Weise dies am ehesten erreicht werden kann. So u. a.: „Wenn irgendwo alte Fundamente bestehen, so können in solchen Fällen von den Geweihten die Patronatsherren bei Erteilung der Präsente ohne Skrupel Geld annehmen, angeblich für die Präsente, damit kein Verkauf der Gott geweihten Sachen stattfindet, wirklich aber in der Absicht, damit das Pfäfflein gleich im Anfange in Not gerate und es ihm unmöglich werde, für sich abergläubische und schismatische Bücher anzukaufen. — So haben unsere, unsterblichen Ruhmes würdigen Vorfahren, die alten Polen getan“ (§ 7). — „Die Familienglieder der Pfaffen müssen ganz der grundherrlichen Obrigkeit unterzogen und für die kleinste Übertretung oder Unfolgsamkeit, um sie ganz herabzuwürdigen, strenge gestraft werden“ (§ 8). — In der Folge wird der Zwang zur Anstellung unverheirateter Priester empfohlen. „Denn wenn die Pfaffen im ledigen Stande absterben, so muß ein Mangel ihrer Nachfolger eintreten. Man wird den Bauernsöhnen die Ausbildung nicht gestatten, Söhne der Pfaffen werden nicht mehr da sein — es gibt nur wenige ruthenische Adelige, und meistens ungebildete — und wir werden dann in der Lage sein, unsere römischen Geistlichen aufzustellen, und das ist, was wir benötigen“ (§ 9). — „Am meisten hartnäckig sind die ihrer Schrift kundigen Ruthenen aus dem Volke und erhalten auch die übrigen in dieser Hartnäckigkeit. Wird man die Ursache dieser Beharrlichkeit beseitigen, so muß auch die Hartnäckigkeit weichen. In dieser Beziehung können wir Polen uns leicht helfen. Wir müssen den in Pfarrschulen bei den ruthenischen Kirchen bestehenden Unterricht der Pfarrkinder verbieten, wodurch wir nicht nur den obenbezeichneten Vorteil erzielen, sondern auch auf diese Art von uns den Schaden abwenden, den wir an unseren Untertanen erleiden, da ein in solcher Bauernschule gebildeter Bauer seinen eigenen Grundherrn gewöhnlich verläßt, sich in weite Gegenden flüchtet und daselbst die Freiheit sucht. Es sollen demnach die Ökonomen und Güterverwalter in ihren Instruktionen die Weisung erhalten, darüber strenge zu wachen, daß die Kinder der Untertanen nicht an Bücher, sondern an den Pflug, Schaufel, Hacke und Dreschflegel gewöhnt werden“ (§ 10). „Um die Ruthenen seinerzeit desto leichter zu verdammten, sollten alle in ihren Gebräuchen vorkommenden Ungeziemlichkeiten, beleidigende Ausbrüche und Vorgänge gegen die römische Kirche, skandalöse Geschichten der Pfaffen, an denen es bei ihrer so großen Anzahl nicht fehlen kann, in ein Verzeichnis eingetragen werden, wodurch man bei endlicher Realisierung dieses Vorschlages in den Stand gesetzt sein würde, der Welt die gegründete Ursache dieses Verfahrens der Polen darzutun. — Im Falle es an wirklichen Beschuldigungen fehlen sollte — was aber nicht denkbar ist — da es an derlei Anlässen selbst bei dem gebildeten und besten Volke nicht gebricht, so wird es zur Unterstützung unserer Pläne zweckdienlich sein, flugausgeheckte Fiktionen, vorzüglich aber unter dem Namen ihrer Pfaffen, ja selbst ihrer Bischöfe, mit Berücksichtigung der Zeitumstände in der ruthenischen Sprache im geheimen in Umlauf zu setzen und ihnen zugeschriebene Schriften zu verbreiten, welche der Ehre des polnischen Namens und der römisch-katholischen Religion schädlich lauten. — Dieses wäre seinerzeit ein sehr wichtiges Dokument zur Aufhebung der griechischen Religion in dem könig-

reiche Polen“ (§ 11). — „Da die Bevölkerung von Ukraina, Podolien und Wolhynien wegen Erhaltung ihres Glaubens den Aufstand erheben dürfte, so soll in solchem Falle, wenn es nicht möglich sein sollte, alle auszurotten, und bei der Unzulänglichkeit der polnischen Armee, den Aufstand zu unterdrücken, die polnische Republik das Opfer nicht scheuen, alle diese Eiferer den Tartaren in die Sklaverei zu übergeben, welche solche zu übernehmen gewiß einwilligen werden und dann in diesem ganzen Lande polnische und matorische Ansiedlungen stiften“ (§ 13). — „So wahr uns Gott helfe! Amen!“

Der auszugsweise wiedergegebene Vorschlag, welchem ein anderer vom Jahre 1786 würdig an die Seite gestellt werden kann, hat für uns jedoch ein mehr als bloß historisches Interesse. Abgesehen davon, daß die in dem „Vorschlage“ angeführten Mittel nicht nur tatsächlich zur Anwendung gelangten, sondern auch in mancher Beziehung die Wünsche des Antragstellers übertrafen (so wurden beispielsweise Mitte des XVIII. Jahrhunderts nicht bloß Geistlichensohne, sondern vielfach auch Geistliche selbst zu Fronarbeiten gejaagt) — enthält die Plattform des polnischen Schlachzigen vom Anfang des XVIII. Jahrhunderts auch ein Glaubensbekenntnis der heutigen polnischen Gesellschaft.

Ebenso wie vor zwei Jahrhunderten wird polnischerseits fieberhaft darauf hingearbeitet, die Ruthenen durch Latinisierung zu polonisieren; auch heute gilt die Devise: „Der ruthenische Bauer ist nicht für den Unterricht, sondern für die Hacke und den Dreschflegel geschaffen“ als das höchste pädagogische Prinzip der polnischen Plantatoren im ruthenischen Lande; auch heute sind Denunziation vor Kaiser und Papst, sowie die Verleumdung der Ruthenen vor der Kulturwelt als eines unkulturellen Menschenschlages eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung ihrer Hegemonie in Galizien.

Welcher Mittel sich die Polen in ihrem Kampfe gegen die Ruthenen bedienen, was für einen Haß die führenden polnischen Politiker, die würdigen Nachkommen der Schlachta, gegenüber den Ruthenen an den Tag legen und was für Ziele sie in Bezug auf die Ruthenen verfolgen, das haben sie in einer Reihe von Vorschlägen jüngsten Datums bewiesen, wovon wir manches nachstehend wiedergeben. Es sind dies Äußerungen polnischer führender Politiker und Gelehrten geistlichen und weltlichen Standes, die sie in einigen Sitzungen der polnischen politischen Organisation „Prawica Narodowa“ am 15. und 18. Mai vorigen Jahres in Krakau getan haben.

In der Sitzung vom 15. Mai 1908 ergriff als erster Universitätsprofessor und Herrenhausmitglied Dr. Stanislaus Smolka, der Verfasser der bekannten Broschüre „Die Ruthenen und ihre Gönner in Berlin“, das Wort. Die Ruthenen — sagte er — ebenso wie die Weiß- und Großrussen sind keine Slawen, sondern das eingewanderte Element in dem jetzt ruthenischen Lande, wo die asiatischen Volksstämme der Chasaren, Polowzen, Petschenegen, Finnen, Rumänen u. dgl. Autochthonen waren. Das schwarze Haar der Huzulen deutet, wie bei allen Ruthenen, auf den wilden Charakter hin. Die Bauern in Ruthenien, welche dem römisch-katholischen Ritus angehören, auch wenn sie ruthenisch sprechen, wie auch die griechisch-katholischen Bauern, die polnisch sprechen, sind ruthenisierte Polen und müssen für die polnische Nation gerettet werden. Die ruthenischen, ukrainophilen Abgeordneten im Reichs- und Landtage sind keine wirklichen Vertreter des Volkes und es dürfen daher auch keinerlei Verträge mit ihnen abgeschlossen werden. Überhaupt ist es am besten, sich mit den Ukrainern in keine wie immer gearteten Verhandlungen einzulassen; wenn mit den Russophilen, dann nur mit äußerster

Vorsicht; diesen aber ja nicht entgegenkommen, nur geringe Konzessionen gewähren, dafür aber alles für sich erhandeln, was nur im Bereich der Möglichkeit liegt, und sie nur unter der Bedingung unterstützen, wenn sie mit uns gemeinsam gegen die Ukrainer vorgehen.

Dr. August Sokolowski, Gymnasiallehrer, führte aus: Ich billige alles, was der Vorredner gesagt hat; ich konstatiere, daß die Ruthenen unerfättlich sind und niemals zufrieden sein werden. Sie können ohne ihren Haß gegen die Polen gar nicht existieren. Dieser Haß ist die ihnen zum Atmen notwendige Luft. Die Russophilen sollen unterstützt werden, wenn auch allerdings nur wegen unseres eigenen Vorteiles. Der polnische Besitzstand in den ruthenischen Ländern muß um jeden Preis verteidigt und befestigt werden.

Der Prälat Ladislaus Chotkowski, ein Allpole, sagte: Durch volle 21 Jahre verfolge ich die Geschichte der Ruthenen, und ich habe mich dabei überzeugt, daß die Ruthenen absolut keine Ursache haben, sich über Polen zu beklagen. In den ministeriellen Archiven habe ich einen Akt von Bischof Leo Szeptychij (dem nachmaligen Metropoliten) an Maria Theresia betreffend die Erwerbung der Ukraine für Österreich gefunden, welchen Rauniz mit der Klausel versah: „Nicht geben, das ist ein Spitzbub!“

Thaddäus Cieski, der bekannte „Freund“ der Ruthenen im galizischen Landtage, bemerkte, ausgehend von dem Tode des Statthalters Potocki, folgendes: Den Polen fehlt es an dem so notwendigen Mut zur Arbeit für die polnische Idee in Ostgalizien. Mirosław Siczynskij hätte binnen drei Tagen schon wegen des bloßen Effektes aufgehängt werden sollen. Unsere ganze Hoffnung ruht nunmehr in den Händen des neuen Statthalters, eines Mannes von unserem Blute und unserer Herkunft, der energievoll nach den Traditionen seines Vorgängers verfahren wird.

Die Beratungen wurden am 18. Mai fortgesetzt.

Als erster ergriff diesmal Dr. Felix Koneczny, Redakteur der polnisch-slavophilen Monatschrift „Swiat Slowianski“, das Wort. Seine Rede lautet: Ich billige die Tagung vom 15. Mai, besonders die Rede des Dr. Smolka. Jetzt haben wir bezüglich der Ruthenen Hände und Gewissen frei. Nach meiner persönlichen Überzeugung ist eine Einigung mit den Ruthenen ausgeschlossen. Es ist nicht gelungen, die Ruthenen für den „Swiat Slowianski“ zu gewinnen, weil sie keine Slawen sind. Es wäre an der Zeit, die Art des Verfahrens gegenüber den Ruthenen festzusetzen. Die Ursache der gegenwärtigen schlechten Lage ist die Union*) vom Jahre 1596, ohne welche Polen und mit demselben der römisch-katholische Ritus bis zum Uralgebirge reichen würde. Jetzt wäre es besser, das Konkordat zu negieren und, falls dies nicht gelingen sollte, so zu verfahren, daß jedes Mißverständnis zwischen griechisch-katholischen Bauern und ihrem Pfarrer ausgenützt, sie zum Übertritt zur Orthodorie überredet und womöglich schon am nächsten Tage zum römisch-katholischen Ritus angemeldet werden, wobei wir gleichzeitig den Klerus in die Hand bekommen können. Daraus ergibt sich ein doppelter Nutzen, und zwar: Vermehrung der Polen und Verminderung der ruthenischen Geistlichkeit, dieser ersten Stütze des Ruthenentums. Aus den Ablafsfonds der römischen Klöster wären in Ostgalizien römische Pfarren, wie in Sosal, Kalwarya und Lezajsk zu gründen. Kapellen helfen wenig oder gar nichts. Die Fonds wären aus Oberschlesien, dieser unerschöpflichen Quelle, zu beziehen. Es soll die Teilung der Arbeit für die polnische Idee

die Konservativen und die Volkspartei sollen in den ruthenischen Dörfern, die Allpolen in den ruthenischen Städten ihre Tätigkeit entfalten. Die ganze Propaganda müßte aber von Mund zu Mund, wie in Großpolen, durchgeführt werden. Eine solche Propaganda gibt unseren Feinden keine Beweise in die Hand und im Notfalle kann geleugnet werden. Studentenheimе für Bauernsöhne dürfen nur den Polen zugänglich sein. Landwirtschaftliche Fachschulen werden nur in Westgalizien eröffnet und sollen für Polen aus Ostgalizien unentgeltlich sein, wogegen die Ruthenen nur gegen entsprechende Bezahlung aufgenommen werden, damit den letzteren der Besuch möglichst erschwert werde. Dadurch wird der Bildungsgrad der polnischen Bauern ein höherer, und man wird der Welt sagen können, daß die Ruthenen von dem Unterrichte keinen Nutzen ziehen wollen. Die ruthenischen Gymnasien müssen utraquisiert, die Gründung einer Universität für die Ruthenen darfs nicht zugelassen werden, weil diese nur eine Fabrik der ruthenischen Intelligenz wäre, was wohl keineswegs wünschenswert ist. Die Russophilen womöglich noch heuer während der Landtagssession für diesen Kampf durch die Errichtung eines Katheders der russischen Sprache an der Lemberger Universität gewinnen, mit der Befetzung aber noch zögern, indeffen verhandeln und zuletzt das Katheder einem Polen übergeben. In Ostgalizien alle Ämternur mit solchen Polen besetzen, die der ruthenischen Sprache mächtig sind, damit dieselben im Notfalle für Ruthenen ausgegeben werden können. Überhaupt die Ruthenen von allen öffentlichen Ämtern ausschließen, die auswärtige öffentliche Meinung für die Polen gewinnen, besonders trachten, eine günstige Stellung in der römischen, für den Vatikan bestimmten Presse einzunehmen. Für diesen Zweck darf mit dem Gelde nicht gespart werden, weil sich das auszahlt. Es wäre die Herausgabe einer uns günstigen Statistik über die Zahl der Polen in Galizien zu empfehlen und wäre darin nachzuweisen, daß die Ruthenen alles nur den Polen zu verdanken haben. Auch sind die Beweise zu erbringen, daß die Polen für die Ruthenen Schulen, Pfarren und Kirchen gründeten, sie mit Stipendien bedenkten, die Ruthenen dagegen nichts beisteuern, sondern nur nehmen und zum Dank dafür die Polen hassen; ferner, daß die Polen durch die Ruthenen verarmt seien, wogegen die Ruthenen Vermögen in Marken und Rubeln besitzen und während sie für Nationalzwecke Tausende spendieren, bei den Polen Armut und Rückstand herrsche.

Dr. Ludwig Rolankowski, ein junger allpolnischer Gelehrter, äußert sich in seiner Rede folgendermaßen: Ein großer Teil der ostgalizischen Bevölkerung besteht, trotzdem er ruthenisch spricht, nur aus Polen(!). Es gibt Dörfer, in denen früher 300—400 polnische Familien lebten, jetzt nur hie und dort noch ein uralter Greis polnisch spricht; hingegen wieder andere, in denen die ältere Generation wohl noch ruthenisch, die Kinder jedoch bereits polnisch sprechen. — Noch besser wäre es, wenn uns die verfluchten „Sicz“ = Vereine nicht im Wege stünden. In Krakau fehlt es an polnischem Geiste. Ganz Polen

*) Kirchliche Union der Ruthenen mit Rom.

Anm. d. Red.

rettet der Nationaldemokrat aus Ostgalizien. In Ostgalizien darf kein Pole aus Westgalizien angestellt werden, weil diese die Ruthenen viel zu wenig kennen, zu nachgiebig und infolgedessen nicht instande sind, der polnischen Sache zu nützen. Hierzu gehören „geriebene“ (szczywan) Polen, und zwar in Pfarren und Ämtern. Der ruthenische Klerus agitiert intensiv; fast in jedem Dorfe ebenso wie in den Städten sind die Religionslehrer, Volksschullehrer und die ruthenischen Beamten echte Hajdamaken. Der Terrorismus des Gehlinskij (Reichsratsabgeordneter aus Peremyshl. Ann. d. Red.) ist bekannt: er schickt ganze Scharen von Gymnasialschülern zur Agitation in die Dörfer. Auch muß der Hruschewskij (Professor der Geschichte an der Lemberger Universität. Ann. d. Red.), dieser arge Feind der Polen, aus Lemberg entfernt werden. Kurz nochmals: die Schulen utraquisieren, den Ruthenen keine Anstellungen verleihen und im Osten ausschließlich Polen anstellen! Rasch an die Arbeit, denn die Ruthenen sind unser Ruin! Ich schließe mit dem Sage: „Ceterum censeo, Carthaginem delendam esse“.

Dr. Ladislaus Leopold Jaworski, Professor an der Krakauer Universität, Landtagsabgeordneter, Mitarbeiter des „Czas“, wartet mit folgenden Weisungen auf: Praktische Politik führen, sich nicht ereifern. In der ruthenischen Sache sind uns zwei Wege vorgezeichnet: die Einigung mit den Ruthenen oder die Vernichtung derselben. Eine Einigung ist nicht wahrscheinlich, zur Vernichtung sind wir vorläufig noch zu schwach. Was also tun? Die Erhaltung des polnischen Besitzstandes in Ruthenien ist eine Lebensfrage für die Polen, sonst erwürgt uns Preußen. Somit sind durch die Gewinnung der Russophilen und der Regierung unsere nationalen Kräfte zu stärken. Nicht alarmieren, nichts schreiben, sich nicht durch leere Drohungen blamieren, aber jede wichtigere konkrete Tatsache von eventuellen Ausschweifungen ruthenischer Elemente vorsichtig registrieren, sie den Behörden anzeigen und ihre Bestrafung mit aller Strenge veranlassen. So ist auch mit den „Sicz“-Vereinen, mit Volkslesehallen usw. zu verfahren. Den Russophilen gegenüber durch die Finger schauen, aber dabei doch jedes Vergehen vermerken, und wenn wir mit den Ukrainern bereits fertig sind, dann ohne jemanden zu schonen, alle Sünden der Russophilen nachweisen, sie schonungslos vernichten und vertreiben. — Wenn wir ganz Ruthenien beruhigt und auf jedem Gebiete die erste Hand haben werden, dann brauchen wir uns gar nicht mehr um die öffentliche Meinung zu kümmern, nachdem ja auch Preußen der öffentlichen Meinung in der polnischen Frage spottet. Aber vorläufig Vorsicht! Die Propaganda von Mund zu Mund führen, bis wir die Ruthenen vernichtet haben und endlich freiatmen können.

Dr. Marian Sokolowski, Universitätsprofessor, ist mit allem einverstanden und gibt seiner Freude über das nationale Erwachen der Polen Ausdruck. — Der Ruthene ist kein Slave, er ist dem Polen in nichts ähnlich. Der Pole strebt nach Freiheit und übertrifft mit seinen Fähigkeiten alle slawischen Völker. Der Ruthene hat sich an das Joch gewöhnt und will ein Slave des Zarentums bleiben. Die Geschichte der Ruthenen soll unparteiisch in polnischer Sprache geschrieben werden, weil

alle ruthenisch-historischen Werke tendenziös sind und nur den Zweck verfolgen, den Haß gegen die Polen zu nähren.

In demselben Sinne sprachen über die ruthenischen Angelegenheiten Dr. Reger, Abgeordneter Dr. Bataglia und Professor Dr. Stanislaus Grabski. Einer von ihnen gab die Möglichkeit zu, daß die Richter, die den Siczynskij verurteilten, erschlagen werden. „Aber wir Polen fürchten nichts und werden über Hunderte von Leichen mit kaltem Blute und mit Verachtung über die ruthenischen Wildlinge hinwegschreiten, von denen die einen für die preussischen Marken, die anderen für russische Rubel den Kampf führen.“

Die „naturwissenschaftliche“ Richtung im galizischen Volksschulwesen.

Von Vladimir Kuschnir.

Unsere bisher bereits veröffentlichten und noch zu veröffentlichenden Ausführungen über das galizische Volksverdummungssystem waren und werden immer gestützt sein auf Daten und Zahlen, so daß deren Wahrscheinlichkeit nicht angezweifelt werden kann. Noch interessanter als der Sachverhalt sind aber die Leitmotive, von denen sich die galizischen Volksverdummungsritter in ihrer volksfeindlichen Tätigkeit immer leiten ließen. Auch darüber verfügen wir über ein Material, welches nachgerade genügend ist, den polnischen Herren des Landes daraus ein ewiges Denkmal zu errichten.

Mit der von der österreichischen Regierung anfangs eingeleiteten Aktion zur Hebung der Aufklärung im Volke hat sich die polnische Schlachta nie befreundet können. Gleich nach Anschluß Galiziens an Österreich beschwerte sich die polnische Schlachta am Wiener Hofe über die die Hebung der Volksaufklärung in Galizien bezweckenden Schritte der österreichischen Regierung: „Durch Gleichmachen aller Klassen und Zulassung des gemeinen Volkes zu allen Ämtern, nicht minder durch die geplante Aufklärung der Volksmassen wird vor allem der Ackerbau einen Schaden erleiden. Der Bauernsohn wird seine Obliegenheiten vergessen und das, daß er für den Pflug geschaffen wurde . . .“)

In den in der „Ukrainischen Rundschau“, letztes Heft von 1908, auszugsweise veröffentlichten Memoiren Professor Wladimir Antonowitsch* wird erzählt von den polnischen Schlachtzigen in der Ukraine um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als den ärgsten Gegnern der Volksaufklärung. — „Der Dorfherr, der jahrzehntelang in seinem Dorfe residierte“, heißt es dort, „wußte von den Bauern nur so viel, daß sie ein ihm feindliches Element, lauter Säufer** und zu nichts anderem fähig seien, als ihm Frohndienste zu leisten.“ Von der Aufklärung des Volkes durfte man in Anwesenheit eines Schlachtzigen überhaupt nicht reden. Auf alle diesbezüglichen Anspielungen bekam man die Antwort: „Was soll dem Bauer der Unterricht? Wenn alle geschieht werden, wer wird hinter dem Pfluge gehen?“ Einmal, erzählt Antonowitsch weiter — war Zeuge ich folgenden Gespräches: Zu unserem Kollegen kam der Bezirksmarschall zu Besuch und sah, wie dieser seinen Sakai den Lesern lehrte. Verwundert rief er aus:

*) Magna Carta von Galizien oder Untersuchung der Beschwerden des galizischen Adels polnischer Nation über die österreichische Regierung. Jassy 1790.

**) Es ist hervorzuheben, daß die Bauern von den Branntwein erzeugenden Gutsherrn selbst zum Trinken angehalten wurden. Diese ließen dem Bauer an Sonn- und Feiertagen ein bestimmtes Quantum Branntwein in die Wohnung zustellen, welchen dieser annehmen und bezahlen mußte. In einem Patente Josefs II. von 1781 wird dieser Mißbrauch verboten.

„Was machen Sie denn? Sie wissen doch, daß der Bauer, sobald er schreiben gelernt, sich einen falschen Paß anfertigen und davonlaufen wird, das wird das Resultat Ihrer ganzen Pädagogik sein!“

So schildert Prof. Antonowitsch die Volksaufklärungsfeindlichkeit der polnischen Schlachta in der russischen Ukraine „zur Zeit ihres höchsten Blütezustandes“, als die Leibeigenschaft noch in voller Geltung stand, als der Schlachzize den Bauer straflos umbringen durfte, Herr über sein Leben war (vgl. die zitierten Memoiren). In Galizien war die Leibeigenschaft schon lange, der Frohndienst endgültig im Jahre 1848 abgeschafft, aber die Tradition des altpolnischen Schlachzizentums sollte sich in unverfälschter Form noch bis in die letzte Zeit verpflanzen. Die polnische Schlachta blieb weiter Herrin über das an Österreich gekommene Stück der Schlachzizenrepublik. Wuchsen die anderen Teile Polens unter fremdem Regime in Wohlstand und Aufklärung, Galizien blieb in jeder Beziehung ein Stück der seligen Polenrepublik, wirtschaftlich das elendste, kulturell eines der elendsten Länder Europas. Zwar wurde die Administration des Landes gänzlich geändert, aber auch hier wurde bald der Schlachzizengeist heimisch. Auch das Schul- und Aufklärungswesen, welches sich in Galizien anfänglich zu erholen schien, wurde bald von der brutalen Hand der Schlachta zu Boden gedrückt. Trotz der auch hierzulande bekannt gewordenen aufklärenden Idee des Jahrhunderts, trotz der wohlthuenden Nachbarschaft Westösterreichs, trotz des Strebens des Volkes nach Licht, welches während der selbständigen Verwaltung des Schulwesens bei den Ruthenen die besten Früchte zeitigte, knüpfte die polnische Schlachta, sobald sie das Heft im Lande in der Hand hatte, an die Tradition der polnischen Republik an, in welcher das sogenannte „Volk“ dumm bleiben mußte, da es sich so leichter regieren ließ.

Uns liegen Äußerungen von bekannten polnischen Politikern vor, meistens Auszüge aus Reden, gehalten zu verschiedenen Zeiten im galizischen Landtage. Wir geben dieselben unkommentiert wieder, um nicht den Eindruck des Authentischen abzuschwächen. Sie werden uns wenigstens teilweise bekanntmachen mit den leitenden Ideen der polnischen Aufklärungsfeinde:

„Da wir schon ein bedeutendes Superplus an Intelligenz besitzen oder wenigstens auf breitem Wege der Hyperproduktion der Intelligenz, d. i. der Produktion des unglücklichsten Proletariats, des intelligenten Proletariats zueilen, sollen wir die Mode der Befassung mit den Schulen aufgeben oder zumindest das heutige System, welches im Herzen der Jugend immer größere Wünsche und Forderungen wachruft, in ein solches umzuändern suchen, welches von diesem Unterricht weniger bietet, und zwar nur so viel, wie viel der Bauer selbst davon verlangt. Da ferner eine höhere Bildung in den Lehrerbildungsanstalten die Lehrer zu Malfontenten macht — und die Herren wissen es wohl, daß viel Malfontenten im Lande nicht gut tun, nachdem von einem großen Malfontentismus zum Predigen einer neuen Ordnung kein weiter Weg führt — soll man den Unterrichtsplan in den Lehrerbildungsanstalten dahin abändern, daß dort eine untere Abteilung für Dorfschullehrer geschaffen werde.“

Graf Mieczyslaw Rey im galizischen Landtage
28. Juni 1880.

„Die Unterrichtspläne sollen nicht so eingerichtet sein, daß bei jedem fähigeren Kinde der Drang nach einem anderen Schicksal wachgerufen werde. Die Lehrerbildungsanstalten sollen zweierlei sein, und zwar ein kürzerer Kurs für Dorfschullehrer und ein längerer für städtische Lehrer. Die ersteren sollten in Dörfern bei Klöstern als Internate bestehen. Auch städtische

Lehrerbildungsanstalten sollten als Internate geführt werden. Die Jahresdauer des Unterrichtes soll kürzer sein, die Ferien länger.“

Derjelbe als Mitglied der Schulenquete im galizischen Landtag, Oktober 1880.

„Die pflichtgemäße Unterrichtsdauer soll von sechs auf vier Jahre herabgesetzt werden, weil dadurch die Lehrer weniger überbürdet werden und in der verhältnismäßig kurzen Zeit die notwendigen Aufklärungsmittel, die Lesen- und Schreibkenntnis erworben werden müßten. Durch Anfüllen des kindlichen Kopfes mit allerlei Kenntnissen würde das Schulkind nur von Aspirationen zu höheren Schulen erfüllt werden. Das Ziel wäre demnach wiederum verfehlt, denn statt, daß der Unterricht nutzbar gemacht und auf der Stelle ausgenützt würde, würde es nur die Folge haben, daß die größte Schülerzahl von Gelüsten über den Stand erfüllt, gegen den Bauernstand unwillig gemacht werden würde und nur dazu getrieben wäre, an der Unterrichtsleiter zu höheren Schulen sich hinaufzudrängen. Die Lehrerbildungsanstalten gewähren eine verhältnismäßig hohe Qualifikation und die Dorfschulen brauchen eine solche Beschaffenheit nicht. Hierin wurde ein großer und entschiedener Fehler begangen. Die Beschaffenheit der Volksschullehrer soll gemäßigt werden.“

Universitäts-Professor Dr. Jozef Szujski, Rektor der Krakauer Universität, Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften in Krakau usw. im galizischen Landtage, 30. Juni 1880.

„Die pflichtgemäßen Unterrichtsjahre in der Volksschule sollen von sechs auf vier erniedrigt werden. Auch soll die Lehrerqualifikation erniedrigt werden. Eine Prüfung nach zwei Jahren des Seminarunterrichtes ist für einen Dorfschullehrer genügend. Ein solcher Lehrer soll mit Hilfe einer entsprechenden, streng beaufsichtigten Erziehung in einen besonderen Typus umgeschmolzen werden. Zu Lehrern soll man naive Gemüter aus Dorfschulen ausersehen. Die Jugend aus der Sphäre der Intelligenz eignet sich zu Dorfschullehrern nicht, außer daß sie die Schule einer Internaterziehung durchmacht. Die Hypertrophie unserer Intelligenz soll nicht einen Ablass unten im Volksschullehrentum haben, denn wehe dann der gesellschaftlichen Ordnung bei uns!“

Derjelbe als Mitglied der Schulenquete im galizischen Landtag 1880.

„Ich möchte, daß der Bauer Bauer bleibt, der Fabrikant aber und Werksbesitzer bei seinen Werkstätten bleiben. Das Hervorholen von Individuen aus gewissen Gesellschaftsschichten richtet in unserem Lande viel Böses an, da es mit der ganzen Tradition bricht. Aus diesem Grunde lobe ich nicht Stipendienstiftungen, weil Stipendien Individuen aus gewissen Gesellschaftsschichten herausreißen und den Erwerbsorgen ausliefern. Ich rate allen Liebhabern der Wissenschaft aufrichtig, Stiftungen für andere Ziele zu verwenden.“

Graf Henryk Wodzicki im galizischen Landtage.

„Statt Etatschulen mit qualifizierten Kräften zu organisieren, soll man Elementarschulen gründen, in denen Personen ohne Qualifikation unterrichten werden. In den bestehenden Schulen soll mit der Vermehrung der Lehrerzahl aufgehört werden. Der Unterricht an allen Dorf- und kleinstädtischen Schulen soll halbtägig sein. Die Schulkinder sollen nur Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen, besonders Kopfrechnen, lernen. Schulinspektoren wird der Landesauschuß, Lehrer die Vorstehenden der Bezirksauschüsse ernennen. Die Höhe des Lehrergehaltes wird abhängen von der Abmachung des Inspektors und der Gemeindebehörde einerseits und des Lehrers andererseits.“

Landmarschall Mikolaj Zyblitiwicz 1883.

„Hauptsächlich deswegen meldete ich mich zum Worte, daß von hier, aus dieser Vertretung des ganzen Landes ein Ruf an das Land erschalle: Gründet keine Schulen, aber führet durch Privatbemühungen den Unterricht des Lesens und Schreibens ein.“

Rajmierz Grocholski, Obmann des reichsrätlichen Polenklubs, im galizischen Landtage, 7. Oktober 1883.

„Wir sind im überwiegenden Teil unserer Gesellschaft Christen. Wie konnte es demnach geschehen, daß wir bei uns in dem ganzen Schulwesen das ganze liberalistische Programm verwirklicht haben: die Weltlichkeit, die Pflichtmäßigkeit, Unentgeltlichkeit und Verstaatlichung der Erziehung? Diese Pflichtmäßigkeit läßt sich meiner Ansicht nach aus einem natürlichen Rechte nicht ableiten. Wer kann denn das Recht haben, den menschlichen Körper und Geist zu fesseln? Jedenfalls wird hier den elterlichen Rechten Gewalt angetan. Es scheint zulezt, daß wir doch zu viel auf die Schultern derjenigen gewälzt haben, die aus der Volksschule keinen Nutzen haben. Alle Gesellschaften sind nicht diesen Weg gegangen. Geschlecht für Geschlecht schritten sie zur Aufklärung. Ich fürchte, daß wir durch diese Voreiligkeit auf Irrwege geraten. Unsere Gesellschaft ist viel zu arm, als daß sie so lange Jahre der Hilfe der Kinder entbehren könnte; andere, reichere Gesellschaften können sich dies eher leisten.“

Jan Popiel im galizischen Landtage, 14. Dezember 1887.

„Gründen wir lieber bescheidene Kinderheime unter Leitung einfacher Schwestern, statt gewöhnliche Volksschulen zu erhalten, in der Angst vor dem Gift, welche diese den Dorfskindern einimpfen. Das Kind vom Volke verliert unter dem Einflusse der Schule die Einfachheit des Bauern, macht sich aber keine Zivilisation zu eigen, verliert die Vernunft, ohne Kenntnisse zu gewinnen, verliert aber oft leider auch den Glauben. Wir wollen, daß das Volk so erzogen und gebildet sei, wie wir das verstehen, d. h. mit Berücksichtigung der Beschaffenheiten und Traditionen unseres Landes.“

Graf Jan Stadnicki im galizischen Landtage, 14. Dezember 1887.

„Je mehr Schulen sind, desto mehr Ausgaben für Lehrer. Diese Last muß natürlicherweise mit Vermehrung der Schulen und Zunahme der Bevölkerung wachsen. Wie werden wir imstande sein, sie zu tragen? Es lohnt sich darüber nach zu denken und Mittel zu suchen, um genügend gute und nicht teure Lehrer zu haben. Ein solches Mittel wäre die französische Bruderschaft (Bruderschaft der christlichen Schulen). Außerstande, die Lehrergehälter zu erhöhen und mangels solcher, die sich gern mit einem schlechten Unterhalt begnügen würden, was können wir tun? Man soll den Lehrer in solchen Bedingungen und solchem Lebenswandel aufziehen, daß ihn das spätere Leben auf dem Lande inmitten des gemeinen Volkes weder erniedrige, noch langweile oder anekelt, daß dieser Lehrer, mehr als der Bauer gebildet, sich doch nicht in einer anderen Stellung wie dieser fühle und durch seine Lebensweise ihm nicht zu fern stehe.“

Graf Stanislaw Tarnowski, Präsident der Akademie der Wissenschaften in Krakau („Proby rozstroju“, S. 53 u. ff.), 1889.

„Niemand hat das Recht, das Volk zum Unterricht zu zwingen. Die Schulpflicht ist eine Ungeheuerlichkeit. Die Aufklärung, die mittels Gesetzen den Menschen zur Bildung zwingt führt, zum Sozialismus. Die Schule soll konfessionell und der Unterricht beschränkt sein. Die Naturwissenschaften und die Literatur unter-

graben den menschlichen Frieden und rauben die Gnade Gottes und das ewige Leben. Der geistliche Lehrer wird besser sein als der weltliche. In den Lehrerbildungsanstalten soll man die Kandidaten weniger lehren. Der Kandidat mit einer mäßigen Befähigung wird der beste Lehrer sein.“

Pawel Popiel im Czasz Nr. 75 vom Jahre 1889.

„Den Landesausschuß möchte ich gern um Entschuldigung bitten, aber trotz der ganzen Achtung, die ich ihm entgegenbringe, muß ich ihm sagen, daß er sich zu viel in das Unterrichtssystem, welches in anderen Ländern herrscht, verschaut. Es ist nicht unsere Aufgabe, Malfontenten zu schaffen, die nur eine Last für das Land und für die Gesellschaft werden. Zu was denn die Millionen hergeben?! Aus diesen Gründen soll man unsere Kinder in den Schulen nicht überlernen, man soll sie vor allem im religiösen Geist erziehen, und zum gewöhnlichen Unterricht braucht man keine Pädagogen, die große Forderungen aufstellen und große Gehälter verlangen.“

Emil Tarajewicz, Abgeordneter aus der Brzezanher Großgrundbesitzerkurie im galizischen Landtage, 22. März 1899.

Wir haben nur des Raum Mangels wegen uns zurückgehalten, ganze Stöße voll solcher Äußerungen aus der polnischen Presse und Werken anzuführen und beschränkten uns bloß auf polnische Enunziationen in dem gesetzgebenden Körper, im galizischen Landtage, welcher das Land mit einem heuer in Kraft tretenden Beschlusse in Form von dem so sehr erwünschten unteren Typus der Lehrerbildungsanstalten beglückt hat. Um die Maßregel schon gleich wirken zu lassen, werden gegenüber den jetzt bestehenden normalen 6 Lehrerbildungsanstalten, die seit nun als solche höheren Typus gelten werden, acht Anstalten unteren Typus errichtet. Die Maßregel wird durch die Vorpiegelung einer Reform zugunsten einer dem Dorfsleben entsprechenden naturwirtschaftlichen Richtung im Volksschulwesen erklärt. Sie begegnete natürlicherweise in den pädagogischen Kreisen und bei allen Freunden der Volksaufklärung einer entschieden abfälligen Kritik, um welche sich natürlich die Herren Schlachzizen soviel kümmern, wie etwa um den vorjährigen Schnee. Ihr Ziel, Schutz vor der Schaffung von Malfontenten, vor dem „Gift“, welches die heutige Volksschule einimpft, zu erreichen, wird in hohem Maße dadurch erreicht. Freilich gehen die Wünsche der Schlachzizen noch bedeutend weiter. Das „Gründet keine Schulen!“ des Grocholski wäre ihre passendste Lösung in bezug auf die Volksaufklärung, denn erst dann wäre das Bauernkind vor jeder Zivilisation geschützt, daß es nicht „die Einfachheit des Bauern verliert“ (sowie so glaubt Graf Stadnicki, übrigens mit Anwendung auf Galizien mit Recht, daß „die heutige Volksschule dem Bauern keine Zivilisation beibringt“), erst dann erreichte der Bauer den Grad des angestrebten Naturzustandes, in dem er sich zur Zeit der polnischen Republik als leibeigener Sklave befand.

So sind die Schlachzizen froh, ein Kompromiß mit der „Ungeheuerlichkeit der Schulpflicht“ gefunden zu haben, welches tatsächlich bei der erprobten Kunst der polnischen Pädagogen, das Volk zu verdummen, eine Pforte zur Irreleitung des Bauers vom Analphabetismus über den Weg zur Schule wieder zum Analphabetismus bildet.

Besser der Volksaufklärung zu spotten, vermochten die polnischen Schlachzizen nicht, als durch die Predigt der Rückkehr zur Natur, welche doch nichts anderes bedeutet, als die bekannte Maxime: „Der Bauer ist nicht für den Unterricht, sondern für die Hacke und den Dreschflegel geboren“ . . .

Der Analphabetismus in Galizien.

Auf Grund der Ausweise des statistischen Bureaus des galizischen Landesauschusses bekommen wir nachstehende Daten über den Stand des Analphabetismus in Galizien: Es können lesen und schreiben 558 674 Ruthenen, 1 490 774 Polen (darunter freilich über 600 000 Juden) und 107 799 Deutsche. Nur lesen: 62 359 Ruthenen, 386 360 Polen, 3892 Deutsche. Die Zahl der Analphabeten beträgt bei den Ruthenen 2 459 410, bei den Polen 2 104 899, bei den Deutschen 100 736. Im ganzen beträgt die Zahl der Analphabeten 4 678 022 (auf sieben Millionen der Gesamtbevölkerung!). Prozentuell beträgt die Zahl der Analphabeten bei den Ruthenen 79 %, bei den Polen 52 %, bei den Deutschen 47 %. Den Beweis, daß der Analphabetismus bei den Ruthenen von den polnischen Schulbehörden absichtlich erhalten wird, liefern die Zahlen der Analphabeten bei der Jugend in den Schuljahren (zw. 10—20). Während dieses Verhältnis bei den Erwachsenen für die Ruthenen nur unbedeutend ungünstiger ist (2 459 410 ruthenische Analphabeten gegen 2 104 899 polnische), stellt sich dasselbe bei der Jugend wie folgt dar: 68 % ruthenische und bloß 29 % polnische Analphabeten.

Aus Nr. 24 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 25. Januar 1910:

Eine Demonstration vor dem preußischen Geschäftsladen der Firma „Salamander“ in Lemberg.

Gestern um 6 Uhr abends war die in der Karl-Ludwig-Straße sich bewegende Bevölkerung Zeuge einer stürmischen Demonstration vor dem Schuhwarengeschäft der preußischen Firma „Salamander“. Das Vorkommnis hatte folgenden Verlauf: Bei dem Firmenvertreter erschien eine Abordnung junger Leute mit der Forderung sofortiger Geschäftsschließung. Als sie abschlägig beschieden wurde, stellte sie sich vor dem Ladeneingange auf und fing an, zusammen mit dem sich dort bildenden Menschenauflauf, zu schreien: „Fort mit den preußischen Erzeugnissen“, „fort mit dem Kafatismus“ usw. Die Firmeninhaber erwiesen sich standhaft und wollten den Laden nicht schließen. Nach einiger Zeit erschien eine Abteilung Soldaten mit aufgespizten Bajonetten unter der Führung eines Offiziers. Dies brachte die Demonstranten einigermaßen aus dem Gleichgewichte, aber das ruhige Verhalten des Abteilungsführers und demnächst, nach entsprechender Information, dessen schleuniges Verlassen des „Kampflplatzes“ gab ihnen wieder Mut, und die Angriffe wurden heftiger. Zuletzt warf einer der hitzigen Demonstranten mit einem Steine nach dem Glaschilder der Firma, was schon entscheidend auf die Hartnäckigkeit des Vertreters der Firma „Salamander“ einwirkte, denn er ließ unter großem Beifall der versammelten Bevölkerung die eisernen Galousien herunter und schloß den Laden. Die an Ort und Stelle der Demonstration erschienene Abteilung von Polizeimannschaften, mit dem Kommissar Tauer an der Spitze, hatte eine leichte Aufgabe zu erfüllen, denn die Bevölkerung ging selbst ruhig auseinander.

Aus Nr. 23 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 23. Januar 1910:

Posener Brief.

Posen, den 20. Januar 1910.

Ganz im stillen hat sich im vergangenen Jahre der Verein der polnischen Verleger für das Deutsche Reich gebildet. Es traten ihm sofort über 30 Zeitungen

und drei Verlagsbuchhandlungen bei. Präsident ist der Geistliche Wawrzyniak. Vor allen Dingen hat man sich nach der Konstituierung mit der brennenden Frage der deutschen Inserate in polnischen Zeitungen beschäftigt. So weit sie nicht amtlich und durch das Gesetz vorgeschrieben sind, hat man sie grundsätzlich beseitigt.

Leider konnte man nicht in gleicher Weise gegen die Inserate deutscher Firmen vorgehen, die in polnischer Sprache abgefaßt sind, die manchem Verlage überhaupt die Existenz ermöglichen, wenn es auch andererseits weder logisch noch erwünscht ist, auf der ersten Seite die Losung „der Landsmann zum Landsmann“ zu verkünden und auf der letzten Seite jüdische und deutsche Firmen zu empfehlen. In der letzten Sitzung wurde die Frage des gemeinsamen Bezuges von Papier behandelt. Eine polnische Fabrik gibt es in diesem Industriezweige nicht und zur Gründung einer solchen würden 500 000 M erforderlich sein. Bei dem Bedarf von jährlich $1\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm würde sich die Anlage einer polnischen Fabrik nicht lohnen, besonders da man auf einen Absatz bei den Deutschen nicht rechnen kann. Dagegen hat man beschlossen, mit dem Ringe der deutschen Papierfabrikanten behufs gemeinsamen Bezuges des Papiers in Verbindung zu treten, wodurch man jährlich zirka 30 000 M ersparen könnte. Dieser Angelegenheit nimmt sich besonders eifrig der Geistliche Wawrzyniak an; es ist also Hoffnung vorhanden, daß bei seiner Geschäftstätigkeit die Angelegenheit eine günstige Wendung nehmen wird.

Aus Nr. 4 der Polnischen Post (Wien)
vom 26. Januar 1910:

Berliner Brief.

Berlin, im Jänner.

Vor einigen Tagen gab der konservative Führer Hennig im deutschen Parlament eine Erklärung ab, die man nicht völlig unbeachtet lassen kann.

Hennig sagte etwa, wie folgt: „Während der Ara Caprivis trat eine Änderung ein in der Politik Bismarcks gegen die Polen. Wir waren zum Frieden bereit, und hätten die Polen damals ernsthaft gewollt, so wären die jetzigen Folgen der antipolnischen Politik Preußens weggeblieben. Wir stehen auch jetzt noch auf dem Standpunkte, eine Versöhnung herbeizuführen und sind überzeugt, daß es auch unter den Polen viele gibt, die solches wünschen. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß jede Agitation von jenseits der Grenze ferngehalten werde.“

So lauteten ungefähr die längeren Ausführungen des Konservativen Hennigs.

Bekanntermaßen sind die Konservativen die in Preußen ausschlaggebende Partei, Hennigs Erklärungen sind also nicht ganz ohne Bedeutung.

Sie sollen beweisen, daß man in der Polenpolitik einlenken möchte, sie beweisen aber zugleich, wie falsch die Konservativen über uns unterrichtet sind.

Der Hinweis Hennigs auf eine von jenseits der Grenze zu uns importierte Agitation hat hier allgemeines Kopfschütteln erregt.

Wir sind uns vollkommen bewußt, daß es eine solche bei uns überhaupt nicht gibt, und daß wir unsere Entschließungen von niemandem beeinflusst, gemäß der gegebenen Lage fassen.

Wir sind auch bereit, ferner jede von jenseits der Grenze kommende Agitation abzulehnen, wenn diese existieren und wenn durch dieselbe eine Änderung in der preußischen Polenpolitik verhindert werden sollte.

Welchen Wert kann man aber solchen Erklärungen beimessen, wenn man erfährt, daß beinahe zu gleicher

Zeit, als Hennig mit seiner Erklärung hervortrat, eine Delegiertenversammlung der Posener Hakatisten folgende Beschlüsse faßte:

„1. Der Regierung das Bedauern auszusprechen, weil das beabsichtigte antipolnische Parzellierungsgesetz zurückgestellt wurde, und sie zugleich aufzufordern, ein solches für die polnischen Landesteile zum Schutze des Deutschtums zu erlassen.

2. Die Regierung zu ermahnen, endlich das Enteignungsgesetz vom März des Jahres 1908 zur Sicherung des angeblich gefährdeten deutschen Besitzstandes anzuwenden.“

Dieses sind die letzten Entschlüsse des Hakatistenvereines.

Einerseits wird also vor der breiten Öffentlichkeit, vor dem Forum des Parlaments die Friedensschalmei geblasen, vielleicht um den Anschein zu erwecken, daß es nur an der Widerhaarigkeit der Polen liege, wenn eine antipolnische Politik betrieben wird, andererseits wird an Ort und Stelle kräftig in die Kriegspause gestoßen und die Regierung zur Verschärfung ihrer Maßregeln uns gegenüber aufgefordert.

Da nun bis dahin die antipolnischen Kriegsanfaren bei der Regierung ein offenes Ohr fanden, so werden die friedlichen Erklärungen Hennigs wohl gegenstandslos werden.

Was uns anbetrifft, so können wir erklären, daß, so lange die Konservativen nicht genügend Gewalt besitzen werden, die hakatistischen Treibereien und Hezereien einzudämmen, wir auch nicht einen Augenblick an die Aufrichtigkeit ihrer Erklärungen glauben können.

Die Hakatisten werden jedoch von ihrem verheßenden Treiben nicht ablassen, so lange sie an höchster Stelle einen Rückhalt wissen.

Es haben aber die Maßregelungen der Beamten in Kattowitz, weil sie für polnische Kandidaten bei Kommunalwahlen gestimmt haben, bewiesen, daß an höchster Stelle die schärfste Tonart uns gegenüber beliebt wird.

Beiläufig sei bemerkt, daß die Regierung in eben dieser Angelegenheit gelegentlich der eingebrachten Interpellationen sowohl im Parlament wie im Abgeordnetenhaus eine schwere moralische Niederlage erlitten hat. Das aber wird diese zum Schein parlamentarische Regierung nicht hindern, bei ihrer polenfeindlichen Stellung zu verharren.

Auch Prof. Delbrück verurteilt die Kattowitzer Vorgänge in einer längeren Abhandlung und weist darauf hin, daß der eigentliche Fehler des Vorgehens der Regierung in der falschen Behandlung der polnischen Sache beruhe.

Um alles zusammen zu fassen, können wir kurz erklären, daß so lange solche Vorgänge wie in Kattowitz sich ereignen werden, solange solche Resolutionen, wie die zuletzt von den Hakatisten beschlossene, gefaßt werden, wir absolut nicht daran glauben können, daß man in der Polenpolitik einlenken will. D.

Aus Nr. 4 der Polnischen Post (Wien)
vom 26. Januar 1910:

Krakau, Ende Januar.

Betrifft die Schlacht bei Grunwald und Tannenberg.

Die große Bedeutung des glorreichen Sieges ist allgemein anerkannt, und sogar die offizielle deutsche Geschichtsschreibung kann sie nicht weglegen.

Es müssen jedoch zwei Momente hervorgehoben werden.

Der Krieg wurde den Polen förmlich aufgedrängt, und die übermütige Haltung des deutschen Ordens hatte die Vereinigung aller slawischen Völker unter Polens Führung zur Folge. Der Fall steht in der Geschichte vereinzelt da. Seit dieser Zeit ist von einem einmütigen Vorgehen der Slawen gegen den deutschen Drang nach Osten keine Rede. Polen führte niemals eine Eroberungspolitik im neuen Sinne des Wortes. Es ließ alle Nationen unter seinem Zepher friedlich leben, störte nie ihre kulturelle Entwicklung, machte keinen Versuch, sie gewaltsam zu assimilieren.

Politisch war das wohl ein Fehler, aber menschlich genommen ohne Zweifel auch ein Beweis der Großmut und Humanität. Man ließ sogar seinen Erbfeind, den deutschen Orden, sich ruhig weiter entwickeln, man legte den Grund zur Bildung jener Macht, die nach Jahrhunderten auf unmenseliche Weise das Polentum zu vertilgen suchte. Das sind Tatsachen, die aus Anlaß der Grunwald-Feier hervorgehoben und stark betont werden müssen, zur Belehrung der Nachwelt und der Gegenwart. Die polnische Politik ist einmal prinzipiell in der polnisch-litauischen Union festgestellt worden und von dieser Richtung kann und darf sie nicht abweichen, trotz aller Mißerfolge und Verfolgungen, die wir erleiden.

Die Abwehr der deutschen Eroberungs- und Vergewaltigungspolitik ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, daran halten wir in der Hoffnung fest, daß es gelingen wird, so wie vor 500 Jahren, die slawischen Völker zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Drang nach Osten zu vereinigen.

Nicht mit leeren Phrasen, mit Brandreden soll die Erinnerung an den großen Sieg vom Jahre 1410 gefeiert werden, wohl aber durch eine intensive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kultur und der Volksaufklärung, durch Stärkung des nationalen Bewußtseins, durch Verwendung der Geldmittel zu öffentlichen Zwecken, durch Arbeit und Mühe und durch Festhalten an der slawischen Solidarität. Der Glaube an einen Zar-Befreier und an eine Erlösung durch Rußland ist vollständig unhaltbar geworden. Die slawischen Völker sind auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

R o r i n.

